DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

327 28. JAHRGANG Dezember 2011 4,50 €

AUS DEM INHALT:

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Der Kapitalismus scheint in seinen Grundfesten erschüttert, zumindest was seine Glaubwürdigkeit und sein Wohlstandsversprechen für breite Bevölkerungsschichten in den privilegierten Weltregionen angeht. Höchste Zeit also, die Chance zu nutzen, die sich aus den multiplen Krisen ergibt, und die real existierenden ökonomischen Alternativen sichtbar zu machen. Seite 3/4

DIE KINDER DES SISYFOS

In seinem Zeitroman schildert Erasmus Schöfer die Geschichte der westdeutschen Linken von 1968 bis 1989. Mittels vielfältiger literarischer Stilmittel lässt er die LeserInnen an den Erlebnissen, den Gedanken und Gefühlen der Romanfiguren teilnehmen. Für die profitable Neuordnung der europäischen Stahlkonzerne wurde in den achtziger Jahren mehreren deutschen Hütten das Todesurteil gesprochen. Den härtesten und längsten Abwehrkampf lieferten 1988 die Rheinhauser Stahlwerker. Die achte Folge unserer Artikelserie auf Seite 5.

ANARCHISMUS

Nach 150 Jahren erscheint eine der wohl intensivsten Aufarbeitungen des Konfliktes von Karl Marx mit Michael Bakunin. Wolfgang Eckhardt, Herausgeber der Bakunin'schen Schriften, hat wohl wie bisher kein Zweiter sich der Mühe unterzogen, nicht nur den Schriften von Marx und Bakunin zu folgen, sondern auch den Konstellationen um die beiden herum. Seite 6

STUDIE: »LINKS SEIN«

»Links« zu sein verwies früher einmal auf die parlamentarische Sitzordnung, war nahezu zweihundert Jahre fester Bestandteil politischer Auseinandersetzungen und scheint sich seit gut zwanzig Jahren in Beliebigkeit aufzulösen. So oder so ähnlich klingt der Befund von Philosophen und Zeitdiagnostikern angesichts des Zerfalls klassischer politischer Strömungen. Das Erstaunen darüber, dass sich trotz Ende des Staatssozialismus und neoliberaler Wende heute mehr als die Hälfte der bundesrepublikanischen Bevölkerung politisch links verortet, veranlasste eine Forschergruppe sich der Thematik empirisch zu nähern. Seite 11

ENERGIEGENOSSENSCHAFTEN

Die Energiewende stellt derzeit eines der meist diskutierten Themen in Deutschland dar. In unserem Beitrag wird versucht, darzustellen, wie Städte und Gemeinden diesen Prozess proaktiv durch die Initiierung einer kommunalen Energiegenossenschaft gestalten können. Ergänzend berichtet Burghard Flieger von der 2. Fachtagung »Energiewende jetzt«, die Ende Oktober stattfand. Seite 12/13

www.contraste.org

FREIHEIT STATT FRONTEX

FrontExplode: Das EU-Grenzregime attackieren

Die europäische Grenzschutzagentur »Frontex« ist der Inbegriff der Militarisierung und Vorverlagerung der Migrationskontrolle. Tausende von toten Flüchtlingen und MigrantInnen sind die kalkulierte Konsequenz einer Abschreckungspolitik, gegen die sich seit einigen Jahren ein transnationaler Widerstand formiert. Spätestens mit der Ausstrahlung eines kritischen Tatort-Krimis im Mai 2011 ist »Frontex« in Deutschland nicht mehr nur einer kleinen kritischen Öffentlichkeit als »Jäger und Mörder der Boatpeople« bekannt.

Protest vor der Frontex-Zentrale in Warschau Foto: Marily Stroux

Von Hagen Kopp ● Im Juni 2008 gab es eine Kundgebung von AktivistInnen gegen das Grenzregime vor der »Frontex«-Zentrale in Warschau. Sie blieb zwar klein, doch der symbolische Protest gewann immens an Ausdrucksstärke, als Amadou M'Bow als Vertreter einer mauretanischen Menschenrechtsorganisation das Megaphon in die Hand nahm. Er konfrontierte die »Frontex«-Verantwortlichen mit den tödlichen Folgen der »Frontex«-Einsätze vor der westafrikanischen Küste und forderte den sofortigen Stopp dieser Operationen.

Diese Aktion in der polnischen Hauptstadt war nicht nur das praktische Startsignal zu einer Kampagne gegen einen neuen, zentralen Akteur des Grenzregimes. Die Mobilisierung war zudem eingebettet in eine transnationale Aktionskette, die in ihrem Aufruf den übergreifenden Horizont des Widerstandes gegen die Migrationskontrolle skizzierte: »Auf der ganzen Welt gründet die kapitalistische Ausbeutung auf einem globalen Gefälle, das durch Filter und Zonen, mittels Hierarchien und Ungleichheiten sowie durch äußere und innere Grenzen bewusst hergestellt wird. Illegalisierung und Abschiebung einerseits, selektiver Einschluss und Anwerbung von migrantischen Arbeitskräften andererseits, es sind zwei Seiten derselben Medaille: es geht um Migrationsmanagement für ein globales Apartheid-Regime, dessen höchst prekäre Ausbeutungsbedingungen auf der Produktion immer neuer Hierarchien und abgestufter Rechte sowie rassistischen Diskriminierungen basieren«.

Im Mai 2005 begann die europäische Grenzschutzagentur mit einzelnen Pilotprojekten. Von Anfang an gab es Widerstand dagegen: von »kein mensch ist illegal«-Gruppen, aus dem »Noborder-Netzwerk« oder von »Welcome to Europe«. Heute ist »Frontex« im militarisierten Dauereinsatz gegen Flüchtlinge und MigrantInnen, sei es an den See- oder Landaußengrenzen, auf Flughäfen oder auch auf wichtigen Landstraßen, und nicht zuletzt in der Koordination von Charterabschiebungen. Gegen Menschen ohne Papiere innerhalb der EU oder gegen Bootsflüchtlinge an den Außengrenzen:

»Frontex« ist die treibende Kraft in der »Bekämpfung illegaler Migration«, und dass diese Agentur dafür über Leichen geht, bekam im Mai 2011 ein Millionenpublikum in einem beachtlichen »Tatort«-Krimi vorgeführt. Der Autor des Drehbuchs für »Der illegale Tod« konnte kaum wissen, wie brandaktuell seine Story zum Sendedatum sein würde. Auch wenn es letztlich »nur« ein guter Sonntags-Krimi war, für das Image von »Frontex« dürfte der Abend ein regelrechter Kommunikations-Gau gewesen sein. Für die Kampagne gegen »Frontex« hingegen ein unglaublicher Erfolg und auch Ausdruck davon, dass das kritische Bewusstsein gegenüber dem EU-Grenzregime und seinen Akteuren zugenommen hat.

Der sehenswerte Tatort spielt 2010, noch realistischer erscheinen solche todbringenden Einsätze seit Februar 2011. Über 2.000 ertrunkene Boatpeople wurden 2011 zwischen Nordafrika und Lampedusa bzw. Malta gezählt. Kurz nach Beginn des arabischen Frühlings und als mit dem Sturz der Despoten das EU-finanzierte Wachhundregime in Nordafrika kollabierte, wurde »Frontex« mit der »Operation Hermes« unmittelbar vor der tunesischen und libyschen Küste in Stellung gebracht. Vor diesem Hintergrund bleibt »Freiheit statt Frontex« ein gleichermaßen treffender wie hochaktueller Slogan – die Kampagne »Frontexplode« verwendet ihn auf Bannern und Flyern bei ihren Widerstandsaktionen. Einige davon dokumentiert unser CONTRASTE-Schwerpunkt.●

Auf den Seiten 7 bis 10.

D 8008

Anzeige

KATALONIEN

Zu einer anderen Gesellschaft

Einst erleichterte Enric Duran spanische Banken (s. CONTRASTE Nr. 303, Seite 5) nun druckt er in der katalanischen Kooperative eigenes Geld.

Von Martin Ling, Barcelona ● Der Euro ist in der Krise, Regiogeld boomt. Mit den regionalen Zahlungsmitteln können Bürgerinnen und Bürger bei allen teilnehmenden Gewerbetreibenden Leistungen einkaufen. Die Geldeigenschaften regen die Geldzirkulation an und stärken Strukturen vor Ort. In Deutschland verstehen sie sich als Ergänzung zu Euro und Marktwirtschaft. Die katalanische Kooperative dagegen möchte damit ganz neue Wege gehen.

Geschichte hat Enric Duran bereits geschrieben: Der 35-jährige Katalane war der erste spanische Staatsbürger, der wegen Kreditschulden im März 2009 in Untersuchungshaft landete. Der Grund: Er hatte mit fingierten Unterlagen 39 Banken und Kaufhäuser erleichtert, um mit den daraus erhaltenen 492.000 Euro kleine, finanzschwache linke Projekte zu unterstützen. Längst ist er gegen Kaution und ohne Reisepass wieder auf freiem Fuß. Dem noch nicht terminierten Verfahren sieht er mit Gelassenheit entgegen.

Derweil arbeitet er seit dem Frühjahr 2010 am Aufbau der »Cooperativa Integral Catalana« (CIC), in der die Geldbeziehungen Schritt für Schritt durch freiwillige soziale Vereinbarungen ersetzt werden sollen. Ein Anfang ist gemacht, rund 2.000 Menschen sind bereits integriert – die tiefe Wirtschaftskrise Spaniens beflügelt die Initiative.

Enric Duran zu treffen, ist im Prinzip kein Problem. Es muss nur eine Lücke im dicht gedrängten Terminplan des viel beschäftigten Globalisierungskritikers gefunden werden. Um drei Uhr an einem Samstagmorgen schickt er die E-Mail, mit der er das am selben Tag für zwölf Uhr vorgesehene Treffen um vier Stunden nach hinten schiebt. Treffpunkt: Die Räume der »Cooperativa Integral Catalana«, der integrierten, katalanischen Kooperative am Plaza del Sol im Stadtteil Gracia in Barcelona. E-Mails um drei Uhr in der Nacht zu schreiben ist für Duran die Regel. Jeweils vor dem Schlafengehen checkt er die elektronische Post ein letztes Mal und versendet dringliche Antworten. Mit hoher Leidenschaft und hoher Leistungsbereitschaft arbeitet der Katalane am Traum von einer anderen Gesellschaft. »Die Energie, die ich früher in den Sport gesteckt habe, fließt jetzt in die politische Arbeit«, erzählt er und begründet seine Fähigkeit, mit meist nur fünf Stunden Schlaf auszukommen, mit seiner sportlichen Vergangenheit, die seinen Körper und Geist an hohe Belastungen gewöhnt hätte. Als Fünfjähriger begann er mit dem Schachspiel und brachte es zum katalanischen Schülermeister. Später widmete er sich leidenschaftlich dem Tischtennis.

Die Welt des Sports wurde ihm bald zu klein. Er zog von seiner Heimatstadt Vilanova, 40 Kilometer vor den Toren Barcelonas, rund 60.000 Einwohner, nach Barcelona.

Sich den Regeln des Marktes verweigern

Er war Mitgründer des Infoladens »Infoespai«, der nur wenige Meter von der CIC entfernt liegt, beteiligte sich an Schuldenerlasskampagnen für die Dritte Welt und setzte dann zum großen Coup an: Ende August 2005 startet Duran seinen kalkulierten Bankenraub: Mit 6.000 Euro Startkapital, als Kredit von einem ahnungslosen Verwandten, legte er los und setzte eine Kreditspirale in Gang. Von kleinen Konsumkrediten bis hin zu einer Hypothek – 68 Kreditlinien bei 39 Finanzinstitutionen,

Fortsetzung auf Seite 4

AKTION 2012

Vielversprechend ...

... ist der Antritt nach unserem Spendenaufruf im November. Es gingen weitere Spenden in Höhe von 2.428 EUR ein. Mit Eurer Unterstützung sind nun schon die ersten fünf Monate unserer Produktion in 2012 gesichert. Wir sagen allen SpenderInnen herzlichen Dank und hoffen, dass uns im Monat Dezember weitere Spenden erreichen.

Redaktion Heidelberg ● Bedanken möchten wir uns auch bei unseren Fördermitgliedern. Deren Beitrag hilft, unser Projekt zu stabilisieren. Schön wäre es, wenn noch mehr Abos in Fördermitgliedschaften umgewandelt werden könnten (Mindestbeitrag 62 EUR, Coupon auf dieser Seite). Fördermitglieder erhalten im Rahmen ihrer Mitgliedschaft CONTRASTE umsonst (auf Wunsch auch mehrere Exemplare). Der Finanzminister muss in diesem Fall auf die in einem Normalabo enthaltene Mehrwertsteuer verzichten, da der Versand der Zeitung als Mitgliederinformation gilt.

Unsere Abostatistik sieht, immer bereinigt um Kündigungen , relativ stabil aus, leider ist unser Ziel, die Finanzierung der externen Kosten über Abos zu erreichen, anscheinend unerreichbar. Dazu fehlen uns immer noch 140+ Abos (im vergangenen Dezember waren es noch 144+).

Im Monat November konnten wir uns über acht neue Abos freuen. Leider ab gab es auch elf Kündigungen, darunter auch die Kündigung einer Fördermitgliedschaft über 62 EUR und ein Sterbefall. Eine der Kündigungen traf uns besonders, weil es sich um einen großen, selbstverwalteten Betrieb handelt. Die Solarfirma Wagner & Co aus Cölbe hat nach 25 Jahren ihr Abonnement gekündigt.

Normalerweise freuen wir uns nicht gerade über Kündigungen, aber die Nachricht auf einer handgemalten Postkarte (s. Abb.) von Günther Finneisen, dass er nun nach langer Isolationshaft freigelassen wird und wir deshalb keine Zeitungen an ihn in den Knast schicken müssen, hat uns nun doch sehr gefreut. Wir wünschen Günther für die Zukunft alles Gute!

Zeichnung: Günther Finneisen

Dieses Abo zählt nicht in unserer Statistik, da es nun einem anderen Gefangenen zugute kommt. Über Knastpatenschafts-Abos aus den Reihen unserer LeserInnen freuen wir uns und die so mit Lesestoff versorgten Gefangenen besonders.

Über unsere enormen Schwierigkeiten, Adressenänderungen wegen Umzugs in den Griff zu bekommen, berichten wir in dieser Ausgabe an anderer Stelle (siehe Seite 16).

Wir hoffen weiterhin auf Eure Unterstützung durch Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften (siehe Coupon auf dieser Seite) und/oder durch Spenden. Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05 (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung).●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2012

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2012: 3.888 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 140+ Neuabos

SPENDEN IM NOVEMBER 2011

- Sebastian Becker, Göttingen (10 EUR)
- Christian Biermann, Gütersloh (100 EUR)
- Charlotte Böhm, Hamburg (20 EUR)
- Mattes Bräu, Bremen (20 EUR)
- Hubi Cramer, Mannheim (200 EUR)
- Jörg Czervan, Speyer (20 EUR)
- Werner Driehorst, Uslar (45 EUR)
- Friedensinitiative, Köln (20 EUR)
- Stefanie Gentsch, Greifswald (10 EUR)
- Stefan Groll, Fürth (100 EUR)
- Jörg Hänsler, Stuttgart (50 EUR)
- Jens Herion, ??? (10 EUR)
- Hella Hertzfeld, Berlin (55 EUR)
- Arno Huber, Nürnberg (10 EUR)
- Regine Hueck, Karstädt (10 EUR)
- Hartmut Horsch, ??? (30 EUR)
- Utta Isop, Österreich (20 EUR)
- Simon Kaupert, Plüdershausen (50 EUR)
- Frieder Kern, Schwanau (20 EUR)
- Antje Kirbis, ??? (50 EUR)
- Karl-Heinz Kruse, Oldenburg (30 EUR)
- Jürgen Lützel, Neustadt (20 EUR)
- Manfred Manthey, ??? (10 EUR)
- Roland Mink, Berlin (100 EUR)
- Bert Melzig, Nürnberg (10 EUR)
- N.N., ??? (10 EUR)
- N.N., Albstadt (30 EUR)
- N.N., Berlin (30 EUR)
- N.N., Heidelberg (40 EUR)
- N.N., Karlsruhe (20 EUR)
- N.N., München (10 EUR)
- N.N., Münster (250 EUR)
- N.N., Solingen (35 EUR)
- Stephan Renger, Geldersheim (20 EUR)
- Andreas Roppel, Dresden (20 EUR)
- Klaus Schorer, Molkenberg (100 EUR)
- Gottfried Schubert, Tübingen (20 EUR)
- Roman Schweidlenka, Bad Mitterndorf, Österreich (20 EUR)
- Volker Spiel, Mönkhagen (500 EUR)
- Manfred Steingruber, Konstanz (10 EUR)
- Tagung »Solidarische Ökonomie – gerecht Wirtschaften« Potsdam (33 EUR)
- Reinhold Waber, Donauwörth (40 EUR)
- Wolfgang Weißhuhn, ??? (50 EUR)
- Hans Wieser, Klagenfurth, Österreich (50 EUR)
- Bernd Wulff, Lübeck (100 EUR)
- Elke Zuch, ??? (20 EUR)

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

elis.corner

Rettungsschirme wofür?

Von Elisabeth Voß, Redaktiom Berlin ● Rettungsschirme in Milliarden-, nein mittlerweile in Billiardenhöhe – wie viele Nullen hat so eine Zahl? Kann sich das überhaupt noch irgendwer vorstellen? Geschweige denn, solche Berge von Geld handhaben? Na ja, das steht ja nur auf dem Papier und muss nicht real irgendwo aufgetürmt oder gar gezählt werden. Als es Ende September im Bundestag um das 211-Milliarden-Paket ging, interviewte das ARD-Magazin Panorama Abgeordnete aller Parteien. Die meisten von ihnen kannten weder Umfang noch Empfänger der Rettungsgelder – was sie aber nicht daran hinderte, darüber abzustimmen.

Viel mehr Macht als die Politik scheinen die Ratingagenturen zu haben, die mit ihren Bewertungen – als seien es Facebook-Like-Daumen – mal eben über ganze Volkswirtschaften urteilen. Da wackelt die Welt, wenn es eine Computerpanne gibt, und plötzlich auch Frankreich abgewertet wird. Klingt nach »Brasil«, einem Film von 1985: In einem totalitären Staat wird die Existenz eines Menschen zerstört, weil durch eine Fliege in der Tastatur einer Schreibmaschine zwei Männer verwechselt werden.

Es fällt mir zunehmend schwerer, all das noch ernst zu nehmen, und wenn nicht so viele Menschen an den Folgen dieser Finanz- und Bewertungsakrobatik zu leiden hätten, könnte ich nur noch darüber lachen. Wenn selbst ein Konservativer wie der FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher zugibt, dass Linke Recht haben könnten mit ihrer Kritik am Kapitalismus, und wenn der Superreiche Warren Buffet eine stärkere Besteuerung der Reichen fordert, dann sind offensichtlich die Grundfesten des Systems ins Wanken geraten. Selbst Kanzlerin Merkel hat »großes Verständnis« für die Occupy-Proteste.

»Banken in die Schranken« als neuer politischer Konsens von links bis rechts? Die Banken sind nur ein Symptom, die Ursache ist die kapitalistische Wirtschaftsweise selbst. Und die soll gerettet werden, mit Rettungsschirmen, Green New Deal und Rio+20 – während die Unterschiede zwischen Arm und Reich immer größer werden und Hunger und Ausstoß von Treibhausgasen zunehmen.

Die taz zeigte am 10.11. unter der Überschrift »Kollektion statt Kollektiv« eine Ring-Center-Werbung mit dem Slogan: »Das ist keine Jacke, das ist Rebellion«. Alles wird zur Ware, wie immer, auch der Protest. Und was haben »wir« – die Alternativen, Linken, Selbstverwalteten, AnarchistInnen usw. – dem substantiell entgegen zu setzen? Irgendwelche gesellschaftsverändernden Konzepte und Strategien, die weiter reichen als kuschelige Nischen?

Eine große Perspektive zu haben behauptet die Zeitgeist-Bewegung, die allerorten versucht, bei Occupy mitzumischen. Zeitgeist-Oberguru Peter Joseph scheint mit seinem neuesten Film »Moving Forward« selbst in der wertkritischen Szene – im österreichischen Magazin »Streifzüge« und auf keimform.de – auf Interesse und Zustimmung zu stoßen. Diese patriarchale, technikfetischistische Vision einer Welt, die auf einer unhinterfragbaren »wissenschaftlichen Methode« beruht, wird von unserer Österreich-Redakteurin Brigitte Kratzwald auf ihrem Nordwind-Blog gründlich hinterfragt.

Manchmal empfinde ich es als lähmend, auf die Zustände dieser Welt und das Näherkommen der Zusammenbrüche zu starren. Wie lassen sich jahrzehntelange Erfahrungen anderen Wirtschaftens populär machen ohne populistisch zu werden? Wie können tragfähige größere Strukturen aussehen? Oder wachsen die vielen kleinen, real existierenden Projekte nach und nach zu Rettungsschirmen für Menschen zusammen?●

Begrüßungsgeschenk

Die nächsten 8 NeuabonnentInnen der CONTRASTE erhalten als Begrüßungsgeschenk das Buch »Sonnenflucht« von Erasmus Schöfer. Verzweifelt nach Berufsverbot und Trennung von seiner Frau sucht Viktor Bliss Abstand auf einer griechischen Insel. In Athen wird er in dramatische Ereignisse der politischen Gegenwehr hineingezogen, in denen er wieder zu seiner politischen Kraft findet.

Es ist das dritte Buch der Tetralogie »Die Kinder des Sisyfos«. Aus der Sicht der damals handelnden Personen erzählt der Autor facettenreich und spannend den Lebensweg von Viktor Bliss und seiner politischen WeggefährtInnen. Stets aus der Sicht der damals handelnden Personen: über ihre Versuche und Wagnisse, ihre Hoffnungen und Erfolge, ihre Selbsttäuschungen und Niederlagen. Die Geschichte der Linken dieses Landes zwischen 1968 und 1990 wird so von einem ihrer Zeitgenossen bewahrt.

Wir danken unserer Leserin Marianne Walz, die uns diese Aktion ermöglicht hat. Auszüge aus der Romantetralogie veröffentlicht CONTRASTE zur Zeit in einer Artikelserie auf Seite 5.

Erasmus Schöfer: Sonnenflucht, Dittrich Verlag 2001, 349 Seiten, 19,80 EUR
www.dittrich-verlag.de

PRESSE-FEEDBACK:

Contraste unter den Vorkämpfern

Der Verein »Freie Altenarbeit Göttingen« dokumentiert unseren Beitrag: »Nach der Rente das eigene Leben so lange wie möglich in eigenen Händen behalten« vom September 2011 auf der Vereinshomepage unter Presse-Echo.

Das Energiemagazin »Sonne Wind & Wärme«, Heft 16/2011, erwähnt unsere Zeitung lobend in einer Buchbesprechung. Als Literaturhinweis zu Jürgen Staabs Ratgeber »Erneuerbare Energien in Kommunen« wird darauf verwiesen, dass »CONTRASTE, die Monatszeitung für Selbstorganisation, regelmäßig über selbstbestimmte soziale und ökologische Projekte berichtet. Bereits im Juni 2008 widmete sie der Pionierfunktion von Energiegenossenschaften einen Themenschwerpunkt.«●

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

Anzeige

ArchivCD.3

7 Jahre CONTRASTE auf CD-ROM!
1/2004 - 12.2009 und 10.1984 - 12.1985
zusätzlich:
BUNTE SEITEN 2011 - Das alternative Adressbuch
und
Reader der AlternativMedien - BRD/AUSTRIA/CH
Die CD kostet:
25 EUR (für CONTRASTE-AbonnentInnen)
20 EUR (für alle, die bei uns schon eine CD gekauft haben)
35 EUR (für Menschen ohne CONTRASTE-Abo)
+ jeweils 3 EUR (Ausland 4 EUR) Versandkosten
Info: www.contraste.org/archiv-cd.htm
Bestellungen an:
Zeitsprung-Verlag, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg
zeitsprung-verlag@online.de

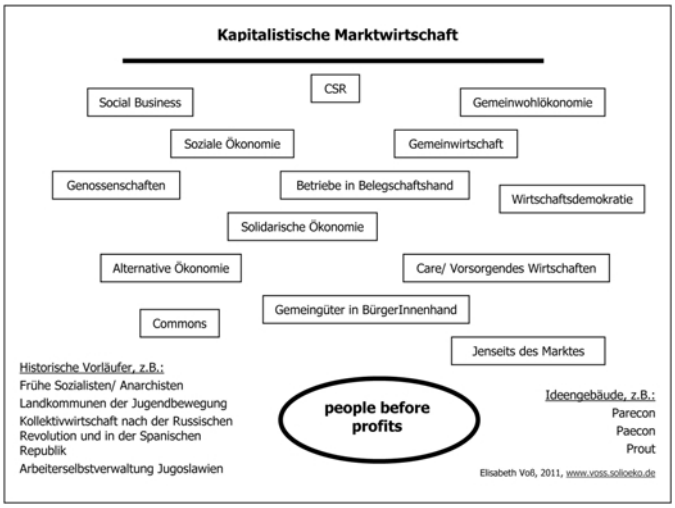
DIE VERSCHIEDENEN STRÖMUNGEN ANDEREN WIRTSCHAFTENS

Die Vielfalt ökonomischer Alternativen

Der Kapitalismus scheint in seinen Grundfesten erschüttert, zumindest was seine Glaubwürdigkeit und sein Wohlstandsversprechen für breite Bevölkerungsschichten in den privilegierten Weltregionen angeht. Höchste Zeit also, die Chance zu nutzen, die sich aus den multiplen Krisen ergibt, und die real existierenden ökonomischen Alternativen sichtbar zu machen.

Von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Schon immer gab es Ansätze, anders zu wirtschaften, jenseits von Gewinnmaximierung und Konkurrenz. Seit dem gleichnamigen Kongress 2006 in Berlin ist der Begriff »Solidarische Ökonomie« in Deutschland bekannt. Es handelt sich dabei weder um ein geschlossenes Konzept noch um eine neue Heilslehre, und es lohnt sich, genau hinzuschauen, was alles unter diesem Begriff auftaucht oder gefasst wird. Denn Solidarität ist nicht automatisch gut und erstrebenswert, es kommt immer darauf an, wer mit wem solidarisch ist und in wessen Interesse gewirtschaftet wird.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit möchte ich hier versuchen, einen kurzen Überblick über verschiedene Strömungen anderen Wirtschaftens zu geben. Historische Vorläufer gibt es viele, zum Beispiel Ideen und Projekte früher Sozialisten und Anarchisten (Robert Owen, Charles Fourier, Pierre-Joseph Proudhon, Peter Kropotkin u.a.), Gemeinschaften der Lebensreformbewegung (Monte Verita, Obstbaugenossenschaft Eden u.a.), Kollektivwirtschaft im Gefolge der Russischen Revolution von 1917 und in der Spanischen Republik der 1930er Jahre oder die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung.



Genossenschaften als Selbsthilfeunternehmen

Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden die ersten **Genossenschaften**, ursprünglich als Teil der Arbeiterbewegung, die sich jedoch heute in Deutschland überwiegend als Mittelstand verstehen. Volks- und Raiffeisenbanken oder große Wohnungsgenossenschaften lassen kaum noch lebendige Selbstorganisation spüren. Aber es entstehen auch neue, kleinere Genossenschaften als Selbsthilfeunternehmen. Einen Boom scheinen Energiegenossenschaften unterschiedlichster Ausprägung zu erleben. Vielen von ihnen geht es vorrangig darum, ihren Mitgliedern Geldanlagen in regenerativen Energien mit guter Rendite anzubieten.

Nun ist ja die Genossenschaft erst mal eine Rechtsform, und das allein sagt noch nicht viel aus. Genossenschaften lassen sich zwar heute leichter gründen als noch vor 20 Jahren, sind aber vor allem durch die Pflicht zur Mitgliedschaft in einem genossenschaftlichen Prüfungsverband mit Bürokratie und hohen Kosten verbunden, so dass etliche Selbsthilfeunternehmen auf andere Rechtsformen ausweichen. Wenn sie dem genossenschaftlichen Prinzip des Wirtschaftens zur Förderung ihrer Mitglieder folgen, können sie als genossenschaftliche Unternehmungen in unterschiedlichen Rechtsformen verstanden werden. Das können zum Beispiel selbstverwaltete Betriebe sein, Hausprojekte oder Zusammenschlüsse von FreiberuflerInnen etc.

Den selbstverwalteten Betrieben und Projekten der Alternativen Ökonomie, die ihren Höhepunkt nach der StudentInnenrevolte von 1968 in den 70er und 80er Jahren hatte, ging es darum, Leben und Arbeit nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Es folgten vielfältige Erfahrungen des Scheiterns und Gelingens, und der Professionalisierung, die häufig damit einhergingen, dass ursprüngliche Prinzipien aufgeweicht wurden, die sich im harten Kampf um das wirtschaftliche Überleben als nicht praktikabel erwiesen hatten. Nachdem es fast schon schien, als wären diese Überbleibsel des letzten Jahrhunderts vom Aussterben bedroht, zeichnet sich mittlerweile eine Wiederbelebung dieser alternativen Projekteszene ab.

Kollektivbetriebe, Kommunen, Hausprojekte

Aktuell organisieren sich zum Beispiel in Berlin Kollektivbetriebe unter dem Label »Das Richtige im Falschen«. Das bundesweite Netzwerk von Kommunen lädt alle 2 Jahre zum Kommune-Gründungs-Treffen »Los geht's«. Ein wachsender, bundesweiter Verbund von Hausprojekten ist das Mietshäuser Syndikat, eine Art Franchisemodell für Hausprojekte zur Verhinderung der Privatisierung von Immobilien.

Während es bei den Alternativen weitgehend selbstverständlich ist, dass die Betriebe denen gehören, die in ihnen arbeiten (auch wenn es mittlerweile häufig zusätzlich Angestellte gibt), müssen Initiativen zur Überführung von »Betrieben in Belegschaftshand« dies erst erkämpfen. Strike Bike im thüringischen Nordhausen war ein Versuch, der nach kurzer Zeit scheiterte. Aktuell versucht die Genossenschaft »hnGeno«, gemeinsam mit Beschäftigten und KundInnen, die Firma Hess Natur zu übernehmen.

Ebenso wie die herkömmliche Wirtschaft sind auch alternative Ansätze ganz überwiegend von Männern dominiert. Daher entwickelte sich frühzeitig eine eigenständige feministische Projekteszene als Teil der Alternativen Ökonomie, mit Frauentagungshäusern, Frauenstiftungen, Frauengewerbehöfen etc. Aktuelle Ansätze sind zum Beispiel die **Care Economy**, wie sie von der Schweizer Ökonomin Mascha Madörin und anderen vertreten wird, und das **Vorsorgende Wirtschaften** mit einem gleichnamigen Netzwerk von 50 Wissenschaftlerinnen in Deutschland.

Commons/Gemeingüter-Ansatz

Es sind auch vor allem Frauen, die den **Commons/ Gemeingüter**-Ansatz in die Öffentlichkeit bringen. Nachdem 2009 die US-amerikanische Wissenschaftlerin Eleanor Ostrom den Wirtschaftsnobelpreis für ihre Commons-Forschungen erhielt, stehen im deutschsprachigen Raum vor allem die Autorin und Bloggerin Silke Helfrich und unsere neue österreichische CONTRASTE-Redakteurin Brigitte Kratzwald für diese Wirtschaftsweise. Unter Commons verstehen sie Ressourcen, die von Menschen auf der Basis selbst festgelegter Regeln bewirtschaftet werden.

Aus meiner Sicht handelt es sich dabei um die Urform demokratischen Wirtschaftens. Anders als durch die Umwandlung natürlicher Ressourcen durch menschliche Arbeit können Güter und Leistungen nicht hergestellt werden. Die entscheidende Frage ist, wie die dafür erforderlichen Vereinbarungen getroffen werden. Entscheiden die Beteiligten gleichberechtigt und demokratisch darüber, was und wie produziert wird, und nach welchem Modus die Arbeitsergebnisse verteilt werden, oder haben einige Wenige die Macht, einseitig die Regeln für alle festzulegen?

Jenseits vom Markt organisieren sich zum Beispiel Umsonstläden oder landwirtschaftliche Projekte als CSA-Gemeinschaftshöfe (Community Supported Agriculture) oder der Karlshof mit seinem NKL-Ansatz (nicht-kommerzielle Landwirtschaft). Regiogeldinitiativen versuchen, allein ausgehend von der Zirkulation, die Wirtschaft zu verändern. Aber auch Akteure jenseits des Marktes entgehen nicht der Notwendigkeit, dass die Beteiligten Geld für ihren Lebensunterhalt erwirtschaften müssen. Und auch Genossenschaften, die ausschließlich im Mitgliedergeschäft tätig sind (zum Beispiel Wohnungsgenossenschaften), müssen dem Preisvergleich mit den Angeboten am Markt standhalten.

Soziale Ökonomie

Nah am Markt agieren in der Regel Unternehmungen der **Sozialen Ökonomie**, die sich auf europäischer Ebene als Zusammenschluss von Genossenschaften, Stiftungen, Vereinen und Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit organisieren. Der Verband »Social Economy Europe« geht davon aus, dass schon heute etwa 10% aller Unternehmen mit 10% aller Beschäftigten in der EU der Sozialen Ökonomie angehören. Hier gilt unter anderem als Grundsatz, dass Gewinne nicht privat angeeignet, sondern für die sozialen Ziele eingesetzt werden sollen. Damit ist allerdings zum Beispiel noch nichts über Gewinn mindernde Gehälter für Führungskräfte oder großzügige Zahlungen an Geschäftspartner ausgesagt.

Soziale und ökologische Ziele mit unternehmerischen Mitteln umsetzen und gleichzeitig Gewinne erwirtschaften möchte die **Social Business**-Bewegung. In Deutschland kristallisiert sich diese Szene im Genisis-Institut, das 2008 in Berlin gegründet wurde. Der Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus mit seinen (mittlerweile umstrittenen) Mikrokrediten gilt als Vorbild. International steht das Ashoka-Netzwerk als selbsternannte »Heimat der Changemaker« für diese Wirtschaftsweise. Es unterstützt ausgewählte Social Entrepreneurs unter anderem mit Stipendien und Beratung durch McKinsey. Die internationale »Schwab-Foundation for Social Entrepreneurship« vergibt – in Deutschland gemeinsam mit der »Financial Times Deutschland« und der »Boston Consulting Group« – Preise an herausragende UnternehmerInnenpersönlichkeiten.

Gemeinwohlökonomie

In den »Energiefeldern« der **Gemeinwohlökonomie**, wie sie aktuell Christian Felber (Attac Österreich) propagiert, wird gemeinsam daran gearbeitet, Gemeinwohlbilanzen zu erstellen. Sie sollen abbilden, wie weit es Unternehmen gelingt, ihre Tätigkeit nach ökologischen, sozialen und demokratischen Zielen auszurichten. Eine ähnliche Zielstellung beansprucht auch die neue internationale Norm ISO 26000 »Gesellschaftliche Verantwortung von Organisationen« und der »Aktionsplan CSR« (CSR = **Corporate Social Responsibility**) der Bundesregierung. Neben allen Bundesministerien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden beteiligen sich am CSR-Forum u.a. BASF und die Bertelsmann-Stiftung.

Auch die gewerkschaftliche **Gemeinwirtschaft** sollte dem Gemeinwohl verpflichtet funktionieren. Nach Misswirtschaft und Skandalen bei der Wohnungsgesellschaft Neue Heimat, der Lebensmittelkette co-op AG und der Bank für Gemeinwirtschaft galt dieses Konzept jedoch als gescheitert, die genannten Unternehmen existieren heute nicht mehr in der Form. Die gewerkschaftlichen Vorstellungen von **Wirtschaftsdemokratie** beschränken sich bislang darauf, mehr Mitbestimmung einzufordern, um den Interessen der Beschäftigten mehr Gewicht zu geben. Ziel ist »die Parität von Kapital und Arbeit« (IG Metall: kompakt, 02-2010). Wirtschaftliches Wachstum und abhängige Beschäftigungsverhältnisse werden nicht hinterfragt.

KLARSTELLUNG

zu meinem Beitrag »Plädoyer gegen die Definieritis in einer entstehenden Bewegung – Wer weiß, was Solidarische Ökonomie ist?« in CONTRASTE 325, Oktober 2011.

Der Satz »Denn fast unwidersprochen hängt an vielen Stellen, so auch in der Netzwerk-Initiative, das offene Anliegen im Raum, es müsse jetzt wohl eine gemeinsame Definition gefunden werden.« könnte so missverstanden werden, als gäbe es ständig Bestrebungen im entstehenden Netzwerk, den Begriff »Solidarische Ökonomie« zu definieren, oder Konflikte um die Definitionshoheit. Das trifft nicht zu, vielmehr ist bisher einfach offen, wie damit umgegangen werden sollte.

Elisabeth Voß

Mit der zunehmenden Privatisierung der Daseinsvorsorge (Wasser/Abwasser, Energie, Mobilität, Gesundheitswesen, Bildung, Müllentsorgung etc.) stellt sich die Frage nach Alternativen verstärkt: Wo ist es sinnvoll, die Versorgung in die eigenen Hände zu nehmen, und wo sollte für eine Rekommunalisierung oder Verstaatlichung gekämpft werden? Aus der Antiprivatisierungskampagne von Attac entstand **GiB – Gemeingut in BürgerInnenhand** als Versuch der bundesweiten Vernetzung von Antiprivatisierungsinitiativen.

Radikale Selbstverwaltung

Der radikale Selbstverwaltungsansatz **Parecon** (participatory economics) von Michael Albert (www.zmag.org) beinhaltet u.a. strikte Rotation und Entlohnung je nach Anstrengungsgrad der Arbeit. Nicht damit verwechselt werden sollte **Paecon** – Arbeitskreis Postautistische Ökonomie, der sich für eine Vielfalt ökonomischer wissenschaftlicher Theorien einsetzt. Die internationale **Prout**-Bewegung vertritt ein kooperatives Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, und gehört zur Sekte »Ananda Marga«. Trotzdem haben die Proutists prominente Fürsprecher, zum Beispiel den US-amerikanischen Linguisten Noam Chomsky und den brasilianischen Ökonomen Marcos Arruda. Dieses Jahr fand ein venezolanisches Prout-Treffen in der Genossenschaft »Cecosesola« statt. Vorsicht ist geboten, wenn plakativ von **Share** (Teilen) für globale Gerechtigkeit die Rede ist. Meist steckt dahinter die autoritäre Sekte »Share International«. Mit vielen Unterorganisationen beruft sie sich auf Maitreya, den »Weltenlehrer« und »Meister der Weisheit«, dessen Erscheinen seit Jahren erwartet wird.

Der Begriff **Solidarische Ökonomie** wurde vor etwa 30 Jahren von dem chilenischen Wirtschaftswissenschaftler Luis Razeto geprägt. Er erforschte Unternehmungen wirtschaftlicher Selbsthilfe von Marginalisierten, die durch ihr Zusammenwirken in der Lage waren, ihre Familien und Gemeinschaften in der Krise mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen. In Brasilien gibt es heute einen großen solidarökonomischen Sektor zur Armutsbekämpfung durch Schaffung von Arbeitsplätzen. Er besteht aus Kooperativen von bäuerlichen Familienbetrieben und Produktivgenossenschaften, Unterstützungs- und Fortbildungseinrichtungen. Sogar ein Staatssekretariat für Solidarische Ökonomie, geleitet von dem in Österreich geborenen Paul Singer, gibt es dort.

Fortsetzung auf Seite 4

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Zu einer anderen Gesellschaft

... über insgesamt 492.000 Euro wurden bewilligt. Bereitwillig, weil sie davon leben, Darlehen zu verkaufen und diese im Zweifelsfall mithilfe der Staatsgewalt wieder einzutreiben.

Mit frischem Geld aus neuen Krediten zahlte Duran anfangs die ersten Raten der alten Kredite. Nach einigen Monaten stellte er die Zahlung dann ein.

»Die Lawine wurde immer größer«, berichtet Duran. Im September 2008 beschloss er schließlich, alles Geld abzuheben, umzuverteilen und »die Aktion«, wie er es nennt, öffentlich zu machen. Das Geld floss in soziale Projekte sowie in die Herausgabe von Publikationen wie »Podem!«, die im März 2009 mit einer Auflage von 450.000 kostenlos verteilt wurde. »Podem« heißt auf katalanisch »Wir können«. In der Zeitung skizzierte Duran seine Vision: Wir können »ohne Banken, ohne Multis, ohne Geld, ohne politische Klasse«, kurzum: »ohne Kapitalismus leben«. Folgenlos blieb der Bankraub der anderen Art nicht. Nach seiner Verhaftung Mitte März 2009 saß Duran gut zwei Monate in Untersuchungshaft, bevor er auf Kaution freigelassen wurde. »Das war eigentlich eine schöne Zeit«, erinnert er sich. »Da mein Fall Schlagzeilen gemacht hatte, wurde ich vom Gefängnispersonal korrekt behandelt und ich hatte jede Menge Zeit, um Bücher zu studieren.«

Seit Frühjahr 2010 ist es die »Cooperativa Integral Catalana«, der sein Hauptaugenmerk und seine Energie gilt. Die zentrale Zielsetzung: Zwischen Personen und sozialen Unternehmen ein Netzwerk von kooperativen und sozialen Wirtschaftsbeziehungen zu schaffen, das sich den Marktregeln und staatlicher Kontrolle verweigert.

Der Globalisierungskritiker Enric Duran ist Mitgründer der »Cooperativa Integral Catalana«. Mit der eigenen Währung »ECOcoop« können Lebensmittel aus der Region, aber auch – wie in Tauschringen – Dienstleistungen anderer Kooperativenmitglieder preiswert erworben werden.

Foto: nd/Martin Ling

Der Name ist mit Bedacht gewählt: **Cooperativa**, weil es sich um die Rechtsform einer Kooperative handelt, in der jedes Mitglied gleichberechtigt ist und an der wirtschaftlichen und politischen Selbstverwaltung teilnimmt. **Integral** steht für den ganzheitlichen Ansatz, die Ebenen von Produktion, Konsum, Finanzierung und unterschiedlicher Formen selbst geschaffener sozialer Währungen zu verbinden. Integral steht außerdem dafür, dass alle lebensnotwendigen Tätigkeiten unter dem Kooperativendach vereint sind. **Katalanisch** bezieht sich darauf, dass sich die Kooperative in ihrer geografischen Ausdehnung nicht über Katalonien hinaus erstreckt, zumal ohnehin das Subsidiaritätsprinzip hochgehalten wird: Was lokal erzeugt und besorgt werden kann, wird lokal erzeugt und beschafft, um regionale Kreisläufe zu stärken. Dennoch muss niemand auf Kaffee verzichten – der findet sich als Bioimportware auch im Laden der Kooperative.

Der kleine Laden in Gracia ist einer der ökonomischen Bausteine der CIC. Dort können Mitglieder preiswert hochwertige Lebensmittel zumeist aus der Region erwerben, von Produzenten, häufig Landkooperativen, die bereit sind, zehn Prozent des Erlöses in ECOcoop zu akzeptieren, der hauptsächlichen sozialen Währung der Kooperative. Dabei handelt es sich um virtuelles Buchgeld, das nicht in Euro getauscht werden kann, sondern für das es Gegenleistungen im Rahmen des Angebots der CIC gibt: Das können zum Beispiel physiotherapeutische, juristische oder medizinische Leistungen von Kooperativen-Mitgliedern sein. Dadurch, dass die Lieferbeziehungen direkt sind – ohne einen profitorientierten Zwischenhandel – kommen für die Konsumenten und Produzenten Preise zustande, die für erstere unter beziehungsweise, für letztere über dem marktüblichen Preis lägen, erklärt Duran eine monetäre Motivation zur Teilnahme an dem Projekt. Das Grundanliegen sei freilich, gerechte Beziehungen zwischen Produzenten und Konsumenten zu schaffen. Dementsprechend sollen sich die Preise an den Kosten und Notwendigkeiten der Produzenten orientieren, die wiederum ihre Produktpalette an den Bedürfnissen der Konsumenten ausrichten. Die Kooperative als Dienstleister informiert die Produzenten über die Wünsche der Konsumenten und organisiert zudem den kostensparenden kollektiven Einkauf, wofür sie drei Prozent Provision erhält.

Die gesellschaftliche Alternative leben

Auch wenn das langfristige Ziel darin besteht, den Kapitalismus und die Geldwirtschaft zu überwinden, mithin Geld auf seine Funktion als reines Tauschmittel zu reduzieren, führt kurz- und mittelfristig noch kein Weg am Euro vorbei. Auch die Mitgliedsbeiträge, die von sechs Euro für ein Normalmitglied bis hin zu mindestens 25 Euro für die sogenannten autonomen Mitglieder reichen, die ein Teil ihrer Produktion oder Dienstleistung auch auf dem »freien Markt« feilbieten, werden in der Regel in Euro gezahlt, wofür es allerdings den entsprechenden Gegenwert in ECOcoops zum Bezug von Kooperativenleistungen gibt. Leistungen und Gegenleistungen werden verrechnet innerhalb der CIC, der auch viele Tauschringe angehören,

Fest der katalanischen Kooperative anlässlich der Einweihung des offenen Hauses »Casa popular« bei Barcelona

Foto: Glória Xancó

mit dem computerbasierten sogenannten Community Exchange System (CES). Dies ist ein globales Netzwerk von sozialen oder sogenannten Komplementärwährungen. Das Konto bei der CES gibt den Teilnehmern den Zugang zu einem nach Kategorien sortierten Markt, wo sie selbst Güter und Dienstleistungen anbieten oder dort hinterlegte Angebote nachfragen können – alles ohne reales Geld.

Der Anspruch der »Cooperativa Integral Catalana«, Theorie und Praxis zu verbinden, findet offensichtlich Anklang. Rund 1.500 Menschen seien in der CIC aktiv – entweder als Einzelpersonen oder über die Mitgliedschaft in Kollektiven wie Stadtteilgruppen, Tauschringen oder einer Transportkooperative. »Es ist eine immense Arbeit, das ganze Miteinander zu organisieren«, erzählt Duran. Die CIC wächst und wächst, und neue Mitglieder müssen in Aufgaben eingewiesen und eingearbeitet werden, was bisher Duran und einer Handvoll besonders rühriger Mitstreiter obliegt. Dass im Falle eines Prozesses und einer Verurteilung wegen Bankenraubs die CIC ohne den unermüdlichen Antreiber zusammenbricht, glaubt er freilich nicht: »Ich bin nicht der Einzige, der hier viel arbeitet. Jeder ist ersetzbar und so sind unsere Strukturen auch angelegt. Unsere Kapazität, Einzelne zu ersetzen, wächst im Verlauf«, sagt er optimistisch, wobei er ohnehin nicht davon ausgeht, dass die Justiz ihn alsbald mit einem Verfahren belangen wird. Säumige Hypothekenschuldner gibt es im krisengeschüttelten Spanien wie Sand am Meer und auf einen Prozess mit politischem Charakter dürften Regierung und Judikative wenig erpicht sein.

Ohne Zweifel hat die tiefe Wirtschaftskrise in Spanien auch die CIC beflügelt: Die Möglichkeit Euro zu sparen, die Möglichkeit, durch gemeinnütziges Arbeiten ECOcoops zu erwerben, ist gerade in solchen Zeiten auch eine Motivation für Menschen, die sich bis dato weniger mit gesellschaftlichen Alternativen auseinandergesetzt haben. Durans Motivation freilich liegt darin, den Übergang zu einer anderen Gesellschaft zu organisieren. Ihm ging und geht es immer um das System als Ganzes. Die »Cooperativa Integral Catalana« ist dabei nur eine weitere Etappe.●

Aus: Neues Deutschland, 12.11.2011
www.nd-online.de/artikel/ 210902.html

FORTSETZUNG VON SEITE 3

Es scheint Konsens zu sein, dass in Solidarischen Ökonomien der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht der Profit. Aber wie viel Einbindung in den kapitalistischen Markt ist noch solidarisch? Was passiert mit den Werten und der Praxis wirtschaftlicher Solidarität, wenn Konzerne oder neoliberale Stiftungen sich der Deutungsmacht über anderes Wirtschaften bemächtigen? Für eine andere Welt müssen sich auch mächtige Großstrukturen verändern. Aber so lange das Eigentum an Produktionsmitteln unangetastet die Herrschaft über die Arbeitenden erlaubt, werden Nachhaltigkeit, Gemeinwohl etc. ebenfalls zur Ware und zum Verkaufsargument im Wettlauf um mehr Wachstum und mehr Gewinne.

Wie können wir mit Gefühlen von Bedeutungslosigkeit und Hilflosigkeit umgehen, die sich einstellen, wenn sich die Übermacht von Konzernen, Finanzinvestoren und ihren politischen Steigbügelhaltern die Welt aneignet? Sind unsere selbstverwalteten Nischen kuschelige Scheinwelten, die wir dank unserer unverdienten Privilegien behaglich und mit etwas wohlfeiler Widerstandsromantik gewissenstauglich ausstatten? Oder sind es Keimformen einer anderen Welt, die im Unterschied zum sterbenden Kapitalismus das Potential der Zukunftsfähigkeit schon in sich tragen? Und wie können wir die Gartenzwergperspektive verlassen und raus in die Welt gehen, um sie radikal, von den Wurzeln ihrer ökonomischen Basis her, zu verändern? Nicht immer nur darüber reden, sondern es wirklich tun?●

Die Autorin veröffentlichte 2010 den »Wegweiser Solidarische Ökonomie ¡Anders Wirtschaften ist möglich!«, NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V. (Hrsg.), AG SPAK Bücher, Neu Ulm, 93 Seiten, 9 Euro. www.solioeko.de/voss

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

PPP – Puplic Private Partnership...

oder wenn water money makes, lass es uns verscherbeln ?.

Die Verschuldung der Kommunen in Deutschland nimmt zu. Die Schieflage zwischen Ausgaben und Einnahmen hat inzwischen die Rekordsumme von 12 Milliarden Euro erreicht. Daraus ergibt sich gerade für die Kommunen und Städte das Problem, die verfassungsgemäß garantierten Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger zu finanzieren. Die Staatskassen sind »leer« und es »fehlt« an allen Enden und Ecken an Geld, denn öffentliche Gelder müssen nach Relevanz verteilt werden. Kreditaufnahmen von öffentlicher Seite dürfen dabei nur aufgenommen werden, wenn andere Mittel zur Deckung nicht vorhanden sind und den vom Haushaltsplan vorgesehenen Ausgabenrahmen nicht überschreiten. Um aus der Finanzierungsnot herauszukommen, werden die Kommunen dazu aufgefordert z.B. sanierungsbedürftige kommunale Institutionen mit Hilfe privaten Kapitals instand zu setzen. Wo also Geld von öffentlicher Seite nicht bereitgestellt werden »kann«, soll von privater Seite »investiert« werden. Schlussendlich stellt sich dabei eigentlich die Frage, fehlt es den Kommunen jetzt an Geld oder fehlt es den Kommunen an Relevanz, um an einen Rettungsschirm zu kommen?

Von Seiten der Bundesregierung werden Banken und damit deren Rettung als »systemrelevant« eingestuft und mit Milliarden aus den leeren Kassen gestützt – Kommunen dagegen will man bisher nicht als »systemrelavant« einstufen. Die Kommunalebene soll mit der Krise alleine fertig werden. Die schwache Position der Gemeinden gegenüber dem Bund und der damit einhergehende geringe Einfluss, den sie auf Verteilungsmechanismen ausüben können, tut dabei sein Übriges. Anstelle einer politischen Intervention im Interesse einer Verteilungsgerechtigkeit, sucht man Heilung im Puplic-Privat-Partnership Modell – zu deutsch Öffentlich-Private-Partnerschaft. Das bedeutet schlicht den Verkauf von Immobilien oder die Vergabe öffentlicher Daseinsvorsorge an Privatfirmen. Betrachtet man PPP-Prozesse dabei etwas genauer, wird schnell deutlich, dass PPP kein Ausweg, als vielmehr ein Irrweg ist.

Auswege aus der Einbahnstraße

Diesen Standpunkt vertritt auch der Verein »Gemeingut in BürgerInnenhand« – GiB. Der sich seit 2011 aktiv gegen Privatisierungsprozesse einsetzt. Entstanden ist er direkt aus der attac-Kampagne »PPP-Irrwege« mit dem Ziel, die vielfältig bundesweite Arbeit gegen Privatisierung zu bündeln und zu verstetigen. Dabei wird durch breite Aufklärungsarbeit darüber informiert, welche Folgen PPP-Projekte für die Daseinsvorsorge haben, welche Schuldenschiebung im Eigentlichen dahinter steckt, welche Grotesken bisher daraus hervorgingen und wie PPP-Projekte auf lange Sicht zum Demokratieabbau führen. Ihre erstes Projekt »Wollt ihr Wissen?« – eine Unterstützungskampagne zum Volksentscheid des Berliner Wassertisches zur Offenlegung der Geheimverträge über die Berliner Wasserbetriebe – im Frühjahr diesen Jahres, mit der Zielsetzung berechtigte Zweifel gegenüber der Aussage »Alles ist offen gelegt!« näher zu bringen und Interesse für das Thema zu wecken, war durchweg erfolgreich.

Es folgten Kongresse, Handreichungen und Flyer, die verständlich ins Thema einführen und die Terminologie der PPP-Vertreter so übersetzen, dass sich jedes Gemeindemitglied direkt über Fakten und Folgen informieren kann. Damit sich jeder Bürger und jede Bürgerin ein Bild machen kann und nicht gezwungen ist, dem vorgegebenen PPP-Irrweg glauben zu schenken.

Die Arbeit von GiB und anderen Nichtregierungsorganisationen wird inzwischen unter PPP-Kreisen als stärkste Hemmung der Marktentfaltung gesehen. Folgen soll neben der breiten Aufklärungsarbeit die direkte Arbeit auf kommunal-politischer Ebene. Den lokalen Politikern und Politikerinnen sollen durch Erfahrungsberichte und Alternativen ein Beratungsspektrum eröffnet werden, dass aus der Einbahnstraße PPP herausführen soll, damit Gemeingüter wie Wasser, Bildung, Mobilität, Energie und vieles mehr weiterhin unter demokratischer Kontrolle bleibt bzw. wieder zurückgeführt werden kann.●

Stella Napieralla

ARTIKELSERIE »DIE KINDER DES SISYFOS«, ACHTE FOLGE

Ein Besuch in Krupps Villa Hügel

Für die profitable Neuordnung der europäischen Stahlkonzerne wurde in den achtziger Jahren mehreren deutschen Hütten das Todesurteil gesprochen. Den härtesten und längsten Abwehrkampf lieferten 1988 die Rheinhauser Stahlwerker und die mitbetroffene Bevölkerung. Ein Generalstreik an der Ruhr lag in der Luft.

Protest der Rheinhauser Stahlwerker1988 Foto: Archiv

Von Erasmus Schöfer ● Welche wollten die Öfen verrecken lassen. Blinde Wut. Saubere Wut. Das hat die kruppsche Arbeiterehre verhindert. Die Maschinenstürmer sitzen heute hoch oben, in den Aufsichtsräten. Nennen sich scheinheilig Sanierer, was, sagte Vik mal, Gesundmacher heißt und meint immer die sieche Rendite, nicht die kaputten Malocher. Der Cromme (1) will uns das ganze Stahlwerk wegstürmen, samt zwei Hochöfen, zwei Konvertern, zwei Stranggießanlagen, Kokerei, Kraftwerk, Hafen, Kränen undsoweiter, samt fünftausend Stahlwerkern, samt fünftausend Rheinhauser Familien, samt achtzig Jahren Lebensgeschichte dieser Stadt. Jetzt sind sie alle dabei bei der großen Empörung, die Bürger, die Frauen, die Kinder. Die Pfarrer und Polizisten und Metzger. Selbst unsre Ingenjöre sind dabei, die Öfen sauber runterzufahren, dass kein Eisen mehr rausläuft bis – ja bis wann?

Erstaunlich wie das läuft, dass nichts läuft. Das ist der Streik, den keiner so nennt. Die Belegschaft hat die Hütte besetzt und bestimmt aus eigner Macht, ob was produziert wird oder nicht. Die Gewerkschaft guckt zu. Gesetzlich gezähmt.

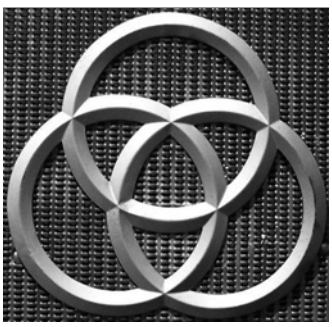
Vorgestern in Bochum, bei den Herren der drei Ringe (2), haben die Jungs den Sitzungssaal geentert, elf Stockwerk hoch die Brötchen und Zigarren der Direktoren geerntet, warn schätzich die ersten und einzigen Havannas ihres Lebens, da haben sich die Hüttenbestatter verdrückt, verkrochen vor der proletarischen Empörung.

Wo sind wir eigentlich?

Und heute? Zehn Busse schlafende Arbeiter überqueren den Strom, der da unten im Dunkeln gurgelt und fließt wie das Kapital in den Kellern der Banken, nee Quatsch Manni Anklam – das Kapital fegt mit Lichtgeschwindigkeit und völlig geräuschlos um den Globus, dagegen ist der Rhein was Solides, wenn auch genau so flüssig und unaufhaltsam für uns. Jetzt fahrn zehn Busse müde Männer durch Duisburg im Konvoi gegen die Burg, auf dem Ruhrschnellweg zur Feste Krupp auf dem Essener Hügel, zum Frühdienst in der Kirche des Gottes, der Eisen wachsen lässt auf unserm Mist und Schweiß, mal fragen was die versammelten Bürdenträger und Ritter vom Stahl uns zu bieten haben außer dem Schlachtfest. Solln wissen dass wir nicht schlachtreif sind! Die autonomen Jungs von der Hafenstraße habens diesmal geschafft mit ihren Barrikaden, dass sie die zehntausend Bullen im Stall gelassen haben. Hat lieber Mietverträge mit ihnen geschlossen, der Dohnanyi (3), als ne neue Straßenschlacht mit Häuserkampf loszutreten. Obwohl – in Hamburg gings nur ums Prestige vom Senat, nicht um den Profit vonnem Großkonzern. Unvergleichbar, schätzich. Wo sind wir eintlich Manfred?

Irndwie Oberhausen, schätzich. Halbe Stunde kannste noch ratzen.

Alle Kofferräume vollgepackt mit Paletten. In jedem Bus sagnwe zwei macht zwanzig Paletten, das gäb verdammt ein heißen Haufen für Herrn Beitz oder Cromme, die heilige Inquisition des Proletariats fragt die Hexenmeister des Kapitals: Stillegung – ja oder nein? Also ab ins Feuer mit den pferdefüßigen Dienern des Gottseibuns Profit, die uns arbeitsfrommen dienstbaren Malochern das Lebensblut aussaugen. Ihr Satansbrut ihr höllischen Kujone haben die schlesischen Weber gesungen bevor sie ihren Ausbeutern die Villen zerdeppert haben, vielleicht hat ja der olle Kanonenkönig Krupp seinen Protzkasten als Bastille des Ruhrgebiets auf den Essener Hügel geklotzt – die steinerne Drohung gegen seine dreckigen Untertanen, für den Fall dass sein Sozialzauber nicht mehr wirkt. Als die Revolution reif war in Frankreich hat der Pöbel auch die Bastille gestürmt, mit echten Kanonen. Damals standen die wohl noch öffentlich rum in Paris. Neunzehnachtzehn hätten die Kollegen im Essener Kruppwerk paar von den Haubitzen abzweigen können, für die deutsche Revolution gegen unsre Monarchen und Schlotbarone, Granaten haben sie auch produziert. Aber der Familiensinn der Kruppianer hat noch ausgereicht und das Verantwortungsbewusstsein fürs Jroßejanze, durch zwei elendige Kriege haben sie das gerettet bis in die Juppiezeit, was denkt so ein Milchgesicht wie der Cromme wenner die tausend wütenden Arbeitergesichter sieht, die Fäuste die ihn aber



Krupp-Firmen-Logo Foto: Archiv

hoppla an die Kranbahn hängen könnten, keine Polizei weit und breit, nur ein friedensflüchtiger Betriebsrat. Hat der Mann die Frechheit, keine Angst zu haben vor unsrer Übermacht im Vertraun auf die unsichtbare Macht über ihm, für die er uns das Urteil überbracht hat? Auge um Auge hab ich gebrüllt neben ihm, entfesselte Worte, aber hättich auch meine Arme entfesselt und den Mensch aus dem Anzug geschüttelt, wärn die Kollegen mir an die Gurgel gegangen, hätten den Totengräber der Hütte gerettet. Das ist die Lage. Die IG Metall ruft zur Besonnenheit, der halbe Betriebsrat ist empört und organisiert der Belegschaft die Busse – jetzt fahren wir mit unsrer empörten Besonnenheit nach Essen, zum Sturm auf das Winterpalais des Kruppkonzerns.

He Rudi, komm aus dem Mus, wir sind vor der Festung!

Wat is los Manni knurrt der Nachtschichtler neben ihm, rappelt sich aber auf wie die andern verdösten oder verschlafnen Rheinhauser Stahlknechte. Sie klauben ihre Helme aus den Ablagen, die wetterfesten Jacken, schurren zu den Ausgängen, von denen ihnen dezemberkalte Luft entgegenströmt. Draußen düsterer, schneeschwangerer Himmel über den entlaubten Bäumen. Durch das schmiedeeiserne Tor, über den geharkten Sandweg des Parks schleppen sie die schweren Holzpaletten zu dem Klotz, dem drohmächtigen Palast, vor dessen Säulenportal schon ein Protestfeuer meterhoch auflodert, genährt von den ausgetrockneten Paletten, auf die auch die Ankommenden ihre werfen – ein symbolisches Feuerwerk hochstiebender Funken. Zwei Transparente werden hochgehalten: Die Herrschenden sind mächtig weil wir uns auf den Knien bewegen Erheben wir uns massenhaft! Das andre: Rheinhausen muss leben!

Kronleuchter und Edelparkett

Ein Feuer kann Hunderte nicht wärmen. So entsteht, wie der Vorplatz sich füllt, eine langsame Bewegung der frierenden Menge Mensch zur kalten Masse Stein. Anklam findet es irgendwie enttäuschend, ja beleidigend, dass auch hier vorm Allerheiligsten des Konzerns weder Stadtpolizei noch Bereitschaft den Herrschaftsitz abriegelt, obwohl doch der Betriebsrat den Spaziergang auf dem Hügel im zweiten Wochenaktionsplan öffentlich angekündigt hat und sensationserpichte Journalisten nicht zu knapp herumscharwenzeln. Der deutsche Arbeiter muss in den Augen seiner Nutznießer ein Mastochse sein, kastriert und gezähmt, dem sie vorm Schlachten ein bisschen Protestschnauben und Entlastungsbrüllen gewähren. Vorm Springer achtunsechzig sah das ziemlich anders aus, kann sein, dass hier ein paar Studenten fehlen. Oder soll man annehmen, dass die Dirigenten den schlafenden Zyklopen nicht provoziern wolln durch den Anblick der uniformierten Staatsmacht? Oder sind gar die Essener Bullen mit den Rheinhauser Ochsen solidarisch? Das wäre – nein nein – das gibts nicht das wäre der Aufstand.

Der Druck der empörten Körper auf die verschlossne Eingangstür wächst. Ernst Breit, der große Hamburger mit der Prinz-Heinrich-Mütze, Chef aller Reußen im DGB, quetscht sich durch den Türspalt heraus, bläst in die elektrische Brülltüte Liebe Kollegen wir wollen – Wir wollen Arbeit! schreit einer vorn, stärker als der Verstärker, und viele raue Stimmen hämmern gemeinsam Arbeit! Arbeit! Arbeit!

Eine Delegation der Rheinhauser sei der Aufsichtsrat zu empfangen bereit, so viel bringt der massige Mann unter die Leute und erntet Pfiffe, Geschrei, wird zurückgedrängt, die Vordersten ihm nach, schieben den Türflügel von innen langsam auf, gegen den Druck von außen, das Vestibül wird besetzt, betreten der weiße Marmor von schweren Stiefeln ohne Recht aber mit Grund. Noch nie gab es zwischen diesen edelholzgetäfelten Wänden weiße Stahlhelme auf Arbeiterköpfen, die sich nicht aufhalten lassen von den ängstlichen Worten des Sekretärs der Gewerkschaft, Disziplin Kollegen! Verkehrt nicht unser Recht durch Hausfriedensbruch in Unrecht! Mensch Kollege – wer hat denn angefangen mitter Kriegserklärung! Die Avantgarde drängt vorwärts, wird geschoben von den Hunderten Verzweifelter draußen, gegen die breite gläserne Tür, hinter der sich noch blauuniformierte Werkschützer gegen sie stemmen, aber weichen müssen, weggeschoben von der geballten Kraft. Die zwei Flügel springen weit auf und lassen nicht Kaiser Wilhelm ein und auch nicht die Magnaten der Schwerindustrie, die Klöckner und Thyssen und Reusch und Stinnes und Flick mit Gemahlinnen und Generalen zum Fest der siegreichen Freikorps über die Rote Ruhrarmee, sondern nun schwappt der unaufhaltbare Strom der Proleten mit befreitem Triumfgeschrei in den riesigen Saal der kruppschen Intimsfäre. Das, lacht Anklam, ist ja nun auch eine Form von Sturm auf das Winterpalais, und völlig waffenlos!

Die schweren bronzenen Kronleuchter, die hundertflammig den unverschämten Besitz illuminieren, das strahlend gebohnerte Edelparkett, die schwere, drückende Kassettendecke über dem möbelfreien Saal, vor allem die heroischernsten, überlebensgroßen Porträs des Gründers der Dynastie Krupp und seiner Verwandten an den Wänden, erzeugten bei den Eingedrungenen eine erstaunte, fast andächtige Beruhigung ihrer eben noch schäumenden Empörung. Zwar war das Herrschaftsgebäude, wussten die meisten, seit dem Krieg, seit der letzte Krupp, dank Siegerjustiz, kurzzeitig hinter schwedische Gardinen geraten war, nicht mehr bewohnt worden, und wen von den schuftenden Kruppianern sollte es verlangt haben, den demütigenden Protzschuppen seiner wohltätigen Ausbeuter museal zu besichtigen – nur so: als Besatzer, war der ausgestellte Prunk zu ertragen und rief jetzt dennoch jene Art von kennerischem Respekt hervor, den Arbeiter vor jedem meisterlich gelungenen Werk ihrer Klassengenossen empfinden, sei es Hochofen, Talbrücke oder Palast. So schritt auch Herr Berthold Beitz unbehelligt, ganz Vorstandsvorsitzer und Generalbevollmächtigter, streng und machtbewusst, einen Kopf größer als die meisten, von zwei ängstlichen Hauswächtern begleitet, durch das Gedränge zu der Freitreppe, die zu den oberen Stockwerken führt. Meine Herren, sagte er von der dritten Stufe mit klar vernehmbarer Stimme: wir erwarten Ihre Delegation im Sitzungssaal. Ein halbes Dutzend der Uniformierten versperrte den zögernd Nachdrängenden den Zugang zur Treppe, auf der Berthold Beitz gelassen nach oben stieg. Der Funktionär vom Bezirksvorstand mit megafonverstärkter Stimme verkündete: Kolleginnen und Kollegen, die fünf Mann unsrer gewählten Abordnung gehen jetzt hinauf und tragen dem Aufsichtsrat den Standpunkt der Belegschaft vor. Bitte haltet ihr Disziplin und begebt euch inzwischen zurück zu den Bussen.

Die Forderungen! schrie einer.

Wir bleiben! Eine Viertelstunde geben wir euch! Rief ein andrer den Männern hinterher, die von dem Wächtertrupp einzeln durchgelassen wurden.

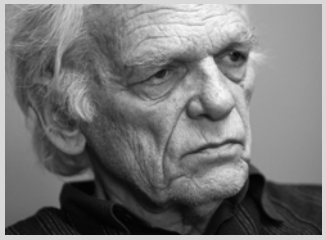
Der Stillegungsbeschluss muss vom Tisch! schrie eine Frauenstimme, sehr schrill, sehr verzweifelt, der ist das Verbrechen!

Jawohl! Genau! So ist es! Vielstimmiger Kor der Empörung. Los Manni, puffte ein Schmelzer aus seiner Ofenmannschaft den Vorgesetzten in die Seite, tön du noch mal wie inner Betriebsversammlung, du hast die richtje Sprache!●

(aus »Winterdämmerung«)

Anmerkungen:
1) Vorstandsvorsitzender von Krupp
2) Firmenlogo von Krupp
3) Oberbürgermeister von Hamburg

Erasmus Schöfer



Die Menschen werden in meinen Romanen arbeitend gezeigt. Es wird über Arbeitsverhältnisse und Arbeitskämpfe gesprochen, im Zusammenhang zum Beispiel auch mit den Gewerkschaften. Also ich wüsste nicht, wann in der Belletristik Deutschlands Gewerkschafter und kämpfende Arbeiter auftauchen, als handelnde Subjekte..

In seinem Zeitroman »Die Kinder des Sisyfos« schildert der in Köln lebende Schriftsteller Erasmus Schöfer die Geschichte der westdeutschen Linken von 1968 bis 1989.

Mittels vielfältiger literarischer Stilmittel lässt er die Leserinnen und Leser an den Erlebnissen, den Gedanken und Gefühlen der Romanfiguren teilnehmen. Er erzählt von den Erfolgen und Niederlagen, den Hoffnungen und Enttäuschungen der Menschen, die sich mit den in unserer Gesellschaft vorhandenen Ungerechtigkeiten und Machtverhältnissen nicht abfinden. Es sind die Widerstandsleister für eine humane und solidarische Gesellschaft.

In neun Folgen druckt CONTRASTE Auszüge, in denen von selbstorganisierten Aktionen oder der Suche nach Wegen zu einer solidarischen Gesellschaft erzählt wird. Das mehr als zweitausendseitige Epos ist in vier Bänden erschienen. Jeder der Romane kann auch für sich gelesen werden. Wir danken dem Dittrich-Verlag für die Abdruckgenehmigung. Erasmus Schöfer hat für »Die Kinder des Sisyfos« 2008 den Gustav-Regler-Preis bekommen. Wir wünschen dieser Geschichte von unten viele Leserinnen und Leser.

Anzeige

Erasmus Schöfer
Die Kinder des Sisyfos

Ein Frühling irrer Hoffnung
Zwielicht
Sonnenflucht
Winterdämmerung

Ein gewaltiges literarisches Unternehmen ist in diesem Herbst zu einem Abschluss gekommen … Ein parteiisches Buch, auf der Seite der organisierten Arbeiter, der Kommunisten, der Gewerkschafter, der kämpfenden Gewerkschafter, nicht der Funktionäre. Ein kämpferisches Werk, mit einem kraftvollen Glauben daran, dass Literatur die Lebensverhältnisse der Menschen verändern kann.
Volker Weidermann
Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung

www.dittrich-verlag.de

REZENSION

Und dieses Jahr zu Weihnachten? – Bakunin!

Nach 150 Jahren erscheint eine der wohl intensivsten Aufarbeitungen des Konfliktes von Karl Marx mit Michael Bakunin.

Es ist schon verwunderlich, dass ein derartiger, für die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung weichenstellender und entscheidender Konflikt zwischen dem staatsgläubigen Karl Marx und dem antiautoritär eingestellten Michael Bakunin so lange einer exakten Aufarbeitung harren musste. Wolfgang Eckhardt, Herausgeber der Bakunin'schen Schriften, hat wohl wie bisher kein Zweiter sich der Mühe unterzogen, nicht nur den Schriften von Marx und Bakunin zu folgen, sondern auch den Konstellationen um die beiden herum.

Die nun vorliegenden zwei Halbbände der Ausgewählten Schriften als Band 6 »Michael Bakunin – Konflikt mit Marx« sind bereits der 2. Teil dieser umfangreichen Darstellung. Teil 1 mit Texten und Briefen bis 1870 erschien 2004. Der jetztige 2. Teil umfasst die Texte und Briefe ab 1871 (also, zum 150 jährigen »Jubiläum« eines folgenreichen Konfliktes), und gleicht einer Herkulesarbeit. Der erste Halbband besteht »nur« aus der Einleitung des Herausgebers zu dem Konflikt, der auf 669 Seiten – wohl der längsten Einleitung, die je geschrieben wurde, oder? – hier detailliert dargestellt wird. Der zweite Halbband enthält dann die Texte und Briefe (mit 647 zusätzlichen Anmerkungen), ein Register und Quellennachweis, welcher uns u.a. zeigt, dass zahlreiche Quellen hier erstmals ins Deutsche übersetzt worden sind. Der Umfang dieses zweiten Teiles der Darstellung des Marx/Bakunin-Konfliktes enthält zusammen 1.239 Seiten. Das war nicht nur Schwerstarbeit für Wolfgang Eckhardt, sondern fordert auch die LeserInnen.

Die Erste Internationale (oder auch: Internationale Arbeiterassoziation) von 1864 war der erste Zusammenschluss von ArbeiterInnen-Vereinen und -Gesellschaften, die die proletarische Sache vorantreiben sollte. Sie stützten sich noch auf provisorische Statuten und waren ein Konglomerat aus den unterschiedlichsten Bewegungen. Marx, der die Eroberung des Staates proklamierte, stand mit seiner Ansicht auf der Seite einer Minderheit – hauptsächlich etwa der deutschen Delegierten, die mit der Sozialdemokratie sich schon ein politisches Instrumentarium geschaffen hatten, während etwa ArbeiterInnen-Organisationen in Frankreich, Spanien, Italien aber auch des Jura in der Schweiz eher zu dem Flügel gehörten, die eine Befreiung der ArbeiterInnenklasse nur in Verbindung mit der Abschaffung des Staates – also des gesamten Systems verbanden.

Abb.: Archiv

Diesen grundsätzlichen Konflikt in der Internationale wird meist auf die Personen Marx und Bakunin reduziert – der Buchtitel assoziiert, als hätte Bakunin einen Konflikt mit Marx vom Zaun gebrochen, obwohl Marx derjenige war, der zur Durchsetzung seiner Vorstellungen sich nicht scheute, die niederträchtigsten Verleumdungen in die Welt zu setzen. Es wurden zahlreiche Aktivisten instrumentalisiert, und der eigentliche Konflikt – Marx mit der entsprechenden Macht in der internationalen ArbeiterInnenbewegung auszustatten – wurde hier mit Hauen und Stechen zu einem »Gut oder Böse«-Konflikt verschleiert. Die Kontrolle innerhalb der internationalen ArbeiterInnenbewegung zu erlangen, bedeutete auch die Richtung anzugeben. Und während die Erste Internationale aus den unterschiedlichsten Richtungen bestand, blieb Marx nichts weiter übrig, als jene, die ihm nicht folgen wollten, zu diskreditieren. Dabei war die Person Bakunin eine Schlüsselposition im antiautoritären Lager.

Allein die Fülle der Quellen, die Eckhardt hier anführt, zeigt, dass der lange geführte Konflikt durchaus System hatte. Und so, wie Marx und Engels bereits in den 1840er Jahren die Linkshegelianer mit Häme und Beleidigungen demontierten, so arbeiteten sie auch auf dem Internationalen Parkett weiter.

Dieser Wälzer ließe sich auch gut als ein Krimi lesen, nur das weder »die Guten« hier gewinnen, noch das »die Bösen« irgendwie Verantwortung übernehmen müssen – und haben. Die weitergehende Geschichte hat gezeigt, dass der Konflikt zwischen autoritären und nicht-autoritären Bewegungen bis in die Neuzeit hinein reicht – mit verheerenden Folgen (1921 Kronstadt, 1936 Spanien usw.). Welche Chancen der gesamten Menschheit durch den Marx'schen Machtwillen genommen worden sind, können wir nur erahnen.

Und somit ist die Aufarbeitung dieses Konfliktes innerhalb der frühen sozialistischen Bewegung von enormer Wichtigkeit, um in Zeiten der kapitalistischen Krise nicht erneut dem Falschen aufzusitzen (o.k. – sehr optimistisch gedacht, »Das Kapital« von Marx erlebt schon wieder eine Renaissance). Wenn wir bereit sind, aus der Geschichte etwas zu lernen, dann wäre dieses Werk von Wolfgang Eckhardt über Marx und Bakunin einer der wichtigsten Beiträge dazu.

»Nun, wir teilen weder Eure Hoffnungen noch Eure Wünsche, weder Eure Pläne noch Eure Illusionen!«.●

Jochen Knoblauch

Michael Bakunin; Ausgewählte Schriften Band 6: Konflikt mit Marx, Teil 2, Texte und Briefe ab 1871, in zwei Teilbänden, Herausgegeben und mit einer Einleitung von Wolfgang Eckhardt. Karin Kramer Verlag Berlin 2011, zus. 1.239 S., 78 EUR.

...und wenn wir schon beim Wünschen sind, sollte unbedingt noch dazu gelegt werden:
Michael Bakunin; Ausgewählte Schriften Band 5: Konflikt mit Marx, Teil 1, Texte und Briefe bis 1870. Herausgegeben und eingeleitet von Wolfgang Eckhardt. Karin Kramer Verlag Berlin, 2. Auflage 2007, 235 S., 19,90 EUR.

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

Lucha Amada – musika rebelde

Das Bremer Label Plattenbau hat mal wieder ein sehr spannendes Samplerprojekt auf die Beine gestellt

Die Doppel-CD mit ca. 40 Bands wurde von dem DJ- und Konzertkollektiv Lucha Amanda zusammengestellt und vereint Bands und Stile aus mehreren Kontinenten. Französischer Reggae, Ska aus Mexiko trifft auf Patchanko aus dem Baskenland. Viele Gruppen sind noch weitgehend unbekannt oder gelten noch in Insiderkreisen als Geheimtipps, andere sind alte bekannte – wie z.B. Guts Pie Earshot, die sich an einen Manu Chao-Klassiker gewagt haben. Manu Chao sind selber auch vertreten – mit einer Coverversion von Bob Marleys »Put it on«. Sehr sympathisch ist auch die Gruppe Lengualertera, die das klassische Revolutionslied »Hasta siempre« auf die EZLN-Commandantin Ramona umgedichtet haben – und somit auch den männlichen Revolutionsmythos durchbrechen. Die Auswahl ist vielschichtig und abwechslungsreich. Es lohnt sich aus diesem Grund schon, sich diesen Sampler zuzulegen.

Die Einnahmen des Samplers fließen komplett an zwei Projekte – einerseits an »Agua para todos«, ein Trinkwasserprojekt in zapatistischen Gemeinden, anderseits an das antirassistische Netzwerk »Afrique-Europe-Interact«. Somit kann man mit dem Kauf der Doppel-CD auch gleich noch zwei korrekte Projekte unterstützen.●

DJ Chaoz

V.A.: Lucha Amada – musika rebelde
Der Sampler ist direkt über den Label-eigenen Vertrieb Jump Up erhältlich – www.jump-up.de.

DVD-BESPRECHUNG

Warum Israel

Pourquoi Israël, Warum Israel, von Claude Lanzmann ist ein außergewöhnlicher Dokumentarfilm. Nicht nur durch seine Dauer von 195 Minuten. Nicht nur durch die vielfältigen Zugänge zu ganz unterschiedlichen Israelis, in denen bei aller Differenz immer die Erinnerung an jahrtausendelange Diskriminierung und an die Shoah mitklingt, an Momente der Trauer und des Aufbruches hin zu einem eigenen Staat für alle Jüdinnen und Juden. Nicht nur, weil es der erste Film des Regisseurs von Shoah ist. Sondern weil hier ein französischer, radikal linker Intellektueller, der in der Résistance gegen die Deutschen Besatzer gekämpft hat, der sich mit Jean Paul Sartre und vielen Anderen gegen den Algerienkrieg engagiert hat, Aufklärung versucht darüber, was Israel ist. Und warum es ist, sein muss.

Lanzmann kommt 1972 aus Frankreich nach Israel und fragt, was Normalität sein kann in einem Staat, der durch die Geschichte seiner BürgerInnen ein Ausnahmestaat ist, ein Zufluchtsort für alle, die als Jüdinnen und Juden verfolgt werden. Ein Staat, der zur Zeit des Filmdrehs gerade mal seit 24 Jahren existierte, in dem vieles noch offen war. Dabei macht Lanzmann transparent, dass er als Jude aus der Diaspora auf Israel schaut: Durch die Art, wie er Fragen stellt, wie er Anteil nimmt an den Problemen von neu eingewanderten Israelis, die aus der Sowjetunion kommend am Flughafen von der Einwanderungsagentur empfangen werden und sich hinein finden, hinein finden müssen in die zugeteilten Wohnorte, die Arbeitssuche, den Alltag.

Am Anfang des Filmes brauchen Deutsche keine Untertitel: Gert Granach singt vom Kampf gegen die Nazis, damit Hitler krepiert. Er war 1933 aktiv im Kommunistischen Jugendverband Deutschlands. Nun singt er 40 Jahre später zum Akkordeon als Bürger von Jerusalem von dem verlorenen Kampf seiner Jugend, doch niemand diskriminiert ihn mehr weil er ein Jude ist. Die Gedenkstätte von Yad Vashem wird gezeigt, im Klagegesang die Namen der Vernichtungslager genannt, die als schlichte Schriftzüge zu sehen sind.

Eine Schulklasse wird gefilmt beim Besuch der Gedenkstätte, ihre Reaktionen auf das Gesehene. Manche Kinder stehen lange vor einer einzelnen Tafel, versuchen zu Begreifen: Warum haben sie uns Juden gehasst? Die Kinder sammeln sich am Schluss des Gedenkstättenbesuches, fangen von sich aus an zu diskutieren. Die Bedeutung des Erinnerns an antisemitische Diskriminierung und Shoah für die israelische Gesellschaft wird so anschaulich.

Unsere Kinder sollen das Gegenteil von dem erleben, was wir in unserer Kindheit erleben mussten, erklärt Beno Grünbaum, ein alter Mann, der sich in seinem Kibbuz Gan Schmuel filmen lässt, auf einem Weg, neben dem ein größeres Kind Kleineren zeigt, wie ein Purzelbaum geht. Als Kind hatte Beno Grünbaum oft Angst – es gab nicht überall Antisemitismus in Polen, aber oft. Er spricht zurückhaltend, es wird deutlich, wie wichtig ihm das Aufwachsen der Kinder ohne Angst ist. Aber Israel besteht aus viel mehr als der Erinnerung. Lanzmann fragt Menschen aus unterschiedlichen sozialen Klassen und Milieus. So im Hafen von Ashdod den Hafenarbeiter Jacques Barkat, ob es denn keine Streiks gibt.

Mehrere junge Kibbuzim zeigt er in einer Gesprächsrunde, wie sie sich mit dem Widerspruch auseinandersetzen, dass Israel als Land sich nicht hin entwickelt zu der sozialistischen, egalitären und freien Gesellschaft, als deren Keimzelle sie ihren Kibbuz verstehen.

Ein wirklich cooles Interview ist Lanzmann mit einigen Angehörigen der israelischen Schwarzen Panther gelungen. Deren Bewegung verstand sich, in Anlehnung an die Black Panther in den USA, als Selbstorganisierung orientalischer Juden. Vor der Kamera schildern sie, dass Sephardim, jüdische Einwanderer aus Afrika oder dem Nahen Osten in Israel diskriminiert werden von den Aschkenasim, den jüdischen Einwanderern aus Europa und Amerika. Sie berichten von ihren Demonstrationen, ihrem Protest. So zeigt Lanzmann Israel eben auch als Klassengesellschaft. Warum Israel ist kein langweiliger Propagandafilm, sondern zeigt die Vielfalt und Widersprüchlichkeit jüdischen Lebens in Israel. Die Aufnahmen der zwei erfahrenen Kameramänner ergänzen sich gut mit dem Regisseur, der neugierig und voller Empathie die Fragen eines französischen linken Juden stellt. So ist eine Dokumentation über Israel entstanden, die heute immer noch fesselnd anzuschauen ist. Bei Absolut Medien ist eine schöne und gut besorgte Edition des Filmes auf einer Doppel-DVD erschienen.●

Gaston Kirsche

Pourquoi Israël, Warum Israel, Israel/Frankreich 1973, 195 min, OmU, Regie Claude Lanzmann. 2 DVD, Preis: 24,90 Euro, Absolut Medien. Bonus: 43 Min. Podiumsgespräch mit Claude Lanzmann (Französisch mit englischen UT). Booklet: 12 Seiten Interview mit Claude Lanzmann (Deutsch).

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

VERLAG OSSIETZKY

Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift »OSSIETZKY« als
❍ Jahresabo zu € 58,- (Ausland € 94,-)
❍ Halbjahresabo zu € 32,-

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.

Datum, Unterschrift

Bestelladresse: Verlag Ossietzky GmbH
Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
e-mail: ossietzky@interdruck.net

KRIEG GEGEN FLÜCHTLINGE

FRONTEXPLODE

»Einsatz an der Außengrenze«

Frontex als treibende Kraft der Vorverlagerung

»Wir sind alle MigrantInnen! Für das Recht der Migration! Frontex tötet die Migranten auf den Meeren!« Mit diesen Slogans zogen am 10. Februar 2011 rund 600 DemonstrantInnen durch die Straßen von Dakar. In der senegalesischen Hauptstadt fand in diesen Tagen das Weltsozialforum statt, Zehntausende aus den verschiedensten sozialen Bewegungen und aus allen Kontinenten waren angereist.

Von Hagen Kopp ● Das Netzwerk Afrique-Europe-Interact (1) hatte zuvor eine Buskarawane von Mali aus gestartet. »Für globale Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung« lautete die zentrale Doppelforderung dieser ambitionierten Protesttour, in der die Kritik am EU-Grenzregime im Mittelpunkt stand. Die Demo in Dakar endete an einer Polizeistation, in der sich das westafrikanische Frontex-Büro befindet. Ein großes »Frontexplode«-Banner wurde am kurzfristig besetzten Balkon aufgehängt, in Form eines Sit-Ins fand eine Kundgebung statt, in der in wütenden Redebeiträgen Frontex für den Tod tausender Boatpeople verantwortlich gemacht wurde.

borders fireshow Foto: Umbruch Bildarchiv, Berlin

»Operation Hera«

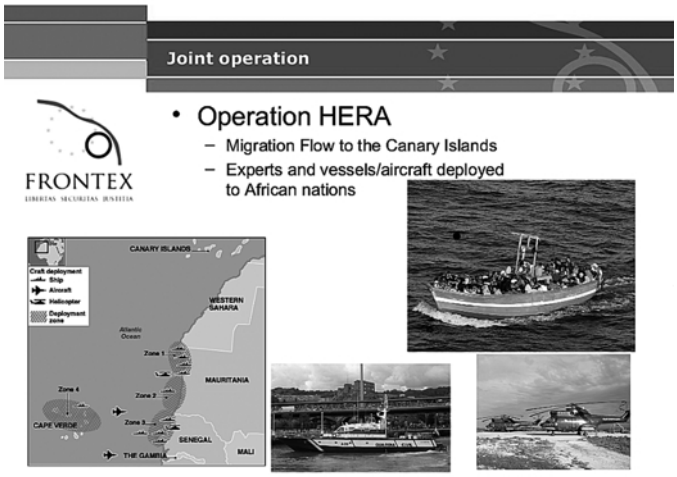
Dakar ist rund 1.500 km von den kanarischen Inseln entfernt und nochmal weitere 1.000 km bis Südspanien. Doch seit 2006 agiert hier die europäische Grenzschutzagentur unter Federführung der spanischen Grenzpolizei. »Operation Hera« nennt sich dieser »Einsatz an der Außengrenze«, denn für Frontex ist die westafrikanische Küste eine »Kampfzone gegen illegale MigrantInnen«. Die offiziellen Frontex-Schaubilder dazu sind eindeutig: ein militarisierter Aufmarsch mit Schiffen und Helikoptern gegen die afrikanischen Boatpeople, die hier ab 2005 vermehrt Richtung kanarischer Inseln aufgebrochen waren. Flüchtlingsboote, die den Frontex-Kontrollgürtel an der westafrikanischen Küste seitdem umschiffen wollen, müssen noch weiter südlich starten bzw. möglichst schnell von Küstennähe weg auf hohe See gelangen. Dass damit die versuchte Überfahrt in den kleinen Booten noch lebensgefährlicher wird, haben die Frontex-Strategen eiskalt einkalkuliert: der Tod der afrikanischen Flüchtlinge und MigrantInnen als Mittel der Abschreckung.

Die Erfahrungen dieser mittlerweile ganzjährigen Operation zeigten zudem, wie zentral die Zusammenarbeit mit Drittstaaten für die Strategie der Externalisierung war. Erst nachdem es gelungen war, die mauretanischen und senegalesischen Behörden in die Operation einzubinden, war es Frontex möglich, Flüchtlingsboote bereits in deren Hoheitsgewässern abzufangen. Spätestens seit 2001 hat die EU ihre Mitgliedsländer aufgefordert, keine Wirtschafts- und Entwicklungshilfeverträge mit Ländern des globalen Südens mehr abzuschließen, wenn nicht im Gegenzug migrationspolitische Vereinbarungen erfüllt werden. Darunter fallen die Zusammenarbeit in der Grenzüberwachung sowie der Abschluss von Rückübernahmeabkommen. Dass alle denkbaren politischen und ökonomischen Druckmittel der EU eingesetzt wurden, um diese »Kooperation« in Westafrika zu erzwingen, steht außer Zweifel und in bester neokolonialer Tradition.

Seegrenzen im Visier

Insbesondere deutsche Innenminister wie zunächst Schily und dann Schäuble hatten jahrelang auf die Einrichtung bzw. den Ausbau der EU-Grenzschutzagentur gedrängt. 2004 gab es den EU-Beschluss, 2005 wurde die Zentrale in Warschau eröffnet und Frontex begann mit ersten Pilotprojekten. Seither kann die Agentur mit jährlichen Zuwachsraten bei Geld und Personal rechnen. Ihre ersten großen Gemeinschaftsoperationen fanden auf See statt, Umfang und Dauer weiteten sich schnell aus. Das spiegelt sich auch im Budget wieder, denn die Einsätze im Meer sind beständig der größte Ausgabeposten. Die besondere Aufmerksamkeit, die Frontex den Seegrenzen widmet, mag mit deren speziellem Charakter zusammenhängen: es gibt dort keine klare Linie mit Grenzposten und -pfosten. Vielmehr bleibt das Meer ein weites, diffuses Areal, eine »fließende Grenze des Rechtsraums«, ein ideales Experimentierfeld für eine Agentur, die beabsichtigt, eine neue Form von Grenzmanagement zu erfinden, zu testen und – mit neuesten technischen Möglichkeiten – zu etablieren.

Die Rechte und häufig auch das Leben der MigrantInnen gehen verloren in diesen Prozessen. Tausende sterben auf See, nach oder bei illegalen Rückschiebungen, das Abfangen und »Umdrehen« (2) der Bootsflüchtlinge ist seit 2006 das tägliche Geschäft von Frontex: nicht nur vor den Küsten Westafrikas sondern auch im Mittelmeer oder in der Ägäis. Die spanischen, italienischen oder griechischen Grenzpolizeien spielen zweifellos eine zentrale und oftmals die schlimmere Rolle bei der Blockierung und Rückschiebung von Flüchtlingen und MigrantInnen nach Senegal, Libyen oder in die Türkei. Aber Frontex hat diese lebensgefährlichen Praktiken der Menschenjagd und die unrechtmäßigen Rückschiebungen – wenn nicht direkt unterstützt – zumindest toleriert. Und schlimmer noch: Frontex moderiert, koordiniert und bilanziert diesen Krieg gegen Flüchtlinge und MigrantInnen in der Absicht, ein immer perfekteres Abschreckungsregime zu installieren.



Politik der Arbeitsmigration

Die Konzepte der EU-Migrationskontrolle sollten nicht als simple Festung missverstanden werden. »Filter« erscheint als der treffendere Begriff für eine Politik des »selective Inclusion«, in der zwischen erwünschter und unerwünschte Migration unterschieden wird. Alte, Kranke oder große Familien gelten als abzuwehrende Kostenfaktoren, junge »produktive« MigrantInnen – zumal wenn sie illegalisiert und rechtlos bleiben – werden in den standortgebundenen Niedriglohnsektoren überall in Europa immer wieder gebraucht: zur Ausbeutung auf Baustellen und im Reinigungsgewerbe, in der Gastronomie, in der Pflege oder in der Sexarbeit.

Nicht nur dieser gesellschaftliche Kontext, sondern auch die geographische Dimension war nochmals in aller Deutlichkeit formuliert im Stockholmer Programm, dem letzten 5-Jahres-Programm für Justiz und Inneres des EU-Rates, das im Dezember 2009 in Brüssel verabschiedet wurde: »Europa braucht eine flexible und nachfrage-orientierte Politik der Arbeitsmigration, ausgerichtet auf die Bedürfnisse der jeweiligen nationalen Arbeitsmärkte der Mitgliedstaaten... Europa muss strategisch und systematisch alle verfügbaren Instrumente seines globalen Ansatzes nutzen – Migrationsprofile und -projekte, Kooperationen zwischen Migration und Entwicklung, Mobilitätspartnerschaften – zugunsten einer langfristigen Zusammenarbeit auf allen Ebenen mit ausgewählten Drittländern entlang der zentralen Migrationsrouten.« Der entscheidende Akteur zur Umsetzung wurde im Papier mehrfach benannt: Frontex.

Laut Stockholmer Programm kommt der Europäischen Grenzschutzagentur mehr denn je die Schlüsselrolle zu beim »global approach« (3). Dafür wurden 2011 in einer neuen Verordnung einmal mehr ihre Kompetenzen erweitert. Eine der wesentlichen Neuerungen ist, dass die Agentur nun eigenmächtig sog. Verbindungsbeamte in die Transit- und Herkunftsländer schicken kann, die in ihren »Risikoanalysen« an erster Stelle stehen. Mit dem Sturz der nordafrikanischen Wachhundregime im arabischen Frühling stehen Libyen, Tunesien und Ägypten nun wieder weit oben auf der Liste. Dementsprechend versucht Frontex bereits, mit den neuen bzw. Übergangsregierungen neue Arbeitsabkommen zu verhandeln sowie die Präsenz von Verbindungsbeamten auszuloten.●

1) siehe www.afrique-europe-interact.net
2) Frontex spricht offiziell von »Interception« und »Diversion«.
3) Übersetzt als »globaler, gesamtheitlicher Ansatz« der EU-Migrationspolitik.

CHRONOLOGIE DES WIDERSTANDES

Von symbolischen Protesten bis zu direkten Aktionen, dazu Broschüren, Filme, Webseiten... seit 2008 kommt es quer durch Europa und darüber hinaus zu Widerstand und Kritik gegen Frontex. Im folgenden eine Auflistung der unterschiedlichen Aktivitäten, ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

8.6.2008: Erste internationale Protestkundgebung vor der Frontex-Zentrale in Warschau, u.a. mit einem Vertreter einer mauretanischen Menschenrechtsorganisation.

August 2008: Im Rahmen des Nobordercamps in Hamburg am 18.8. Proteste vor der Kaserne der Bundespolizei in Lübeck, in der Frontex-Einheiten ausgebildet werden, und am 22.8. Belagerung des Hamburger Flughafens als »Streik von außen« gegen (Frontex)Charterabschiebungen.

17.7.2009: Veröffentlichung des ersten Films der Kampagne »Frontexplode«.

August 2009: Veröffentlichung einer ersten Broschüre gegen Frontex.

29.8.2009: Im Rahmen des Nobordercamps auf Lesbos/Griechenland Aktion mit 40 kleinen Schlauchbooten an der Hafenausfahrt als Protest gegen den dortigen Einsatz eines Frontex-Schiffes.

1.12.2009: Protestaktion in Brüssel gegen Stockholmer Programm mit Schwerpunkt gegen Frontex.

23.3.2010: Zehn AktivistInnen stören die »policing the borders«-Konferenz in London.

Mai 2010: Veröffentlichung des Aufrufs »No Border lasts forever – 5 Years Frontex, 5 Years Ceuta and Melilla«.

Mai 2010: Der multilinguale Newsletter »Crossing Borders« mit dem Schwerpunkt Frontex erscheint in sechs Sprachen.

24.5.2010: Go-In im Hilton in Warschau, in dem Frontex seinen fünften Geburtstag feiert.

1. bis 6.6.2010: Proteste gegen Charterabschiebungen unter Frontex-Koordination in London und Wien.

4. bis 6.6.2010: Theater und »Frontexplode«-Feuerperformance während des Karawane-Festivals in Jena.

DOKUMENTATION

Tödliche Folgen deutscher Flüchtlingspolitik
Vor kurzem erschien die 18. aktualisierte Ausgabe der Dokumentation »Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen«. Seit 1993 dokumentiert die Antirassistische Initiative Berlin die häufig tödlichen Auswirkungen des staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus auf die Flüchtlinge in Deutschland. Kleine Kostprobe: 180 Flüchtlinge starben auf dem Weg in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon allein 131 an den deutschen Ost-Grenzen, 2 Personen trieben in der Neiße ab und sind seither vermisst. 160 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, davon 62 Menschen in Abschiebehaft, 922 Flüchtlinge verletzten sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hungerstreiks) oder versuchten, sich umzubringen, davon befanden sich 541 Menschen in Abschiebehaft, 5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung und 407 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebung verletzt, 32 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode...

www.ari-berlin.org/doku/titel.htm

TÜRKEI / GRIECHENLAND

FRONTEXPLODE

»No one can stop the rain!«

Frontex im Einsatz in Nordgriechenland

Die nordgriechische Landgrenze zur Türkei ist durch den Plan eines 200 Kilometer langen Zauns bekannt geworden. Kürzlich begannen zudem die Arbeiten für einen Sperrgraben, vorgeblich gegen türkische Panzer gerichtet und daher militärischer Geheimhaltung unterliegend.

Von Marion Bayer ● Der Grenzfluss Evros/Meriç wird phasenweise von mehr als 200 MigrantInnen täglich überquert und ist damit einer der wichtigsten Orte irregulärer Migration nach Europa. Mit dem Mut der Verzweiflung überqueren die MigrantInnen teils mehrmals den Grenzfluss. Auch die (häufiger werdenden) Rückschiebungen aufgrund eines bilateralen Abkommens zwischen der Türkei und Griechenland halten die Menschen nicht auf. Und selbst der Einsatz von Frontex hat daran wenig geändert. Wie ein afrikanischer Flüchtling sagte: »No one can stop the rain!«

Der Einsatz der Frontex-Schnelleingreiftruppen, der sogenannten RABITs (»Rapid Border Intervention Teams«), in Griechenland im Winter 2010/2011 fand in einem heraufbeschworenen migrationspolitischen Ausnahmezustand statt, der als Kollaps der europäischen Schengengrenze inszeniert wurde. Im Zeitraum des RABIT-Einsatzes von November 2010 bis März 2011 wurden etwa 12.000 MigrantInnen festgenommen, die Griechenland über die Landgrenze von der Türkei aus erreichten. Zuvor hatte die griechische Regierung bewusst ein Szenario erzeugt, in dem durch völlig überzogene Haftdauern die Bilder von überfüllten Polizeistationen und überforderten griechischen Grenzschützern vom völlig maroden griechischen Asylsystem ablenken sollten, um eine Europäisierung zu erzwingen.

Demonstration während der Karawane von Bamako nach Dakar im Februar 2011 Foto: Hagen Kopp

Noteinsatz?

175 europäische Grenzschützer aus verschiedenen EU-Ländern und Norwegen, darunter auch über 50 deutsche Bundespolizisten, sollten die griechischen Kollegen dabei unterstützen, den als gigantisch hochstilisierten »Strom« von MigrantInnen über den Grenzfluss Evros zu »managen«. Frontex schickte hierfür, entgegen der Selbstbeschreibung, eines reinen Recherche- und Koordinationseinsatzes Busse, Patrouillen-Fahrzeuge, Helikopter und verschiedenes Material, welches zur direkten Unterstützung bei der Grenzsicherung zum Einsatz kam. Der »Noteinsatz« war nach Ablauf im März 2011 jedoch keineswegs beendet: nahtlos schloss sich die Mission Poseidon-Land an. Seit Dezember 2010 sind permanent Grenzschützer aus verschiedensten EU-Ländern in ihren jeweiligen Uniformen an der griechischen Landgrenze im Einsatz.

Die Aktivitäten von Frontex fügen sich widerspruchslos in eine Infrastruktur des Grauens ein. In Arbeitsteilung mit dem griechischen Grenzschutz wurden und werden die irregulären MigrantInnen interniert. Die Bedingungen in den Knästen im Norden Griechenlands müssen in jeder Hinsicht als Verletzung grundlegendster Menschenrechte bezeichnet werden. Über Monate werden MigrantInnen in engsten Räumen eingesperrt, ohne Hofgang, Zugang zu AnwältInnen und medizinischer Versorgung. Immer wieder kommt es zu rassistischen Angriffen durch das Wachpersonal. Misshandlungen von Häftlingen sind an der Tagesordnung. Während der Europäische Menschenrechtsgerichtshof (EGMR) die Bedingungen in den griechischen Internierungslagern für grundsätzlich unmenschlich und entwürdigend hält, assistiert die Europäische Grenzschutzagentur Frontex genau jenem Haftregime. Dies hat etwa auch »Human Rights Watch« im September 2011 veröffentlicht (**1**). Frontex weiß nicht nur um die Bedingungen in den griechischen Polizeistationen und Lagern – Frontex führt eigene Befragungen von Flüchtlingen genau dort durch. Dabei geht es den aus ganz Europa eingeflogenen Experten aber keineswegs um Asyl oder humanitären Schutz. Vielmehr dient das sogenannte Screening einerseits der Ausforschung von Migrationsrouten, andererseits werden über fragwürdige Herkunftsland-Analysen gleichsam abschiebbare Identitäten produziert: Afghanen werden z.B. häufig zu Iranern gemacht – die Türkei nimmt Iraner eher zurück. In der Screening-Lotterie beliebig einsetzbar für Afrika scheint Nigeria zu sein – ein Herkunftsland, bei dem die Asylchancen niedrig sind.

Abschiebung der Verantwortung

Der Bürgermeister von Soufli, einer Kleinstadt in Nordgriechenland, sprach kürzlich sehr offen in einem Interview über die lokalen Bedenken gegen die griechisch-europäische Abschottungspolitik: »Wir sind nicht einverstanden mit dem Bau eines Grenzzauns, der voraussichtlich 5-10 Millionen Euro verschlingen wird und höchstens eine Verschiebung der Fluchtrouten zur Folge haben wird. Geld, das wir gerade in dieser Region dringend im sozialen Bereich benötigen. Wir sind auch nicht bereit, den Bau neuer Screening-Centers hinzunehmen, denn in den Gefängnissen hier – verzeihen Sie die drastische Ausdrucksweise – könnten nicht mal Schweine leben und wir sprechen über Menschen. Und erzählt uns nicht, dass der Frontex-Einsatz etwas verbessert hat in dieser Region. Jeder hier weiß, dass Frontex hauptsächlich mit dem Ziel der Registrierung hier ist. Damit jeder einen ordentlichen Eingangsstempel von Griechenland bekommt und Griechenland die Verantwortung für den Großteil der Migranten tragen soll, die nach Europa wollen.«

Frontex argumentiert, dass sich ihr Mandat nur auf Grenzsicherung und Registrierung bezieht. Für Internierungsbedingungen und Asylsystem sei der griechische Staat zuständig.

Die griechische Regierung verweist auf die Ungleichgewichtung der europäischen Migrations- und Asylpolitik.

Europa verweist auf die Unterstützung, die Griechenland in verschiedener Hinsicht erhalte. Niemand will für die unmenschlichen Zustände verantwortlich sein. Unterdessen kämpfen die MigrantInnen selbst täglich in den nordgriechischen Polizeistationen und Internierungslagern um ihre Rechte und die Freiheit, ihre Reise fortzusetzen. Viel zu oft ohne jegliche Öffentlichkeit und mit massiver Repression beantwortet, berichten Flüchtlinge von einem permanenten Ausnahmezustand in den Internierungsgefängnissen: von ständigen Hungerstreiks, Selbstverletzungen, Protesten und Revolten gegen das brutale EU-Grenzregime.●

Marion Bayer ist aktiv beim Netzwerk »Welcome to Europe«

1) Human Rights Watch (2011): The EU's Dirty Hands. Frontex Involvement in Ill-Treatment of Migrant Detainees in Greece.
www.hrw.org/reports/2011/09/21/eu-s-dirty-hands-0

DIE HOCHRÜSTUNG DER MIGRATIONSKONTROLLE

Von Biometrie bis Satelliten

Von den neuen Technologien profitiert neben der »Grenzschutzagentur« Frontex vor allem der Industriesektor »Homeland Defence«, dem hohe Wachstumsraten prognostiziert werden.

Von Matthias Monroy ● Die Datensammlungen der Europäischen Union und ihrer 27 Mitgliedstaaten bedeuten beträchtliche Investitionen in Speichersysteme, Netzwerktechnik oder langjährige Wartungsverträge. Im Oktober nahmen beispielsweise deutsche Konsulate in Nordafrika die EU-Datenbank VIS in Betrieb, mit der bei jedem Visumsantrag biometrische Daten erfasst werden. Auch die Einführung biometrischer Passdokumente innerhalb der EU verlangt die Anschaffung neuer Fingerabdruck-Scanner zu ihrer Erstellung sowie zum Auslesen bei Polizeikontrollen.

Zusammen mit dem Upgrade des »Schengener Informationssystems« (SIS II) und der Fingerabdruckdatenbank (»Eurodac«) wird das VIS bald von einer eigens hierfür errichteten »IT-Agentur« verwaltet. Hinzu kommt die Installation eines biometriegestützten »Ein- und Ausreiseregisters«. Damit soll die Zahl sogenannter »Overstayer« buchhalterisch erfasst werden, also MigrantInnen, die zur temporären Arbeitsaufnahme in die EU einreisten und länger bleiben. Gleichzeitig können sich »Vielreisende« vorab registrieren lassen: Durch die freiwillige Aufgabe von Privatheit erkaufen sich »Drittstaatsangehörige mit niedrigem Risikoprofil« das Privileg, an »automatischen Kontrollgates« zukünftig schnell und diskret in die EU einzureisen.

Grenzübergänge an den Landgrenzen werden gleichzeitig gegen unerwünschte »Drittstaatsangehörige« aufgerüstet. Beschafft wird milliardenschweres »High-tech border surveillance equipment«, darunter Wärmebildkameras, Röntgengeräte zum Durchleuchten von Lastkraftwagen, Patrouillenboote oder Helikopter. Auch der Grenzverlauf wird militarisiert: Damit beispielsweise Rumänien die Kriterien zur Aufnahme in den Schengen-Verbund erfüllt, hat der Rüstungskonzern EADS die über 3.000 Kilometer lange Land- und Seegrenze mit einem Grenzsicherungssystem ausgerüstet. Enthalten sind Informationstechnologie, kabelgebundene Kommunikation, Daten- und Sprachkommunikation, mobile Geräte, Funkstationen, logistischer Support, Trainings für Spezialisten und Endnutzer sowie die Administration der Systeme.

Längst ist auch die Satellitenaufklärung zum automatisierten Erkennen langsam fahrender Boote mit Flüchtlingen auf dem Mittelmeer in die Migrationsabwehr integriert. Frontex unterhält Forschungsprogramme zum Einsatz robotischer Fahrzeuge und fliegender Kameras zur Überwachung der Landgrenzen. Ab 2014 werden zuerst die Seegrenzen der EU innerhalb des Grenzüberwachungssystems EUROSUR zusammengeschaltet. Nach und nach sollen die Landgrenzen folgen. Sämtliche relevanten Aufklärungsdaten fließen dann im Hauptquartier der EU-Grenzschutzagentur Frontex in Warschau zusammen.

In Deutschland wird über die begehrte digitale Technik auf dem »Europäischen Polizeikongress« gehandelt, der jedes Jahr im Berliner Congress Center stattfindet. Diese »größte internationale Fachkonferenz für Innere Sicherheit in Europa« kostet die ausrichtende Verlagsgruppe des Behörden-Spiegel nichts, denn sie wird von der Industrie finanziert. Die Hersteller von biometrischen Werkzeugen, Drohnen, Wärmebildkameras, Röntgengeräten oder ganzer »Monitoring Centres« kaufen sich Redezeit und preisen ihre Produkte an, zu deren Vorführung sie an den Verkaufsstand einladen.●

CHRONOLOGIE DES WIDERSTANDES TEIL II

19.7.2010: Protestaktion gegen den Weltraumkongress in Bremen, da dort neue Überwachungstechnologien diskutiert werden, die u.a. von Frontex genutzt werden sollen.

3.8.2010: Veröffentlichung des zweiten »Frontexplode«-Films.

28.8.2010: Demonstration gegen Frontex auf der griechischen Insel Samos, ein Container, in dem Frontex-Beamte Flüchtlinge ausfragen, wird mit Anti-Frontex-Graffities verziert.

24.9. bis 3.10.2010: Während des NoBorder-Camps in Brüssel wird eine hochrangige Frontex-Veranstaltung gestört, an Heliumballons befestigte Transparente mit der Aufschrift »Stop Deportation« und »Frontex kills« hängen über Stunden an der Abflugtafel des Flughafenterminals.

4.10.2010: In Oujda (Marokko) wird im Rahmen einer Konferenz ein Vortrag zu Frontex bzw. Frontexplode gehalten, woraus ein äußerst kritischer Beitrag in einem großen marokkanischen Fernsehkanal resultiert.

11. bis 13.12.2010: Präsentation und Workshop der Kampagne »Frontexplode« während der Konferenz »No Border lasts forever« in Frankfurt.

Dezember 2010: Eine Delegation reist in die Evros-Region, um dort über den ersten »Rapid-Einsatz« von Frontex zu recherchieren.

Januar/Februar 2011: Eine Protestkarawane reist von Bamako/Mali zum Weltsozialforum nach Dakar/Senegal, Anti-Frontex-Demonstrationen während der Tour und zum Abschluss in Dakar.

9. und 10.2.2011: Kundgebung und Demo gegen Polizeikongress in Berlin, u.a. mit Redebeitrag gegen Frontex.

8.3.2011: Im Kontext der Dynamiken des arabischen Frühlings wird der Aufruf »Freiheit statt Frontex« veröffentlicht.

15.5.2011: Ausstrahlung des Tatort-Krimis »Der illegale Tod«, in welchem das Wirken von Frontex in aller Unmenschlichkeit dargestellt wird. Kommunikations-GAU für die Agentur!

28.4.2011: In Brüssel wird ein Abschiebe-Knast blockiert, aus dem MigrantInnen zur Frontex-Sammelabschiebung abgeholt werden sollen und es gibt erneut Proteste vor der Frontex-Zentrale in Warschau.

8.9.2011: Tortenanschlag auf den Frontex-Direktor Ilkka Laitinen.

25. bis 29.9.2011: Während des NoBorder-Camps in Bulgarien wird eine Grenzpolizisten-Statue im Frontexplode-Look eingekleidet.

13.10.2011: Besetzung der Paulskirche in Frankfurt für Flüchtlingsaufnahme und gegen Frontex.

Marc Speer, Bordermonitoring EU

SAMMELABSCHIEBUNGEN

FRONTEXPLODE

Charter der Schande

Wachsender Widerstand gegen Sammelabschiebungen

Foto: Marily Stroux

Düsseldorf am 12.4.11: Rund 100 AktivistInnen protestieren lautstark im Flughafenterminal gegen eine Sammelabschiebung von Roma in den Kosovo.

Brüssel am 28.4.11: AktivistInnen ketten sich am Eingang eines Abschiebegefängnisses an, um den geplanten Abtransport zu einer Charterabschiebung nach Nigeria und in den Kongo zu verhindern.

London am 21.6.11: Eine geplante Charterabschiebung in den Irak wird abgebrochen, u.a. weil AktivistInnen die Eingänge von zwei Abschiebeknästen blockieren.

Oslo am 21.8.11: Einem Abschiebecharter wird in Kinshasa die Landeerlaubnis verweigert, die Betroffenen müssen nach Norwegen zurückgeflogen werden...

Auch die Charter der Schande laufen nicht immer perfekt, Widerstand lohnt sich und transnationaler Austausch und Kooperation werden zunehmend wichtiger im Kampf gegen ein europaweit organisiertes Abschieberegime.

»Stop Deportation Class« startete im Jahr 2000 als Anti-Abschiebungskampagne des »kein mensch ist illegal«-Netzwerks und kann als gleichermaßen erfolgreich und nachhaltig bilanziert werden. Bis heute werden an deutschen Flughäfen immer wieder Abschiebungen in Linienmaschinen abgebrochen, wenn sich die Betroffenen erkennbar wehren, zumal wenn mitreisende Passagiere oder UnterstützerInnen ebenfalls protestieren. Die Einführung von Sammel- oder Charterabschiebungen muss als unmittelbare Reaktion nicht zuletzt auf diesen Widerstand gesehen werden, wie das folgende Zitat aus einer Ausschreibung des Bundesinnenministeriums vom Sommer 2010 erneut bestätigt: »Auf Chartermaschinen werden Personen rückgeführt, die voraussichtlich körperlichen Widerstand gegen ihre Rückführung leisten und daher nicht mit Linienflügen zurückgeführt werden können und deren Anzahl den Einsatz eines gecharterten Luftfahrzeugs rechtfertigt. Diese Flüge werden immer von Polizeivollzugsbeamten der Bundespolizei und gegebenenfalls durch Sicherheitskräfte anderer EU-Staaten zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung des Luftverkehrs begleitet. Die Flugziele sind europäische, afrikanische und asiatische Staaten.«

»Notwendige« Zwangsmittel

Was hier kurz in technisch-organisatorischer Sprache abgehandelt wird, ist häufig ein Akt brutalster rassistischer Staatsgewalt. Unter Ausschluss aller Öffentlichkeit werden zwischen 10 und 100 Menschen, die zuvor frühmorgens festgenommen wurden oder schon in Abschiebehaft saßen, an einem Flughafen zusammengekarrt. Sie werden in Handschellen oder nicht selten sogar mit Fußfesseln sowie unter Anwendung aller »notwendigen« Zwangsmittel an Bord gebracht, eine Übermacht an Begleitpolizei sorgt – wie zitiert – für »Sicherheit und Ordnung«. In der Regel ist ein kollaborierender Arzt dabei, der letzte Reisefähigkeitsbescheinigungen ausstellt und für den Fall mitfliegt, dass eine Person im Flugzeug zusammenbricht oder sich selbst verletzt. Mit dieser »ärztlichen Betreuung« soll sogar die Abschiebung kranker Menschen legitimiert werden. Deutschland hatte – wie so oft – eine Vorreiterrolle, bereits 2004 begannen die Behörden in Hamburg mit Sammelabschiebungen.

Frontex beteiligt sich seit 2006 koordinierend und finanziell an den sogenannten »Joint Return Operations« (gemeinsame Rückführungs-Operationen). Ein EU-Land übernimmt die Initiative, von dort startet das Flugzeug und sammelt auf weiteren Flughäfen die abzuschiebenden »Deportees« ein. Wie die Betroffenen regelrecht in die Flugzeuge geprügelt und dann – in diesem Falle in Lagos – am dortigen Frachtflughafen (!) auf einer Landebahn ausgesetzt werden, hatte ein »freiwillig« Mitfliegender bei einer Sammelabschiebung von London über Dublin und Madrid im Februar 2010 dokumentiert (**1**). In anderen Fällen werden die Betroffenen aus den jeweiligen EU-Ländern an einem Flughafen zusammengebracht, um sie dann als Gruppe abzuschieben.

Die Zahl der Frontex unterstützten Charterabschiebungen stieg von 428 Personen (in 12 Flügen) im Jahr 2007 auf 801 (in 15 Flügen) für 2008. 2009 steigerte sich die Zahl auf 1.622 Personen (in 32 Flügen) und 2010 weiter auf ca. 2.000 Abgeschobene (in über 35 Flügen). Das entsprechende Frontex-Budget wurde in den letzten beiden Jahren massiv erhöht, von 5,25 Mio. EUR in 2009 auf 9,34 Mio. EUR in 2010 und mindestens dieselbe Summe ist für 2011 einkalkuliert. Mit diesem Etat übernimmt Frontex die Kosten der Sammelabschiebungen zu 100 %, die nationalen Behörden werden insofern auch finanziell ermutigt, mitzuwirken bzw. selbst initiativ zu werden, um »ihre unerwünschten Flüchtlinge und MigrantInnen« loszuwerden.

Bestellungen: bordermonitoring.eu (Verein in Gründung), Friedenstr. 10, 81671 München, E-Mail: office@bordermonitoring.eu

Unabwendbar?

Dass Frontex bereits im Vorfeld der unmittelbaren Abschiebungen mitwirkt, macht das Projekt »Attica« aus 2009 in Griechenland exemplarisch deutlich. »Return Capacity Building« (Aufbau von Kapazitäten zur Rückführung) lautete der Titel und »das Ziel dieses Projekts war, Unterstützung zu leisten bei der Identifizierung, Beschaffung von Reisedokumenten und Rückführung von Drittstaatsangehörigen mit illegalem Aufenthalt in ihre Heimatländer«. Das Pilotprojekt lief drei Monate lang, in dieser Zeit wurde ein Rückführungs-Koordinationszentrum eingerichtet, das u.a. eine Kooperation mit den Botschaften Nigerias und Georgiens aufgebaut hat, damit Griechenland sich anschließend an Sammelabschiebungen in diese Länder beteiligen konnte.

Im Rahmen einer EU-Verordnung von 2011 wurden die Kompetenzen von Frontex erneut ausgeweitet, u.a. zur Anschaffung eigener Ausrüstung. Ganz oben auf der Wunschliste steht nun der Kauf eines eigenen Frontex-Flugzeugs für jederzeit durchführbare Charterabschiebungen!

Die Mehrzahl der Flüge ging bislang in afrikanische Länder, insbesondere nach Nigeria. Offensichtlich erscheint den europäischen Behörden die Abschreckung mittels brutalster Abschiebegewalt gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen aus diesem bevölkerungsreichen afrikanischen Land besonders wichtig (siehe dazu das Interview mit The Voice). Neben der DR. Kongo, Togo, Gambia und Kamerun sind Albanien, Armenien, Georgien, aber auch Irak, Afghanistan und Vietnam die Ziele bisheriger Frontex-Charter gewesen.

Aus Deutschland wurden Sammelabschiebungen in den vergangenen Jahren vor allem ins ehemalige Jugoslawien durchgeführt. Regelmäßig einmal im Monat startete auch 2011 zumindest ein Flieger entweder aus Baden-Baden, aus Stuttgart oder zumeist aus Düsseldorf in Richtung Kosovo oder Serbien. An Bord dieser Frontex-finanzierten Maschinen, die zumeist von Air Berlin gechartert wurden, befinden sich zwischen 20 und 30 Abzuschiebende. In der Mehrzahl sind es Roma-Familien, deren Widerstand offensichtlich mit der vermeintlichen Unabwendbarkeit der Sammelabschiebungen gebrochen werden soll.

Vor diesem Hintergrund wird aktuell in der antirassistischen Bewegung ein Vorschlag diskutiert, der die Charter der Schande im kommenden Jahr mittels einer größeren Mobilisierung zumindest skandalisieren und im besten Fall auch stören soll: ein Noborder-camp für den Sommer 2012 in der Nähe des Düsseldorfer Flughafens.●

1) http://frontexplode.eu/2010/03/23/deported-in-a-frontex-charter-a-migrant-story/

INTERVIEW MIT REX OSA VON THE VOICE FORUM, STUTTGART

Kampfprogramm gegen Nigeria

Was ist der Hintergrund für Euren Vorschlag einer transnationalen Kampagne gegen die Frontex-Charter-Abschiebungen nach Nigeria?

Rex Osa: Die Charter quer durch Europa nach Nigeria machen den weitaus größten Teil aller Frontex-koordinierten Abschiebungen aus. Diese stets brutal ablaufenden Abschiebungen erfordern dringend eine internationale Skandalisierung der Rolle von Frontex am Beispiel von Nigeria. Eine transnationale Kampagne ist notwendig, um die ganze Komplizenschaft aufzudecken und auf globaler Ebene mehr Bewusstsein über diese Misshandlungen zu erzeugen.

Wie soll die Kampagne genauer aussehen, hier in Deutschland, in Europa wie auch in Nigeria?

Zum einen geht es um Information und Austausch darüber, wie die Opfer selbst gegen ihre Abschiebungen vorgehen und diese stoppen können. Die migrantischen Communities sollen ermutigt werden, die Abschiebungen als eine neue Form der Apartheid zu begreifen. Ihre Beteiligung in der Anti-Abschiebungskampagne kann dazu beitragen, sowohl in den Herkunftsländern wie auch hier in Europa zu mobilisieren. Hier geht es u.a. um Aktionen an den nigerianischen Botschaften, die mit den Abschiebebehörden kollaborieren. In Nigeria können von Abschiebung Betroffene mit Berichten über ihre Erfahrungen Öffentlichkeit schaffen. Ein zentrales Ziel einer öffentlichen Kampagne in Nigeria besteht darin, dass die Rückübernahmeabkommen mit der EU aufgekündigt werden.

Warum richten sich die Frontex-Abschiebungen in erster Linie gegen MigrantInnen aus Nigeria? Was denkst Du dazu?

Die Abschiebebehörden haben es recht einfach, weil sich in den nigerianischen Botschaften ein korruptes Abschiebegeschäft etabliert hat: Identifizierung und Ausstellung der Reisepapiere gegen Geldzahlungen. Darüber hinaus erscheint der Fokus auf Nigeria als Abschreckungsstrategie gegen die BewohnerInnen eines Landes mit der größten Bevölkerung in Afrika. Die Einkommensverteilung dort ist absolut ungerecht, es finden sich »kleine Inseln des Reichtums in einem Meer der Armut«. Als sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge denunziert sollen Flüchtlinge und MigrantInnen aus Nigeria offensichtlich mit allen Mitteln aus der EU abgeschoben werden.●

Das Interview führte Hagen Kopp

Kontakt:
The Voice Baden Württemberg, Böblingerstr 105, 70199 Stuttgart
Tel.: (01 76) 27 87 38 32
Email: thevoice_bdw@yahoo.de
www.thevoiceforum.org

Anzeige

Aktualisierte 2. Auflage der umfassenden Überblicksdarstellung zum »arabischen Frühling«

Frank Nordhausen,Thomas Schmid (Hg.)
Die arabische Revolution
Demokratischer Aufbruch von Tunesien bis zum Golf
2. Auflage, 224 Seiten, Broschur
ISBN 978-3-86153-640-6
16,90 € (D); 17,40 € (A); 24,90 sFr (UVP)
www.christoph-links-verlag.de

PILOTPROJEKT

FRONTEXPLODE

»Boats 4 People« am Start

Schiffe der Solidarität gegen das Sterben im Mittelmeer

Die Liste der ertrunkenen oder verdursteten Boatpeople wurde immer länger im Sommer 2011, die Situation ist und bleibt unerträglich. Vor diesem Hintergrund fordern antirassistische Netzwerke ein direktes Handeln, um dem tödlichen EU-Grenzregime Einhalt zu gebieten.

Von Hagen Kopp ● Mit »Schiffe der Solidarität – das Sterben in Mittelmeer stoppen« ist seit einigen Monaten (1) ein transnationales Projekt in Planung, mit dem Flüchtlinge und MigrantInnen auf ihrem Weg nach Europa durch unmittelbares Eingreifen vor Ort unterstützt werden sollen. Im April 2012 werden mehrere kleine Schiffe von Italien aus in See stechen, in entgegengesetzter Richtung zu den Fluchtrouten der Boatpeople: voraussichtlich von Rom über Sizilien und Lampedusa bis zu verschiedenen Häfen in Tunesien. Das Projekt wird zeitgleich zum maghrebinischen Sozialforum in Tunis stattfinden und zielt auf eine mediterrane Vernetzung, die ein dauerhaftes Monitoring zwischen der nordafrikanischen Küste und den südeuropäischen Inseln in Gang bringen will. Die skandalösen Vorgänge auf dem Meer sollen dokumentiert und öffentlichkeitswirksam angeklagt werden. Es geht um die Rechte der »Harragas« wie der TransitmigrantInnen (2). Es soll alles dafür getan werden, dass Schiffbrüchige gerettet werden.

Über 2.000 Menschen sind seit Beginn 2011 in dieser Region des Mittelmeeres ums Leben gekommen und Tausende stecken weiterhin in Wüstenlagern wie dem tunesischen Choucha oder in Libyen fest. Sie haben kaum eine andere Hoffnung als den riskanten Versuch zu wagen, in überfüllte und oft seeuntaugliche Boote zu steigen. Menschenrechtsorganisationen und antirassistische Netzwerke haben in den letzten Monaten in vielfachen Appellen die sofortige Aufnahme von Flüchtlingen gefordert: »Die Stimmen von Choucha stehen für das verzweifelte Aufbegehren gegen eine Politik der flagranten Menschenrechtsverletzungen, wie sie sich tagtäglich an vielen Brennpunkten der europäischen Außengrenzen abspielen. Ein Bruch mit dieser Politik ist notwendig, um das Sterben auf See und in der Wüste zu beenden. Die Demokratiebewegungen in Nordafrika bieten die Chance für einen Neuanfang. Statt tödlicher Ausgrenzung und grotesker Bedrohungsszenarien muss Offenheit und Solidarität die Zukunft des mediterranen Raumes prägen. Es braucht Brücken statt Mauern für ein neues afrikanisch-europäisches Verhältnis, damit Europa ein Raum wirklicher Freiheit, allgemeiner Sicherheit und der gleichen Rechte für Alle wird« (3).

An diese Forderungen und Ziele knüpft die Aktion »Schiffe der Solidarität« an, denn bisher lehnen die europäischen Regierungen die Aufnahme von Flüchtlingen rigoros ab. Vielmehr häufen sich Aussagen von Überlebenden, dass die Rettung von Bootsflüchtlingen bzw. die Aufnahme Geretteter bewusst verweigert und deren Tod als Teil einer Abschreckungsstrategie in Kauf genommen wird. Die EU finanziert Flüge, um subsaharische MigrantInnen aus Tunesien in ihre Herkunftsländer zurück zu schicken, z. B. nach Mali, dessen ökonomische Situation als eines der ärmsten Länder der Welt dadurch weiter destabilisiert wird. Gleichzeitig verstärken die EU-Verantwortlichen den Druck auf die (Übergangs-)Regierungen der nordafrikanischen Länder, ihre Küsten lückenlos zu kontrollieren

Foto: Thorsten Winsel

und mit der europäischen Grenzschutzagentur »Frontex« zusammen zu arbeiten. Bei Nichterfüllen dieser Wachhund-Rolle werden Wirtschaftsabkommen verweigert. Völlig ignoriert wird, dass Tunesien ca. 500.000 Libyenflüchtlinge aufgenommen hatte. Die Revolutionen in Nordafrika können die soziale und ökonomische Situation nicht über Nacht ändern. Aus dem Land selbst machen sich viele Menschen nach Lampedusa auf, um der Arbeitslosigkeit zu entkommen. Doch in Europa werden sie entwürdigend behandelt und so schnell wie möglich abgeschoben.

Unterstützung für »Grenzverbrenner«

Aus Frankreich – vom euro-afrikanischen Netzwerk »Migreurop« – kam der Impuls für diese Initiative, von Paris aus wird das »Boats 4 People«-Projekt auch koordiniert. Auf europäischer Seite wirken zudem Organisationen und Netzwerke aus Italien, Belgien, Holland und Deutschland mit. Aus Nordafrika sind einzelne Gruppen aus Marokko »an Bord«, das größte Interesse kommt allerdings aus Tunesien. Hier ist der revolutionäre Aufbruch bekanntlich noch längst nicht zum Erliegen gekommen. Und die Frage der Bewegungsfreiheit ist ein alltägliches Thema, immer wieder versuchen »Harragas« ihr Glück und steigen in die Boote gen Europa, auch wenn sie dort angesichts des rigiden Visumregimes fast ausnahmslos Internierung und Rückschiebung erwartet. In dieser Situation stößt »Boats4People« in Tunis wie auch in den südlichen Hafenstädten Sfax und Zarzis auf viel Interesse und Zustimmung. Menschenrechtsgruppen wie das Forum für wirtschaftliche und soziale Rechte oder das FSM (Forum sociaux maghrebin), Frauenorganisationen wie die ATFD (Association tunesienne des Femmes Democrates) und nicht zuletzt Angehörige von bei Bootsunglücken Vermissten haben ihre Beteiligung zugesagt.

Die »Schiffe der Solidarität« benötigen nun eine breite und prominente Unterstützung, von beiden Seiten des Mittelmeeres und darüber hinaus. In Deutschland hat sich ein Vorbereitungskomitee gebildet, dem Aktive aus den antirassistischen Netzwerken »Afrique-Europe-Interact« und »Welcome to Europe« sowie der Forschungsgesellschaft »Flucht und Migration« und von »Borderline Europe« angehören (4). Ein erster (Spenden-)Aufruf wurde bereits gestartet, um auch materiell zu diesem wichtigen transnationalen Projekt beizutragen. Schließlich liegt die maßgebliche Verantwortung für das Sterben im Mittelmeer bei den »kerneuropäischen« Regierungen, nicht zuletzt bei der deutschen. Von hier wird seit Jahren die Vorverlagerung der Migrationskontrolle betrieben, von hier wurde mit der Einrichtung und Hochrüstung von »Frontex« ein regelrechter Krieg gegen Flüchtlinge in Gang gesetzt.

»Boats4People« ist ein Pilotprojekt, um konkrete praktische Erfahrungen zu sammeln und die euro-afrikanischen Netzwerkprozesse zu verstärken. Den Kontext und die langfristige Perspektive solcher Initiativen hatten obengenannte Netzwerke bereits im März 2011 in der Deklaration »Freiheit statt Frontex« (5) treffend skizziert: »Der Aufbruch in Nordafrika zeigt, was alles möglich ist. Es geht um nicht weniger als um ein neues Europa, ein neues Afrika, eine neue arabische Welt. Es geht um neue Räume der Freiheit und Gleichheit, die es in transnationalen Kämpfen zu entwickeln gilt: in Tunis, Kairo oder Bengazi genauso wie in Europa und den Bewegungen der Migration, die die beiden Kontinente durchziehen.«●

Hagen Kopp engagiert sich bei »kein mensch ist illegal/Hanau«

Anmerkungen:

1) Zunächst war der Start im Spätherbst 2011 geplant, wegen der Wahlen in Tunesien und dem ab November unberechenbaren Wetter wurde das Projekt auf Frühjahr 2012 verschoben.

2) »Harraga« ist das in arabischen Ländern benutze Wort für MigrantInnen, die »die Grenze verbrennen«. Es bezeichnet Menschen, die sich aus Nordafrika auf den Weg machen, in Europa ein besseres Leben zu suchen – auch ohne Visum, das ihnen üblicherweise verweigert wird. TransitmigrantInnen sind Flüchtlinge und MigrantInnen, die aus subsaharischen oder ostafrikanischen Ländern kommend, Nordafrika als Durchgangsstation nutzen.

3) Aus dem Appell »Voices of Choucha – Fluchtwege freihalten – Flüchtlinge aufnehmen« vom Juni 2011, siehe
www.medico.de/choucha-appell

4) Regelmäßige deutschsprachige Informationen über folgende Adresse:
choucha-appell@antira.info

5) Diese Deklaration und mehr zum gesamten Themenkomplex auf der dreisprachigen Webseite:
www.afrique-europe-interact.net

WEITERE INFOS

http://frontexplode.eu
http://w2eu.net
www.afrique-europe-interact.net
http://euro-police.noblogs.org

DOKUMENTATION

Freiheit statt Frontex
Keine Demokratie ohne globale Bewegungsfreiheit

Die Dynamik des arabischen Frühlings strahlt aus in die ganze Welt. Die Aufstandsbewegungen im Maghreb machen Mut und Hoffnung, nicht nur weil despotische Regime verjagt werden, die vor kurzem noch unüberwindbar erschienen. So offen die weiteren Entwicklungen bleiben, im Dominoeffekt der tunesischen Jasminrevolution meldet sich in atemberaubender Schnelligkeit die alte Erkenntnis zurück, dass Geschichte von unten gemacht wird. Die Kämpfe richten sich gegen die tägliche Armut wie auch gegen die allgemeine Unterdrückung, es geht gleichermaßen um bessere Lebensbedingungen wie um Würde, kurz: um »Brot und Rosen«.

Die unglaublichen Tage auf dem Tahrirplatz in Kairo stehen für die Suche nach neuen Formen der Selbstorganisierung und Basisdemokratie. Der Wunsch nach gleichen Rechten, nach Autonomie und Teilhabe am wirtschaftlichen Reichtum, spiegelt sich aber auch in den Booten Richtung Europa wieder: jetzt aus Tunesien, seit Jahren aus Nord- und Westafrika. »Exit« – sich die Bewegungsfreiheit zu nehmen und zu migrieren, um ein anderes, besseres Leben zu finden, und »Voice« – die Stimme zu erheben und den Kampf vor Ort zu führen, sind keine Gegensätze, sie stehen vielmehr in einem lebendigen Wechselverhältnis.

Das hatten – noch offenkundiger – bereits die Umbrüche 1989 gezeigt. Die Abstimmung mit den Füßen katalysierte damals die Protestbewegungen gegen das realsozialistische Unterdrückungsregime. Die Mauer ist auch deshalb gefallen, weil die Menschen ihre Bewegungsfreiheit durchgesetzt haben. Um so verlogener erscheint heute die Freiheitsrhetorik westlicher PolitikerInnen, die angesichts der Migrationsbewegungen aus und über Nordafrika einmal mehr das Bedrohungsszenario der Überflutung bemühen, gegen die nun die europäische Grenzschutzagentur »Frontex« in Stellung gebracht wird.

Die EU-Regierungen haben die nordafrikanischen Machthaber hofiert und gestützt und sich in den letzten Wochen zögerlich bis bremsend gegenüber den Aufstandsbewegungen verhalten. Dahinter stecken starke ökonomische Interessen, aber auch die gewachsene Kollaboration in der Migrationskontrolle. Despoten wurden umso wichtigere »Partner«, je effektiver sie als Wachhunde für ein vorverlagertes EU-Grenzregime fungierten. Migrationsbewegungen aus Afrika sollten um jeden Preis eingedämmt werden.

Tausendfacher Tod und Leid nicht mehr nur auf See, sondern auch in den Wüsten und Internierungslagern waren und sind die Folgen dieser schändlichen Komplizenschaft. Die subsaharischen MigrantInnen, die aktuell in Libyen Opfer pogromartiger Hetzjagden werden, sahen sich unter dem Gaddafi-Regime seit Jahren einer systematischen Entrechtung, Willkür und Misshandlungen ausgeliefert. Die EU hat dem libyschen Diktator Millionen gezahlt und Überwachungstechnik geliefert, eine ähnliche Kooperation gibt es mit dem marokkanischen Machthaber, und bis vor kurzem auch mit dem tunesischen Regime. Die arabischen Revolutionen markieren jetzt das mögliche Scheitern dieses brutalen Ausgrenzungsprojekts der EU im Mittelmeerraum.

Mit den gezielt medial gestreuten Befürchtungen über einen Kollaps der Migrationskontrolle wird nun die weitere Verschärfung und Militarisierung des EU-Grenzregimes legitimiert, verkörpert durch »Frontex«. Die europäische Grenzschutzagentur ergänzt und erweitert die nationalen Kontrollsysteme, die seit Jahrzehnten auf Abschreckung und Kriminalisierung der Migrationsbewegungen zielen. »Frontex« soll – wie bereits vor der westafrikanischen Küste oder an der griechisch-türkischen Grenze – nun auch verstärkt vor Nordafrika zum Einsatz gebracht werden.

Italien erhält die Federführung für diese »Operation Hermes«. Das ist konsequent und schockierend ehrlich: In Folge des Schulterschlusses zwischen Berlusconi und Gaddafi kam es in den letzten Jahren zu unzähligen unrechtmäßigen Rückschiebungen im Mittelmeer, der italienische Staat hat sich geradezu als Meister im Bruch aller Flüchtlingsskonventionen inszeniert. Und nicht zufällig wird kriminalisiert, wer das Leben der Boatpeople rettet. Das zeigen die Fälle der Cap Anamur oder der tunesischen Fischer, deren Prozesse in Italien noch immer andauern.

MigrantInnen suchen Schutz oder ein besseres Leben in Europa. Sie wandern gegen ein Reichtumsgefälle, das ganz wesentlich in den neokolonialen Dominanz- und Ausbeutungsverhältnissen zwischen Europa und Afrika begründet liegt. In Europa muss sich der universelle Anspruch auf Freiheit und Demokratie deshalb am Umgang mit denjenigen messen lassen, die auf dem Weg der Migration gleiche Rechte einfordern. »Frontex« steht für den Ausbau eines tödlichen Grenzregimes, für das in einer freien Welt kein Platz ist. Der Tod an den Außengrenzen könnte schon morgen Geschichte sein. Aber das ist politisch nicht gewollt. Stattdessen führen die EU-Verantwortlichen einen regelrechten Krieg an den Außengrenzen.

Innerhalb der EU gehören Entrechtung und Abschiebung zum rassistischen Alltag, in dem »Integration« als Druckmittel der Anpassung und Ausbeutung in den Niedriglohnsektoren benutzt wird. Doch dieser selektive Umgang mit Migration ist mit Widerständigkeiten und Beharrlichkeiten konfrontiert, die das System der Ungleichheiten und Unfreiheiten immer wieder herausfordern. Nicht zufällig findet in dieser bewegten Zeit ein dramatischer Hungerstreik von 300 maghrebinischen MigrantInnen für ihre Legalisierung in Griechenland statt. Und verstärkt flackern Bleiberechtskämpfe und migrantische Streiks quer durch Europa auf, seit Sans Papiers – insbesondere aus Afrika – vor 15 Jahren in Paris mit der Forderung »Papiere für Alle« in die Öffentlichkeit traten.

Der Aufbruch in Nordafrika zeigt, was alles möglich ist. Es geht um nicht weniger als um ein neues Europa, ein neues Afrika, eine neue arabische Welt. Es geht um neue Räume der Freiheit und Gleichheit, die es in transnationalen Kämpfen zu entwickeln gilt: in Tunis, Kairo oder Bengazi genauso wie in Europa und den Bewegungen der Migration, die die beiden Kontinente durchziehen.●

8. März 2011
Afrique-Europe-Interact
Welcome to Europe
Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung

EMPIRIKER ERFORSCHEN DAS »LINKS SEIN« UND GEBEN (PARTEI)POLITISCHE RATSCHLÄGE

Per Ideenwettbewerb zur linken Hegemonie

»Links« zu sein verwies früher einmal auf die parlamentarische Sitzordnung, war nahezu zweihundert Jahre fester Bestandteil politischer Auseinandersetzungen und scheint sich seit gut zwanzig Jahren in Beliebigkeit aufzulösen.

Von Gottfried Oy ● So oder so ähnlich klingt der Befund von Philosophen und Zeitdiagnostikern angesichts des Zerfalls klassischer politischer Strömungen. Das Erstaunen darüber, dass sich trotz Ende des Staatssozialismus und neoliberaler Wende heute mehr als die Hälfte der bundesrepublikanischen Bevölkerung politisch links verortet, veranlasste eine Forschergruppe aus Jena, Chemnitz und Berlin, sich der Thematik empirisch zu nähern: Was macht heute »Links sein« aus?

Ihre These ist, dass die heutige politische Kultur von einer Ambivalenz geprägt sei: Auf der einen Seite gebe es eine eindeutige kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus und auf der anderen Seite sei eine deutliche »Persistenz linker Positionen und Denkmuster« (S. 10) zu beobachten. Ihr politisches Projekt geht auf die Hegemonietheorie Gramscis und den Versuch, kulturelle Hegemonie zu erlangen, zurück. Ihnen geht es darum, in einer Art Bestandsaufnahme zu klären, »was 'linke' Positionen kennzeichnet, wer sie vertritt und welche politischen Praxen hervorgebracht werden« (S. 11) – um sich auf Grundlage dieser Daten mit der Frage auseinanderzusetzen, wie ein solches Spektrum zu einer politischen Strömung gebündelt werden könnte. Sie knüpfen damit an die Debatte um die so genannte Mosaiklinke an.

Kartografierung der Linken

Hintergrund sind dabei drei empirische Einzelstudien, die in der vorliegenden Publikation zusammengeführt werden. An den qualitativen Gruppendiskussionen, Fokusgruppen- und Einzelinterviews sowie einer standardisierten Telefonumfrage nahmen nahezu 1.700 Befragte teil.

Da es keinen feststehenden Kanon gibt, wie politische Ausrichtungen gemessen werden könnten, stellt sich zunächst einmal die Frage nach der eindeutigen Bestimmung der Kategorie. Die Autoren der Studie verknüpfen in ihrer Definition die Selbsteinschätzung der Befragten mit ihrer Haltung zu den Parteien SPD, Linke und den Grünen und bestimmen so linksaffine, rechtsaffine und tendenzlose Bevölkerungsgruppen. So kommen sie umhin, allein die Ausrichtung an Parteien noch die bloße Selbsteinschätzung der Befragten in den Mittelpunkt zu stellen.

Jenseits der Definitionsfragen geht es aber um weit mehr. Im Mittelpunkt stehen »lebensweltlich verankerte(r) politische(r) Praxen (...) in linksaffinen Milieuzusammenhängen« (S. 12) und wie diese in individuellen Biografien verankert sind. Kern der Studie ist somit eine »Kartografierung« (ebd.) des linksaffinen Spektrums. Dabei werden neun »exemplarische, linksaffine Alltagsmilieus« (ebd.) skizziert: Milieus, die durch Alter, Beruf, Arbeitslosigkeit oder politisches Engagement geprägt sind. Bei dieser Milieubildung sticht heraus, dass Migranten – untersucht wird eine Gruppe »beruflich integrierter Migranten« – als eigenes Milieu skizziert werden, ohne zu hinterfragen, dass damit die Reproduktion von staatsbürgerlichen Zuordnungen betrieben wird: Pass oder Herkunft allein ergeben nunmal kein »linksaffines Alltagsmilieu«. Schließlich spielen diese Kategorien in der Darstellung der anderen Milieus auch keine Rolle.

Einstellungen, Bezugnahmen, Orientierungen

In den Interviews wurden bestimmte Einstellungen, Bezugnahmen und Orientierungen abgefragt. Themen sind lebensweltliche Grundeinstellungen, die Bezugnahme auf den Kapitalismus oder die Einschätzung der Rolle der Wirtschaft in politischen Prozessen. Die Bandbreite der Antworten ist dabei sehr groß, dennoch sehen die Autoren der Studie verbindende Elemente. Wie etwa beim Thema Erwerbsarbeit machen die Empiriker Positionen von einer deutlichen Erwerbsarbeitszentrierung bis zu radikaler Ablehnung aus. Dennoch sehen sie in der Gruppe der Linksaffinen ein gemeinsames Element: Arbeit habe für eine Mehrheit der Linken einen »über den reinen Gelderwerb hinausgehenden Zweck« (S. 82). Das wiederum sei Hinweis auf eine »immanente Sinnzuschreibung« (ebd.).

Eindeutig auch der Befund in Sachen Veränderungswillen: »Einerseits werden die wahrgenommenen Auswirkungen der ökonomischen Verwerfungen in den letzten Jahren kritisch bewertet, andererseits wird aber die kapitalistische Grundordnung allenfalls von einem Teil (noch) grundsätzlich in Frage gestellt« (S. 123). Als Stütze der Gesellschaft betätigt sich die Linke auch in ihrem bürgerschaftlichen Engagement: Niemand betätigt sich so intensiv zivilgesellschaftlich wie die sich als »links« verstehende Bevölkerungsgruppe. Nicht nachvollziehbar ist somit vor diesem Hintergrund die Schlussfolgerung, dass »die wirtschaftliche Ordnung« um Akzeptanz ringe, »weil sich nicht nur die Linksaffinen in kritischer Distanz [zu ihr; G.O.] verorten« (S. 134).

Eine Infragestellung der Verhältnisse findet sich auch bei der Bewertung des neoliberalen Sozialstaatsumbaus nur in homöopathischen Dosen, die Forscher sprechen davon, dass in die »Ränder des linksaffinen Spektrums« neoliberale Deutungsmuster eindringen würden, die die »Bewertung des Sozialstaats beeinflussen« (S. 185). Beispielhaft sei hier eine diskursive Orientierung an schlechteren Sozialsystemen: »Damit wird systematisch die Frage ausgeblendet, ob in Deutschland die Gestaltungsmöglichkeiten vor dem Hintergrund des vorhandenen gesellschaftlichen Reichtums tatsächlich ausgeschöpft sind« (S. 185f.). In Frage steht damit allerdings auch das Deutungsmuster der vorliegenden Studie: Muss nicht statt einer starren Konfrontation zwischen Neoliberalismus und linksaffinen Spektrum davon ausgegangen werden, dass auch ehemals linke Ideen den Neoliberalismus mitgeprägt haben? Dass die so genannten postmaterialistischen Werte des grünen Bürgertums genau das widerspiegeln?

Linke Familie

In ihrem Resumee betonen die Autoren der Studie, dass es trotz Abgrenzungsbemühungen durchaus »Familienähnlichkeiten« im linksaffinen Spektrum gebe, sie sprechen von der »Einheit in der Vielfalt« (S. 249). An feststehenden inhaltlichen Positionen benennen sie die sozioökonomische Perspektive in der Betrachtung von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen, die weiterhin Bestand hat. Insofern könne auch trotz der geringen Bereitschaft, die kapitalistische Grundordnung in Frage zu stellen, von einer Kapitalismuskritik gesprochen werden. Darüber hinaus werde auch die Verknüpfung von Arbeit und Würde, Solidarität als zentraler Wert, wie die Forderung nach einer materiellen Existenzsicherung Aller und einer angemessene Beteiligung am gesellschaftlichen Reichtum nicht aufgegeben. Es gebe allerdings über diese Punkte hinaus eine »Vielfalt an Einstellungen und Orientierungen«, eindimensionale Definitionsversuche müssten deshalb scheitern. Links sein sei ein »offenes, dynamisches Feld von Denk- und Praxismustern« (S. 251). Die Inhalte der Verortung »Links sein« sind somit, so die Forschergruppe, »doppelt fluide« (ebd.): weil sie sich im Laufe des Lebens ändern würden und weil es immer wieder neue politische Konstellationen in der Gesellschaft gebe.

Potenziale bündeln

Schließlich möchten die Verfasser der Studie mit ihren empirischen Befunden auch Politik machen. Im linken Spektrum sei ein großes Potenzial vorhanden, der »kulturellen Hegemonie« des Neoliberalismus etwas entgegenzusetzen: »Dieses Potenzial in Form von politischen Orientierungen und damit verknüpften Praxen gilt es zu einer gesellschaftlich-politischen Bewegung zu bündeln« (254). Ein »Ideenwettbewerb verschiedener linker Akteure« (256) soll dem linken Projekt neue Antriebskraft geben.

Auch hier zeigt sich, wie unbedarft sie mit dem arg monolithisch konzipierten Neoliberalismus umgehen. Erst einmal müsste nachvollzogen werden, wie sich neoliberale Politikkonzepte als Amalgam aus liberalen Wirtschaftskonzepten und Forderungen sozialer Bewegungen, die sich beide in ihrem Antietatismus treffen, bilden konnten. Schließlich war der Neoliberalismus eine Antwort auf die Krise des Fordismus, und zu dieser Krise haben auch die sozialen Kämpfe der Sechziger und Siebziger beigetragen. In der trotzig ironischen Formel der italienischen Operaisten von der Revolution, die gesiegt habe, liegt mehr Wahrheit, als manch einer eingestehen möchte. Die erste rot-grüne Bundesregierung hat davon gezeugt, die kommenden grün-roten Regierungen werden die Verhältnisse weiter zuspitzen.●

Besprochene Literatur:
Matuschek, Ingo/ Krähnke, Uwe / Kleemann, Frank / Ernst, Frank 2011: Links sein: Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus. Wiesbaden: VS-Verlag

Anzeige

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Anti-Atom-Aktivistin trat Haft wegen Castor-B an
Am Freitag, 14.10.2011 um 15 Uhr trat die Aktivistin Franziska eine 2,5-monatige Haft in der JVA Frankfurt III an. Sie hatte sich im November 2008 gemeinsam mit anderen an einem Betonblock unter den Gleisen angekettet und damit die Weiterfahrt des Castortransportes aus Frankreich ins Wendland um 12 Stunden verzögert. Sie wurde von einem bunten Anti-Atom-Demonstrationszug mit Jonglage und Seifenblasen zur JVA begleitet und dort verabschiedet. Blog zum Knastaufenthalt:
http://knast.blogsport.de.

Brennende Autos in Berlin
Da haben sie sich Monate lang den – autoritär-populistischen – Mund fusselig geredet. Und nun war es ein Einzeltäter ohne politischen Hintergrund. Lesen wir in der Berliner Morgenpost am 23.10.2011: »Die Berliner Polizei hat einen Serien-Autobrandstifter gefasst. Der 27-jährige Mann hat eine hohe Zahl von Fahrzeugen in Berlin in Brand gesetzt«, sagte der Sprecher der Berliner Polizei, Frank Millert. Der Verdächtige André H. hat inzwischen Dutzende Brandstiftungen gestanden. Nach Informationen von Morgenpost Online handelte der mutmaßliche Serien-Brandstifter nicht aus politischen Motiven. Der Mann sagte aus, er habe allein gehandelt - und aus »reinem Frust«. Der Sachschaden geht in die Millionen. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft drohen ihm deshalb mindestens zehn Jahre Haft. Für eine Aufrüstung der Polizei hat das alles aber als Argument gereicht.

Im Februar: 15. Europäische Polizeikongress in Berlin
Am 14. und 15. Februar 2012 findet in Berlin der 15. europäische Polizeikongress statt. In diesem Jahr soll es wohl um »Terrorismus« und die Bekämpfung sozialer Revolten gehen. Der Polizeikongress in Berlin dient den Herrschenden seit Jahren als Instrument um europaweite Maßnahmen der Repression abzustimmen und Konzepte der Aufstandsbekämpfung den aktuellen Entwicklungen anzupassen. So wurde zum Beispiel der Einsatz der Bundespolizei im Rahmen von FRONTEX in Griechenland auf dem Kongress vorbereitet (www.youtube.com/watch?v=QdwtRY90buEv. Der Polizeikongress kündigt sich selbst so an:
www.european-police.eu/Welcome.

Gegen ihn richet sich ein Aufruf, der neben weiteren Informationen auf
http://de.indymedia.org/ 2011/10/318091.shtml
zu finden ist. Allerdings hat der Kongress nicht nur KritikerInnen, sondern auch Unterstützer und Sponsoren. Diese sind unter
www.european-police.eu/Exhibitors zu finden.

Kein Ende der Personalausweiskontrollen an Berliner Gerichten
Kulturell war die Lage am 26.9.2011 vor dem Verwaltungsgericht Berlin interessant. Da saß ein Aktivist, der ohne eigene Wohnung und aus den Resten der Gesellschaft lebt (um unabhängig zu sein), einem Teil der Chefetage des Amtsgerichts Tiergarten gegenüber, die es gewohnt sind, Menschen niederzumachen, einzusperren, sozial zu isolieren, während sie sich selbst für Angehörige von was Besserem halten. Nun aber mussten sich diese hohen Herren von einem Hergelaufenen »beklagen« und dann auch noch im Prozess vorwerfen lassen, zu lügen. Dummerweise hatten sie auch wenig Chancen, das zu widerlegen.

Vorne saß der Vizepräsident des Verwaltungsgerichts und hatte zu entscheiden, ob Personalausweiskontrollen am Eingang des Gerichts zulässig seien. Gegen die hatte der Aktivist nämlich eine Klage eingereicht. Doch statt in der Sache zu verhandeln und zu entscheiden, wollte sich der Verwaltungsrichter mit einem schnell erkennbaren, miesen Trick aus der Affäre ziehen: Er verneinte das Rechtsschutzinteresse des Klägers. Dieser hätte nämlich am fraglichen Tag im Jahr 2009 als Angeklagter das Amtsgericht Tiergarten ohne gleich doppelte Personalienkontrolle nicht betreten dürfen, war deshalb zu spät zu seinem Prozess gekpmmen und so wegen Abwesenheit verurteilt worden. Der damalige Amtsrichter Herkenrath wusste um die Probleme beim Eingang, das Gericht sorgte absichtlich dafür, nicht telefonisch erreichbar zu sein. Denn nichts ist den nur einerseits verurteilungsgeilen, andererseits aber arbeitsscheuen RobenträgerInnen lieber als ein Urteil ohne Prozess. Beides zu vereinen, gelingt, wenn jemand mit Strafbefehl nicht zu seinem Gerichtsprozess kommt. Ein bisschen Nachhelfen ist zwar rechtswidrig, aber wer Richter ist, braucht das Recht nicht mehr zu beachten.

Um eine Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand zu verhindern, behaupteten die späteren Beschwerderichter, die Eingangssituation hätte mit dem Prozess nicht zu tun. Das war zwar gelogen - aber in Robe lügt es sich gefahrlos. Der Betroffene drehte aber den Spieß um und zog, weil ja nun alles nichts mehr mit Strafrecht zu tun hatte, vor das Verwaltungsgericht. Dort nun wurde sein Anliegen mit dem beschriebenen Trick abgewehrt. Vorher aber rangen der Kläger und sein Anwalt heftig mit den Beklagten und dem Verwaltungsrichter. Die Beklagten vom Amtsgericht reihten Lüge um Lüge hintereinander, um immer wieder neue Unstimmigkeiten erklären zu können. So wurde behauptet, dass ein Angeklagter auch ohne Ausweis ins Gericht käme. Dagegen stellte der Kläger einen Beweisantrag, der im Prozessverlauf allerdings nicht behandelt wurde. Noch absurder entwickelte sich anfangs ein Beweisantrag gegen die erfundene Story, die Personalienkontrolle sei nötig, um Hausverbote zu überprüfen. Das ist zwar an sich schon fragwürdig, eine solch umfangreiche Rundumüberprüfung mit derartigen Lappalien zu begründen, aber die anwesenden ZuschauerInnen waren sich mit dem Kläger einig, dass die Geschichte gar nicht stimme. Also folgte der Antrag, eine Zuschauerin als Zeugin zu vernehmen, dass gar keine Hausverbotslisten überprüft worden seien. Der Richter wollte die Vernehmung nicht und formulierte zunächst, dass die Zeuginnenvernehmung ja nichts bringen würde, weil die Beklagten anderer Meinung seien. Welch ein Vorgang: Eine Beweisaufnahme ist gegenstandslos, wenn die beklagte Seite etwas Anderes sagt? Das wäre ja mal eine Neuerung: Wer eine Handlung abstreitet, kann nicht mehr verurteilt werden. Als der Richter diese offensichtliche Klassenjustiz (der Höhergestellte hat sowieso immer Recht, deshalb braucht es keine Beweisaufnahme ...) aussprach, ging ein Raunen durch den Raum - und das bewog dann erst den Richter, die Zeugin vielleicht lieber doch zu vernehmen. Was natürlich auch nichts nützte, denn im Urteil dachte sich der Richter einfach eine neue Geschichte aus. Es geht in die nächste Instanz.
Mehr:
www.projektwerkstatt.de/antirepression/prozesse/berlin/haupt.html.●

Jörg Bergstedt

KOMMUNALE ENERGIEGENOSSENSCHAFTEN

Gründungsanstöße von der Politik

Möglichkeiten denken, Prozesse gestalten, Impulse setzen

Die Energiewende stellt derzeit eines der meist diskutierten Themen in Deutschland dar. Klaus Töpfer, Bundesumweltminister a.D., betonte in diesem Zusammenhang, dass es bei der gesellschaftlichen Transformation »entscheidend um den Prozess« geht. Im Folgenden soll deshalb dargestellt werden, wie Städte und Gemeinden diesen Prozess proaktiv durch die Initiierung einer kommunalen Energiegenossenschaft gestalten können.

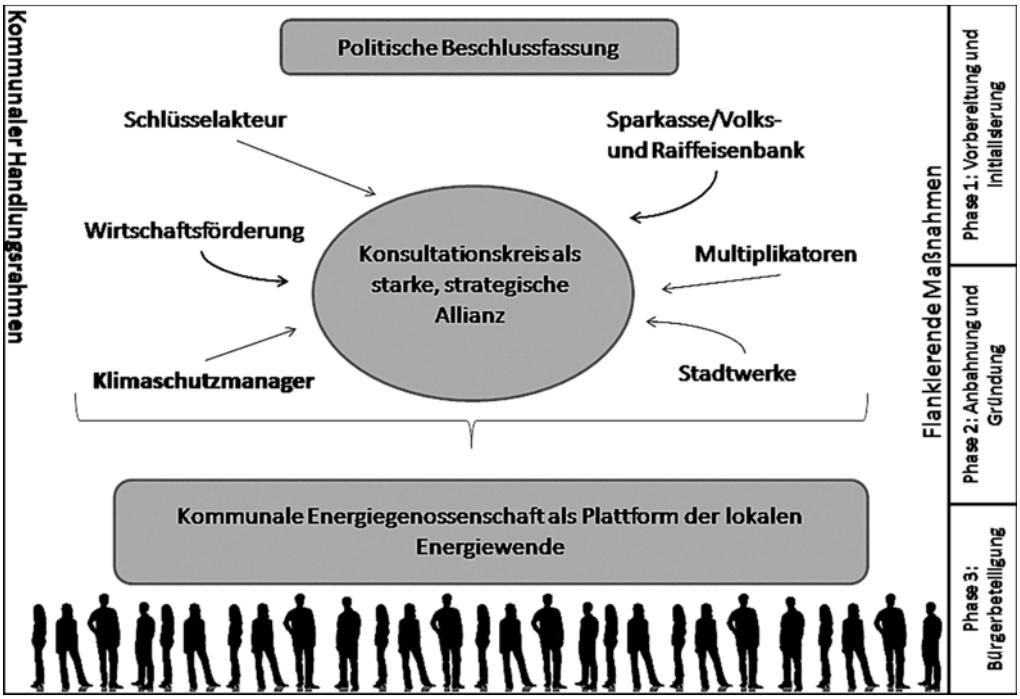
Cordula Brinkmann, Sascha Schulz, Red. Genossenschaften ● Auftrieb erhalten hat die Diskussion zur Energiewende nicht zuletzt durch die gravierenden Ereignisse in Japan im März dieses Jahres. Eine nachhaltige Energieversorgung basiert – neben der Erschließung von Effizienzpotenzialen – auf dem massiven Ausbau der Nutzung regenerativer Energien. Auf Ebene der Kommunen nimmt diese abstrakte Forderung ganz konkrete Gestalt an. Hier werden Fragen nach nutzbaren Flächen gestellt, planungsrechtliche Entscheidungen getroffen und Projekte umgesetzt. Jedoch kommt es immer häufiger zu Protesten und Widerständen gegen entsprechende Projekte (z.B. Windenergieanlagen). Die Gründe hierfür sind sehr vielfältig und können dazu führen, dass die angestrebte Transformation, hin zu einer dezentralen und auf erneuerbarer Energien basierenden Energieversorgung, ins Stocken gerät.

Der kommunale Handlungsrahmen umfasst eine Vielzahl von Akteuren, die über spezifische Kompetenzen und Ressourcen verfügen. Sie können wichtige Funktionen im Zuge des Transformationsprozesses vor Ort übernehmen. Spannend im Hinblick auf diese Potenziale ist, wie diese institutionell erfasst werden können, um daraus einen Beitrag zum Ausbau der regenerativen Energien abzuleiten. Viele Beispiele aus der Praxis zeigen, dass die Gesellschaftsform der eingetragenen Genossenschaft ein hohes Potenzial besitzt, um eine Vielzahl von Akteuren einzubinden, die gemeinschaftlich regenerative Projekte finanzieren wollen. Eine kommunale Energiegenossenschaft kann als partizipative Schnittstelle zwischen den Akteuren fungieren und zur Plattform des Ausbauprozesses vor Ort werden. Hierzu sind drei Phasen von Bedeutung, mit denen der Gründungsprozess aktiv von Seiten einer Kommune bzw. einer interkommunalen Kooperation (z.B. Region) begleitet werden kann (s. Abbildung).

Vorbereitung und Initialisierung

In einem ersten Schritt sollte durch eine politische Beschlussfassung die Gemeindeverwaltung mit der Umsetzung des vorliegenden Konzeptes beauftragt werden. Neben diesem Verwaltungsakt können bereits im Vorfeld weitere flankierende Maßnahmen von der Kommune umgesetzt werden, die die generelle Nutzung regenerativer Energien auf dem Gemeindegebiet begünstigen. Ein Solarflächenkataster enthält Informationen über die auf dem Gemeindegebiet verfügbaren Dachflächen, die sich zur Nutzung durch Photovoltaikanlagen eignen. Hierin können alle Dachflächen des Gemeindegebiets bzw. alle Dachflächen öffentlicher Gebäude hinsichtlich ihrer Eignung zur photovoltaischen Nutzung dokumentiert werden. Des Weiteren stellt die Ausweisung von Windkonzentrationszonen im Zuge der Flächennutzungsplanung ein geeignetes, formelles Instrument dar, um eine geordnete Ansiedlung von Windenergieanlagen auf dem Gemeindegebiet zu ermöglichen.

Mit Beginn der Vorbereitungen zur Gründung einer Energiegenossenschaft sollte ein Konsultationskreis eingerichtet werden, der für das Projektmanagement (Arbeits- und Zeitplanung, Kosten- und Finanzierungsrechnung) zuständig ist und den Gründungsprozess initiiert. Dieser ist als kompetentes Netzwerk zu verstehen, dessen Auftrag es ist, neben der Koordinierung der verschiedenen Akteure und der Initiierung einer kommunalen Energiegenossenschaft, den Wissenstransfer sowie die Bewusstseinsbildung im Bereich erneuerbaren Energien und Klimaschutz voranzutreiben. Federführend sollte dieser Kreis von einem Klimaschutzmanager (integrative Funktion) bzw. einer anderen verwaltungsinternen Person, die über entsprechende Kompetenzen verfügt, koordiniert werden.



Anbahnung und Gründung

In der zweiten Phase erfolgt die wirtschaftliche und rechtliche Ausgestaltung der Energiegenossenschaft. Das wirtschaftliche Konzept wird durch den Konsultationskreis in Kooperation mit einem der vielen Genossenschaftsverbände erarbeitet. Hierbei sind v.a. die zur Verfügung stehenden Standorte, also Flächen für potenzielle Anlagen (z.B. Dachflächen, Konversionsflächen) sowie das zur Verfügung stehende Geschäftskapital der Energiegenossenschaft von Bedeutung. In dieser Phase kann die Kommune insofern unterstützend wirken, als dass sie der Genossenschaft Dachflächen von öffentlichen Gebäuden zur Verfügung stellt oder bei bauordnungs- und planungsrechtlichen Fragen für potentielle Anlagen beratend zur Seite steht.

In einem weiteren Schritt wird die Satzung der Energiegenossenschaft aufgestellt, die den rechtlichen Rahmen der Genossenschaft festlegt (Name, Unternehmensgegenstand, Höhe des Geschäftsanteils etc.). Eine Beteiligung der Kommune an der Energiegenossenschaft ist zwingend erforderlich, um dem Ansatz die nötige, politische Glaubwürdigkeit zu verleihen. Hierbei sind die Vorgaben der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde zu beachten, sofern sich die Kommune in der Haushaltssicherung befindet. Mit Abschluss der zweiten Phase findet die eigentliche Gründung der kommunalen Energiegenossenschaft statt. Mögliche Gründungsmitglieder sollten Vertreter der Kommune sowie die Mitglieder des Konsultationskreises sein.

Einbindung von Multiplikatoren

Weitere Akteure, die aufgrund ihrer Kompetenzen (beratende Funktion) in dieses Netzwerk integriert werden sollten, sind die örtlichen Volks- und Raiffeisenbanken, die Sparkassen, die Stadtwerke als kommunales Versorgungsunternehmen (KVU) sowie die lokale Wirtschaftsförderung. Darüber hinaus erscheint eine frühzeitige Einbindung von Multiplikatoren (verbindende Funktion) als sinnvoll, die im weiteren Verlauf aufgrund ihrer Position in lokalen Vereinen, Verbänden oder anderen bestehenden Gruppen, Mitglieder akquirieren können. Neben der Mitgliederakquise dienen die Multiplikatoren dazu, die Transparenz des Gründungsprozesses zu erhöhen und die Identifikation der lokalen Bevölkerung mit der zu gründenden Energiegenossenschaft von Anfang an herzustellen. Dies kann durch die gemeinsame Ausarbeitung der Zielsetzung sowie durch die Erstellung eines identitätsstiftenden Leitbildes und Logos geschehen und den Wiedererkennungsgrad der Genossenschaft steigern.

Neben dieser Kompetenzbündelung ist es wichtig, dass das Projekt von Anfang an eine breite Unterstützung einer konkreten Person erhält, die eine entsprechende öffentliche Wirkung aufweist (z.B. Bürgermeister, Umweltdezernent). Mit Hilfe eines solchen Schlüsselakteurs wird, gerade zu Beginn der Vorbereitung und Initiierung der Energiegenossenschaft, für das notwendige Vertrauen in der Öffentlichkeit sowie für einen angemessenen »Rückhalt« innerhalb der Politik und Verwaltung gesorgt. Die Mitglieder des Lenkungskreises sind zugleich potenzielle Gründungsmitglieder der zu gründenden kommunalen Energiegenossenschaft.

Beteiligung vieler Bürger

Nachdem die Genossenschaft im »kleinen Kreis« gegründet wurde, gilt es nun, weitere Mitglieder zu werben, um das notwenige Kapital zur Errichtung und zum Betrieb von regenerativen Anlagen zu akquirieren. Hierbei kommt das besondere Potenzial der genossenschaftlichen Rechtsform zum tragen, das in der offenen Mitgliedschaft gesehen wird. Sie lässt eine dynamische Weiterentwicklung (Anzahl der Mitglieder und Projekte) der Unternehmung zu.

Um Mitglieder für die Energiegenossenschaft zu gewinnen, müssen diese von der Idee und Zielsetzung überzeugt werden. Dazu ist eine gezielte und breitenwirksame Marketing- und Kommunikationsstrategie erforderlich, die die Vision und den Leitgedanken der Energiegenossenschaft angemessen darstellt. Die Vermarktung der Geschäftsanteile setzt darüber hinaus eine aussagekräftige Öffentlichkeitsarbeit voraus. Im Zuge dessen kann eine Informationsveranstaltung durchgeführt werden, auf der die Bürger von der Idee der Energiegenossenschaft überzeugt werden. An dieser Stelle wird nochmals die Bedeutung einer auf lokaler Ebene bekannten Persönlichkeit deutlich, die für die Idee der Energiegenossenschaft öffentlichkeitswirksam wirbt.

Konnten für die Energiegenossenschaft ausreichend viele Mitglieder gewonnen bzw. finanzielle Mittel in hinreichender Höhe akquiriert werden, kann mit der konkreten Ausarbeitung und Umsetzung von Projekten begonnen werden. Das erste Projekt, das von der Energiegenossenschaft durchgeführt wird, ist entscheidend für die öffentliche Wahrnehmung der Genossenschaft. Deshalb kann es sinnvoll sein, zunächst eine vielleicht kleine, jedoch öffentlich gut wahrnehmbare Anlage zu errichten und zu betreiben.

Impulse setzen

Durch die Initiierung einer kommunalen Energiegenossenschaft wird ein partizipatives Instrument geschaffen, mit dem sich der lokale Ausbau der erneuerbaren Energien dynamisch vorantreiben lässt. Darüber hinaus sind mit diesem Ansatz zwei entscheidende Vorteile verbunden:

Zum einen kann die lokale Bevölkerung an dem Transformationsprozess, hin zu einer dezentralen und auf erneuerbaren Energien beruhenden Energieversorgung, beteiligt werden. Dadurch wird die Akzeptanz gegenüber der Anwendung entsprechender Technologien vor Ort erhöht. Zum anderen kann Kapital eingebunden werden, was positive regional- und kommunalwirtschaftliche Effekte erwarten lässt. Dazu bietet die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft, mit ihren auf der Kooperation und Demokratie beruhenden Grundfesten, einen hervorragenden Spielraum. Es liegt deshalb in der Verantwortung der lokalen Politik Möglichkeiten zu denken, Prozesse zu gestalten und Impulse zu setzen.●

Anzeige

DER RABE RALF
Umweltabhängiges Monatsblatt aus Berlin
Unkonventionelles & Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene - von Naturschutz bis "Anders Leben" - dazu Tips, Termine & Adressen
Kostenlos an vielen Auslageorten wie Bibliotheken, Naturwaren- und Umweltläden oder für halbjährlich 10 € per Unterstützungsabo ins Haus.
Kostenlose Probenummer bei: DER RABE RALF, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, ☎ 030/443391-47

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

FACHTAGUNG »ENERGIEWENDE JETZT«

Kuscheln unterm Sonnenschirm

Erfolgsmodelle der Zusammenarbeit von Energiegenossenschaften und Stadtwerken

Energiewende durch Kooperation: »Wie Genossenschaften, Kommunen und Stadtwerke erfolgreich zusammenarbeiten« lautete der Titel der 2. Fachtagung »Energiewende jetzt«, die am 29. Oktober 2011 in Kaiserslautern stattfand. Etwa 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer informierten sich. Sie diskutierten ausführlich über die Möglichkeiten, wie Energiegenossenschaften ihre wirtschaftlichen und sozialökologischen Ziele durch Kooperation besser umsetzen können. Vieles steckt hier noch in den »Kinderschuhen«. Insofern war die Veranstaltung ein erster guter Einstieg ins Thema mit lehrreichen Beispielen, ohne bereits fertige Handlungshilfen an die Hand geben zu können.

Von Burghard Flieger/ Red, Genossenschaften ● Bürger, Kommunen und Stadtwerke spielen eine Schlüsselrolle bei der Energiewende in der Region. Gemeinsam ist den Akteuren vor Ort das Ziel, die Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Auf der Fachtagung »Energiewende durch Kooperation« am 29. Oktober 2011 in Kaiserslautern wurden verschiedene Kooperationsformen zwischen Stadtwerken und Energiegenossenschaften vorgestellt und genau beleuchtet. Im Mittelpunkt standen Fragen wie: Wann lohnt sich die Zusammenarbeit? Was sind die Voraussetzungen erfolgreicher Kooperation? Wie lassen sich langfristig positive Wirkungen sicherstellen?

Positive Gegensätze beim Input

Der Einstieg durch zwei Referenten im Plenum verdeutlichte bereits das breite Spektrum möglicher Ansätze. Michael Sladek, praktizierender Arzt und Vorstandsmitglied der Netzkauf eG steht für *das* Vorzeigemodell in diesem Sektor. Die Netzkauf eG ist Trägerorganisation der EWS Schönau, der Elektrizitätswerke Schönau. Hier haben Bürger tatsächlich ihr eigenes Stadtwerk erfolgreich gegründet und genossenschaftlich organisiert, ein bisher einmaliger Vorgang in Deutschland. Die daran anknüpfenden Aktivitäten der EWS sind beeindruckend:

- Sie gehört heute zu den vier erfolgreichsten bundesweit agierenden selbständigen Ökostromanbietern;
- Sie unterstützt Betreiber – Bürger – kleiner, dezentraler regenerativer Energieanlagen mit ihrem »Ökostrompfennig«;
- Sie hilft kleinen Gemeinden, vor allem in Baden-Württemberg, bei der Rekommunalisierung verbunden mit Bürgerbeteiligung, aktuell die Gemeinde Titisee Neustadt;
- Sie engagiert sich insbesondere durch Michael Sladek als Aufsichtsratsvorsitzender der Genossenschaft Energie in Bürgerhand eG für Bürgerbeteiligungen an Stadtwerken und bei Rekommunalisierungsprozessen.

Gegenpol dazu ist Wolfgang Bühring, Geschäftsführer der Stadtwerke Speyer GmbH und Vorsitzender des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU) Landesgruppe Rheinland-Pfalz. Er hat die Stadtwerke Speyer zu einem innovativen, umweltverantwortlichen Vorzeigestadtwerk entwickelt. Dafür wurde es aktuell mit dem Solarpreis von »Eurosolar« ausgezeichnet. Die Stadtwerke Speyer verstehen sich heute als Energiedienstleistungsunternehmen bzw. Energiesystemanbieter. Das kommunale Unternehmen kann als sehr offenes Stadtwerk gesehen werden, das die Energiewende von oben nach unten steuert. Bisher wird Bürgerbeteiligung nicht als aktive Strategie betrieben. Bühring signalisiert aber, wenn eine Energiegenossenschaft auf ihn zukommt, würde er eine Zusammenarbeit gerne umsetzen. In diesem Sinne lässt sich lernen, aktiv an Stadtwerke heranzutreten, die sich ökologisch verantwortlich positionieren, um mit diesen verstärkt das Thema Bürgerbeteiligung zu verwirklichen.

Dienstleistung für Solarkraftwerke

Ein ähnlich breites Möglichkeitsspektrum wie die beiden Hauptvorträge verdeutlichten auch die Arbeitsgruppen. Die Stadtwerke Trier (SWT), haben die RWE als Minderheitsbeteiligung im Unternehmen. Bei der Weiterentwicklung in Richtung eigenständiger regenerativer Stromerzeugung sind sie dennoch vorbildhaft. Dafür steht der Beschluss in regenerative Energien 60 Mio. Euro zu investieren und damit 50% des Strombedarfs abzudecken. Vier Bürgerkraftwerke wurden bereits auf den Weg gebracht. Dennoch werden Energiegenossenschaften nicht wie vielerorts von Stadtwerken als Konkurrent angesehen. Im Gegenteil, deren Entwicklung wird tatkräftig unterstützt. Dies gilt beispielsweise für die vom Verein Lokale Agenda 21 Trier e.V. initiierte »Trierer Energiegenossenschaft der Lokalen Agenda 21 eG« (TRENEG). Der Technische Leiter der Stadtwerke ist mit im Vorstand, die Stadtwerke zeichneten 30 Anteile und vor allem: Sie stellen umfangreiche kostenlose Hintergrundsarbeiten für die Genossenschaft zur Verfügung, bis diese wirtschaftlich auf gesunden Füßen steht.

Dazu gehört ein kostenloser Flyer, das Erstellen der Ertragsprognosen für die Anlagen, Dachakquisition, Dachprüfung, Ausschreibung für die Installation bis hin zum Monitoring der Anlagen. Ebenfalls eng kooperiert wird mit einer weiteren Energiegenossenschaft aus der Region, der »Südeifel Strom eG«. Hier werden ähnliche Unterstützungsleistungen zur Verfügung gestellt. Auch zu einer dritten Genossenschaft, der »eegon – die Eifel Energiegenossenschaft«, besteht ein positives Verhältnis. Das Motto der Stadtwerke: Ausreichend Anfangsunterstützung für die genossenschaftliche Bürgerbeteiligung zur Verfügung stellen, um »ein zartes Pflänzchen zum Baum werden zu lassen.« Energiegenossenschaften mit solchen Stadtwerken als Partner schaffen es erheblich schneller zu einem attraktiven Ansprechpartner für die Energiewende in der Region zu werden, und das Stadtwerk demonstriert Bürgernähe.

Vertragspartner für Ökostrom

Das »Bioenergiedorf Oberrosphe«, ebenfalls eine Genossenschaft, ist schon seit langem Vorzeigemodell in Hessen als Beispiel für eine eigenständige lokale Energieversorgung. Im Mittelpunkt steht ein Hackschnitzelwerk mit Wärmelieferung an 55% der Haushalte. In der Gemeinde leben 850 Menschen. Auch eine Solaranlage wird betrieben.

Wie durch Zusammenarbeit mit einem Stadtwerk das Modell einer erfolgreichen Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft gegangen werden kann, zeigt eine Vereinbarung mit dem Stadtwerk Marburg. Die Mitglieder der Genossenschaft wollten, dass ihr Strom Grün und nicht Grau ist. Das Angebot der Stadtwerke Marburg überzeugte. Ein guter Preis für Grünen Strom zusammen mit Serviceleistungen der Stadtwerke war ausschlaggebend. Geregelt ist dies in einem Pool-Rahmenvertrag mit günstigen Konditionen für die Genossenschaft. Die Rahmenvereinbarung sieht vor, dass jeder einzelne Stromkunde seinen Bezug bei den Stadtwerken vertraglich festlegt. Dabei profitiert er automatisch von den vereinbarten Preisen. Stadtwerke Geschäftsführer Norbert Schüren sieht die Zusammenarbeit mit Oberrosphe als Meilenstein.

EUROSOLAR e.V.

von rechts nach links: Dr. Axel Berg, Vorsitzender EUROSOLAR-Deutschland; Dr. Simone Peter, Umweltministerin des Saarlandes; Andreas Seiverth, Bundesgeschäftsführer der DEAE e.V.; Dietmar Freiherr von Blittersdorff, Evangelische Kirche der Pfalz; Roland Horne, Leiter der Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz; Dr. Burghard Flieger, innova eG; Bernward Janzing, Moderator; Jo Leinen, MdEP; Gerd Kiefer, Leiter der Evangelischen Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft.

Das Projekt »Energiewende jetzt – Projektentwickler/-innen für Energiegenossenschaften« hat am Samstag den 5. November in Saarbrücken den Deutschen Solarpreis 2011 in der Kategorie Bildung und Ausbildung erhalten. »Die Weiterbildung verknüpft den genossenschaftlichen Gedanken mit bürgerschaftlichem Engagement und einer regionalen Energieerzeugung aus regenerativen Energien auf vorbildliche Weise«, heißt es in der Würdigung von EUROSOLAR.

Die nächste Qualifizierung zum/r Projektentwickler/in Energiegenossenschaften findet in Bayern statt. 1. Präsenzphase: 12.-14. März 2012, Evangelisches Bildungszentrum Bad Alexandersbad, 2. Präsenzphase: 21.-24. Mai 2012, Katholische Landvolkshochschule Feuerstein, 3. Präsenzphase: 16.-18. Juli 2012, Evangelisches Bildungszentrum Bad Alexandersbad. Der Kurs ist eine ökumenische Kooperation und wird von den Bildungsträgern KLVHS Feuerstein und dem Evang. Bildungs- und Tagungszentrum in Bad Alexandersbad durchgeführt. Vormerkungen sind bereits jetzt unter info@energiegenossenschaften-gruenden.de möglich. Aktuelles finden Sie immer unter

www.energiegenossenschaften-gruenden.de

Bürger als Stadtwerke-Eigentümer

In der dritten Arbeitsgruppe ging es um den zurzeit wohl innovativsten Ansatz der Bürgerbeteiligung an einem Stadtwerk mittels einer Energiegenossenschaft. Im Mittelpunkt stand die Bürgerenergiegenossenschaft Wolfhagen. Dort beschlossen am 15.09. die Stadtverordneten mit den Stimmen von SPD und CDU das Konzept, das den Weg zur Beteiligung ebnen soll. Die lokale Genossenschaft wird in Form einer Stammkapitalerhöhung auf 1,33 Mio. Euro zu 25% an den Stadtwerken beteiligt. Mitglieder der Genossenschaft können nur Kunden der Stadtwerke werden. Die Stammkapitalerhöhung bietet den Stadtwerken die Möglichkeit, verstärkt in den Bereich regenerativer Energie zu investieren, u.a. in die Errichtung eines Windparks vor Ort.

Die Gewinnausschüttungen der Genossenschaft werden aber auf 6% begrenzt. Höhere Gewinne fließen in einen Energiesparfond, den die Genossenschaft verwaltet. Damit wird auch der Weg von einer reinen Beteiligungsgenossenschaft in Richtung eines zukunftsweisenden Förderauftrags gegangen: Unterstütztes Energiesparen als besonderer Mitgliedernutzen. Die Vorteile für die Bürger sind nicht nur Dividende, sondern auch Mitsprache im Aufsichtsrat bei Preiserhöhungen, Vetorechte beim Verkauf von Stadtwerksanteilen und die Mitsprache über die Energieeffizienzmaßnahmen durch einen Energiebeirat. Die Stadt positioniert sich durch die Beteiligung eindeutig in Richtung bürgernahe Kommune und verbessert die Standortbedingungen über eine Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Potentiale des kommunalen Stadtwerks. Für die Stadtwerke selbst ergeben sich verbesserte Investitionsmöglichkeiten, Kundenbindung und größere Attraktivität für Neukunden, ein vorbildhaftes Win-Win-Modell, wie es seit längerem in der PR- und Coaching-Sprache heißt.●

BUCHBESPRECHUNG

Demokratie und Dezentralität

Die »Dritte industrielle Revolution« kommt aus der Energiewirtschaft

Jeremy Rifkin kennt sich für einen Amerikaner vergleichsweise gut in Deutschland aus. In seiner neuen Veröffentlichung schließt er eng an die aktuellen Entwicklungen in der Bundesrepublik an. Er ist überzeugt, dass »das Zusammentreffen von Internettechnologie und erneuerbaren Energien zu einer Umstrukturierung der zwischenmenschlichen Beziehungen von vertikal zu lateral« führen und damit zur »Dritten Industriellen Revolution«.

Von Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Dezentrale Energieerzeugung und dezentrale Kommunikation werden nach Einschätzung von Jeremy Rifkin das Öl- und Atomzeitalter beenden. Dies ist geprägt von riesigen Konzernen, von mächtigen Lobbys, von Hierarchien, von Befehlsketten. Viele, die sich im Bereich der Solidarischen Ökonomie, den neuen Energiegenossenschaften und einer Wirtschaft des Commons engagieren, glauben dies ebenfalls, sind schon lange in dieser Richtung aktiv. Vielleicht gibt Rifkin als jemand, der in Politikkreisen gehört wird, diesen Ansätzen mehr Nachdruck?

Für Rifkin steht die zukünftige Energiewirtschaft auf fünf »Säulen«: »der Umstieg auf erneuerbare Energien; die Umwandlung des Baubestands in Mikrokraftwerke, die die erneuerbaren Energien vor Ort erzeugen; der Einsatz von Wasserstoff- und anderen Energiespeichern in allen Gebäuden sowie an den Knotenpunkten dieser Infrastruktur zur Speicherung von unregelmäßiger Energie; die Nutzung der Internettechnologie, um das Stromnetz auf jedem Kontinent in ein Energy-Sharing-Netz (Intergrid) zu verwandeln; die Umstellung der Transportflotten auf Steckdosen- und Brennstoffzellenfahrzeuge, die Strom über ein intelligentes und interaktives kontinentales Stromnetz kaufen und verkaufen können«.

Widerstände gegen Machtwandel

Zudem wird die Energiewende in Deutschland zu erheblich mehr Partizipation führen. Rifkin spricht von der »Demokratisierung von Energieerzeugung und -Verteilung« und von Millionen »Mini-Energieunternehmern«. Da Deutschland eine Tradition der städtischen Selbstverwaltung und des föderativen Aufbaus habe, sei dieses »dezentrale, kooperative Konzept« genau das Richtige. Die Märkte allein werden nicht dafür sorgen, dass alle Häuser zu Mikrokraftwerken umgebaut werden. Nur eine »umfassenden Partnerschaft« zwischen »Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft« kann dies bewirken.

Was Rifkin vorlegt, ist an die große Politik gerichtet. Der Autor nimmt das gesamte Weltgeschehen in den Blick. Seine Konzentration auf Machtmenschen wie Merkel, Barroso, Cameron etc., aber auch auf die Vorstände der Großkonzerne, stößt ebenso wie sein professoraler, besserwissericher Stil vermutlich viele ab. Auch nimmt er, von Dezentralität schreibend, die vielen kleinen Bürgeransätze und Genossenschaften nicht wahr, sondern kommuniziert nur mit den Großen dieser Welt. Er spricht aber deutlich an, was viele der im Energiesektor Aktiven schon lange denken. Vielleicht lässt sich damit in der Politik etwas erreichen? Der Weg zur Veränderung im Energiesektor ist allerdings eine Machtfrage. Jeremy Rifkin rechnete mit dem Widerstand derer, die ihre Macht verlieren sollen und die vorläufig noch sehr mächtig sind. Schön, dass einer diese banale Tatsache mal wieder offen ausspricht.●

Jeremy Rifkin: Die dritte industrielle Revolution. Die Zukunft der Wirtschaft nach dem Atomzeitalter, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2011, 304 S., 24,99 Euro.

Ausweg Grundeinkommen?

Der am weitestgehende Vorschlag weg von der Erwerbsarbeits- hin zur Tätigkeitsgesellschaft wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen, das jedem Mitglied der Gesellschaft ein Existenzminimum, unabhängig von Erwerbsarbeit, ermöglicht. Mehr noch als die Finanzierbarkeit sind es Akzeptanzprobleme, die dieses Modell derzeit freilich als politisch unrealistisch erscheinen lassen. Grundeinkommen wird dann als ungerecht empfunden, wenn es »als Brechung der Verpflichtung zu arbeiten« gedeutet wird, so das Ergebnis einer Untersuchung »Grundeinkommen und Werteorientierungen« von Michael Opielka und anderen. Ungerecht ist demnach »die Alimentierung von Menschen, die dieser nicht bedürfen« (S. 140). Wenn jedoch die gegenwärtige Arbeitsgesellschaft und der Sozialstaat als ungerecht wahrgenommen werden, erscheine hingegen »die Befreiung von Repression (im Arbeitslebenund als Bedürftigkeitsprüfung) und ermöglichte wirtschaftliche Inklusion als gerecht« (ebd.)

Am besten korrespondiere das Grundeinkommen mit Deutungen, »die vom Normativ der Erwerbsarbeitsgesellschaft Abschied nehmen und für alternative Formen von Arbeit eintreten«, so die Autoren. Dagegen könnten Deutungen, die ausschließlich auf Erwerbsarbeit fokussieren, Grundeinkommen nicht als Institution der Einkommensverteilung akzeptieren. (S. 132) »Da die Idee des Grundeinkommens die Angst der Bevölkerung nur durch Freiheit, der Freiheit vom Zwang zur Arbeit, ersetzt dem Sozialstaat insgesamt aber weniger Handlungsspielraum lässt, ist kaum zu erwarten, dass sich eine Mehrheit der Bevölkerung für ein Grundeinkommen aussprechen würde«, so daas Resümee der Studie (S. 70).●

H.H.

Aus: Pro ZUKUNFT, 2011/2

Grundeinkommen und Werteorientierungen. Eine empirische Analyse. Michael Opielka ... (Mitarb.). VS-Verlag, Wiesbaden, 2009. 166 S., 24,80 EUR

Lieber(tärer) Historikerstreit

Eine ziemlich peinliche Auseinandersetzung über den akademischen Stellenwert von Helge Döhring's Buch über die anarchistische Antifa Schwarze Scharen – anarcho-syndikalistische Arbeiterwehr (1929-1933).

Familienstreitigkeiten scheinen dem Gebilde und dessen Verflechtungen nach inhärent. Vor allem dieses »Blut ist dicker als Wasser«, macht es nicht einfacher, in einer nicht homogenen Gruppe wie etwa den AnarchistInnen ein einheitliches Meinungsbild zu schaffen. Und wer kennt nicht diese Auswüchse von Familienfesten, wo nach einigem Alkoholgenuss das Ganze dann schon mal in eine Schlägerei mündet – aber...

Ähnlich muss wohl jetzt das neue Buch von Helge Döhring eingeordnet werden. Döhring selbst verortet sich in der Forschung – speziell zum Thema Anarcho-Syndikalismus – und hat hierzu bereits mehrere Texte vorgelegt. Eng mit ihm verbunden ist auch das »Institut für Syndikalismusforschung« in Bremen.

In einer Rezension von Dieter Nelles in der Graswurzelrevolution (GWR) vom Oktober 2011 über das Scharze Scharen-Buch wirft dieser Helge Döhring vor, seine angeblichen Forschungsergebnisse zu den Schwarzen Scharen nicht selbst recherchiert, sondern von anderen (Forschern und Ex-Beteiligten) erhalten und verwendet zu haben. Wie das dann eben so ist: Döhring streitet alles ab (Leserbrief in der November-GWR incl. einer Erwiderung von Nelles), und schon meldet sich auch im Internet das mit ins Spiel gebrachte DadA-Web (www.dadaweb.de) und die zur Verteidigung ihres Genossen beispringenden Rüpel von Syndikalismus.tk **(1)** – wo wirklich immer, wenn die leiseste Kritik am Syndikalismus irgendwo auftaucht, eine Truppe bereitsteht, die kulturlos mit den unflätigsten Worten bereit ist, jene KritikerInen in Grund und Boden zu verdammen.

Wie auch immer: es ist nicht nur peinlich – selbst wenn Nelles recht haben sollte – wie sich Anarchisten (Frauen sind hier wirklich sehr selten am Werk) gegenseitig der akademischen Haarspaltereien hingeben und versuchen, sich gegenseitig die Margarine vom Brot zu nehmen.

Der Inhalt selbst bleibt auch auf der Strecke – wie in diesem kleinen Bericht.

Die Schwarzen Scharen waren am Vorabend von Hitlers Machtübernahme, neben den kommunistischen Organisationen, die einzige antifaschistische Organisation innerhalb der libertären Bewegung, die sich aktiv als Gegenpol zu den SA-Schlägern der NSDAP versuchten zu engagieren. Das Buch von Döhring – und selbst die akademische Fachliteratur ist hier nicht breit aufgestellt – ist somit ein wichtiger Beitrag zu unserer Geschichte, und zu dem immer dargestellten Bild, dass AnarchistInnen der Weimarer Republik den Nazis kampflos das Feld überlassen hätten.

Mir als Leser und Geschichtsinteressierten ist es relativ wurscht, woher Döhring nun seine Informationen hat. Er liefert das wohl bisher umfangreichste Buch zu diesem Thema und das sollte hier in erster Linie zählen. Und somit wünsche ich dem Buch mehr Aufmerksamkeit, als jenem im Moment tobenden Streit unter den Historikern.●

knobi

http://syndikalismus.wordpress.com/2011/11/03/gegendarstellung-zu-falschen-behauptungen-in-der-%E2%80%9Egraswurzelrevolution%E2%80%9C/)

Trotzdem kaufen und lesen:
Helge Döhring: Schwarze Scharen – anarcho-syndikalistische Arbeiterwehr (1929-1933). Edition AV Verlag, Lich 2011, mit Abb., 183 S., 14,90 EUR

Social Media

»Das Web 2.0 eröffnet vielfältige Möglichkeiten, gesellschaftspolitische Anliegen zu thematisieren.« So beginnt der Klappentext des Buches **Soziale Bewegungen und Social Media**. Das *Handbuch* legt vor, wie dies funktionieren kann: es beschreibt den Einsatz von Social Media anhand unzähliger Fallbeispiele, legt Bedienungsanleitungen bereit und wagt auch einen kleinen Blick in die Zukunft.

Das 392 Seiten starke, aufwendig gestaltete Buch ist in Wahrheit ein mutiger Versuch: Verlage haben es normalerweise nicht so gerne, wenn das komplette Buch schon vorab online zu lesen ist. Bei »sbs« fand hingegen die ganze Arbeit im WorldWideWeb statt: Artikel wurden in einem Wiki gestellt, einige Berichte schon vorab gebloggt – stets unter der Creative Commons Lizenz. Dafür muss man dem ÖGB Verlag ganz einfach ein großes Lob aussprechen: durch diese offene Entwicklung zeigt sich zumindest nun schon an den Reaktionen, dass die Idee voll aufgegangen ist.

Lobenswert ist auch die Dramaturgie des Buches: schon das erste Fallbeispiel (über den annalist-Blog) überrascht, schreckt auf und erklärt, warum der Weg ins Web 2.0 oft nicht in erster Linie ein geplanter, jedoch in vielerlei Hinsicht ein sehr sinnvoller ist. Anna Roth wird in ihrem Autorinnenportrait als Kollateralschaden einer Terrorismus-Ermittlung beschrieben: Als ihr Freund, der Soziologe Andrej Holm 2007 verhaftet wurde, begann sie in ihrem Blog zu portraitieren, wie es ist, erwacht zu werden. Einerseits nutzte sie das Medium dazu, über den aktuellen Stand des Verfahrens rund um ihren Freund zu berichten, andererseits war sie zudem schnell eine Anlaufstelle für Menschen, denen ähnliche Schicksale passiert sind. Sie schaffte dadurch einen Gegenpol zu den klassischen Medien, die unkritisch von einem Erfolg der Ermittlungen zu schreiben wussten.●

Dominik Leitner, neuwal.com

Hans Christian Voigt, Thomas Kreiml, Hrsg: Soziale Bewegungen und Social Media. Handbuch für den Einsatz von Web 2.0, ÖGB Verlag, Wien, 2011, Softcover, 396 Seiten, ISBN: 978-3-7035-1462-3

Vom Aussteigen und Ankommen

Ein Wirtschaftschaftsredakteur der FAZ macht sich auf, alternative Lebensformen kennen zu lernen. Er sucht Menschen, die – aus seiner Sicht – ausgestiegen sind. Und er findet allerhand: Ein Leben ohne Geld, Selbstversorger, ein Ökodorf, altemative Währungen und Tauschwirtschaft, spirituelle Gemeinschaften und vieles mehr.

Jan Grossarth nimmt den Leser mit auf eine Reise durchs Kuriositätenkabinett der Unangepassten. Was sie alle eint, ist der Wunsch nach dem einfachen Leben. Manchmal kommt gelebte Gesellschaftskritik hinzu, am Kapitalismus oder am Lebenswandel der Stadtbürger, die als satt und entfremdet wahrgenommen werden. Immer aber bedeutet der Ausstieg die Hoffnung, man selbst zu werden und – sich von Zwängen zu befreien.

Auch wenn Grossarth mit den meisten Aussteigern mehrere Tage verbringt, gut kennen lernt der Leser sie nicht. Denn bei 13 Lebensentwürfen auf gut 300 Seiten bleibt nicht viel Platz für komplexe Betrachtungen. Im Schnelldurchlauf erfährt der Leser von Siedlern in der Uckermark, trifft auf Schwestern und Brüder eines Klosters in Köln, besucht ein mittelalterliches Gehöft, lernt einen Blaubeer-Bauern kennen und landet bei einem ausgestiegenen Banker im Alpendorf. Fundamental Neues begegnet einem dabei nicht. Im besten Fall fühlt man sich von der kurzweiligen Lektüre gut unterhalten, weil sie den eigenen Voyeurismus bedient. Schließlich gibt es Merkwürdiges zu bestaunen: unterirdische Tempel, Menschen, die auf Bäumen leben, Hühner, die mit menschlichen Exkrementen gefüttert werden und Mahlzeiten aus dem Müllcontainer.

Der Autor findet diese Lebensentwürfe fremd und interessant, bisweilen auch amüsant oder verrückt. Vorsichtshalber hat er sich zum Lesen Foucault eingepackt, dessen Lektüre ihn stets aufs Neue ermutigt, mit den Wahnsinnigen zu kommunizieren. Offensichtlich ist Grossarth vor seiner Reise vom Ärgsten ausgegangen, denn sein Fazit lautet ganz ernsthaft: »Es war gar nicht so schlimm«. Das gilt auch für sein Buch. Es beschreibt genau das, was es ankündigt: »Besuche bei Menschen, die ein einfaches Leben wagen«. Nicht weniger; aber leider auch nicht mehr.●

Christiane Naumann

Aus: Der Rabe Ralf, Juni/Juli 2011

Jan Grossarth: Vom Aussteigen und Ankommen. Besuche bei Menschen, die ein einfaches Leben wagen. Riemann-Verlag, München 2011, 316 S., 18,95 EUR

Ermutigungen für den aufrechten Gang im Betrieb

Er hat die taz mitgegründet, war bis 1989 zehn Jahre lang Redakteur für alle Themen, die sich aus dem Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit immer wieder aufs neue ergeben. Mehrere Jahre hat er bis 2007 die ver.di-Mitgliederzeitung »ver.di PUBLIK« als Chefredakteur vorangebracht. Martin Kempe gibt in seinem neuen Buch denen eine Stimme, die im medialen Grundrauschen von Börsenkursen, Standortlogik und Exportweltmeisterschaft kaum vorkommen: So basieren von den 2010 neu geschaffenen Stellen bundesweit über 60% auf Leiharbeit, Minijobs und anderen unsicheren Arbeitsverhältnissen.

Mittlerweile sind ein Viertel aller Beschäftigten prekär beschäftigt. Neben Lohndumping sind deutsche UnternehmerInnen recht erfolgreich dabei, gewerkschaftliche Organisierung und BetriebsrätInnen zu be-, bzw. möglichst zu verhindern. Deutschland ist das Land der Eurozone, in dem am wenigsten gestreikt wird und die Lohnquote seit zehn Jahren sinkt. Dennoch sind die Beschäftigten nicht ohnmächtig in der zunehmend feindlicher werdenden Arbeitswelt, nicht alle halten den Betriebsfrieden für ein höheres Gut als die eigene Lohntüte. Martin Kempe lässt Menschen zu Wort kommen, die ihre Interessen offensiv vertreten möchten, die Kraft zur Gegenwehr entwickeln. Genau beobachtent schildert er, wie Beschäftigte beim Drogeriekonzern Schlecker oder in den Call Centern Ostdeutschlands sich trotz ihres mühsamen Arbeitsalltags wehren. Prekär geht es auch dort zu, wo es von außen nicht so aussieht – in einer Universitätsklinik oder bei bei einem Zulieferkonzern für die Autoindustrie. Kempes Buch ist wie eine Taschenlampe, die in die Schattenseite der unsozialen Marktwirtschaft hineinleuchtet. Und in den Kampf um Würde, den es dort auch gibt.●

Gaston Kirsche

Martin Kempe: Ermutigungen für den aufrechten Gang im Betrieb, Westfälisches Dampfboot, Münster 2010, 169 Seiten, 14,90 EUR

Schwarzbuch Esoterik

Die späten achtziger und die neunziger Jahre waren die große Zeit der »Sekten«- und Esoterikkritik. Sodann ist es ruhiger um das Thema geworden. Einerseits schien der Buchmarkt vorerst gesättigt, andererseits etablierte sich die Esoterik in einem Ausmaß in der Gesellschaft, das alle Kritiker als Ewiggestrige erscheinen ließ. Nur: Die Problemfelder, die mit der Aufnahme moderner Esoterik verknüpft sind, blieben bestehen.

Daher ist es erfreulich, wenn wieder ein umfassendes, gut lesbares kritisches Buch zur Esoterik erscheint. Die Autorin geht auf die Wurzeln des Esoterikbooms und seine Gründe ein und arbeitet aus heutiger Sicht Prozesse und Trends auf, die vor Jahren noch Schlagzeilen lieferten. Zu einer gelungenen Zusammenfassung vielleicht bekannter Fakten gesellen sich neue Entwicklungen, neue Namen, neue Schatten, die sich hinter so manchen Versprechungen von Licht und Liebe verbergen. Caberta geht auch auf den gewandelten Sektenbegriff ein, nimmt einen problematischen Heilermarkt unter die Lupe und verschweigt auch fanatische, an magische Weltbilder appellierende Strömungen im Christentum nicht.

Interessant auch ihre Ausführungen zur Theorie und Praxis der esoterischen Kindererziehung und der damit verbundenen Problematik des Lebens in Parallelwelten. Die große Sorge der Autorin: So manche Strömungen der Esoterik fördern autoritäre Geisteshaltungen und bedrohen so – zumindest indirekt – die Demokratie. Tatsächlich fördern gerade esoterisch verbrämte Weltverschwörungstheorien einen politischen Irrationalismus.

Fazit: Das Buch bietet einen verständlichen Überblick moderner esoterischer Strömungen und ihrer Schattenseiten.●

Roman Schweidlenka

Ursula Caberta: Schwarzbuch Esoterik, Gütersloher Verlagshaus, 2011, 17,99 EUR

Wie ich lernte, den Weltuntergang zu lieben

Bekanntlich fürchtet ein Teil der Menschheit, dass zur Wintersonnenwende 2012 der Weltuntergang stattfindet. Angeblich sagt uns dies der Kalender der Mayaindianer. Diese Weltuntergangsstimmung speist sich aus vielen okkulten Quellen, die dem modernen Menschen meist unbekannt sind.

Esoterische Spekulationen verleihen dem Ende der Welt eine geradezu mystische Weihe. Dazu kommt, wie der Autor aufzeigt, eine lange europäische und amerikanische Tradition der Weltuntergänge, die immer wieder ausgerufen wurden und nie eingetreten sind. Der Leser erfährt Interessantes über die großen Propheten endzeitlicher Szenarien, wie Nostradamus und den bayerischen Mühlhiasl. Das Bedenkliche: Oft wurde mit der Ausrufung des kommenden Weltuntergangs das Bild eines strafenden Gottes verbreitet, der nichts anderes im Sinn hat, als die vom Glauben – heute: von der spirituellen Wahrheit – abgefallenen Schäfchen zu züchtigen. Weltuntergang und Reaktion als unheiliges Brüderpaar. Komplexe und Aggressionen der nekrophilen, Angst verbreitenden Hasspredigerwerden deutlich. Dazu geht der Autor, Chefreporter für das Skeptiker-Magazin, allerlei astrologischem Wunschdenken nach, das sich in das Weltuntergangsorchester mischt.

Durchaus ein Buch, das zur Besinnung aufrufen kann, sich nicht in dunkle Paranoia hinein zu steigern. (Es genügt ja die nächste Bankenkrise.) Auch das prognostizierte Auftreten von Außerirdischen zur Zeit des Weltenendes sollte gelassen betrachtet werden.●

Roman Schweidlenka

Bernd Harder: 2012 oder wie ich lernte, den Weltuntergang zu lieben; Leitfaden für Endzeit-Liebhaber, Herder Verlag, 2011, 14,95 EUR

Der Ritt auf der Katze

Michael Benaglio reitet wieder. Nach den Niederungen neoliberaler Bornierthei (remember »Das Skelett«) durchstreift er nun auf traumwandlerischen Pfaden den ganzen Erdball. Also fast den ganzen. Auf seinen literarischen Spuren hinterlässt er uns ein paar Eindrücke von den dies- und jenseitigen Welten, in die es ihn da verschlagen hat.

Gleich zu Beginn begegnet uns Isabella die Schöne, um sogleich wieder zu verschwinden. Dafür taucht in Emain Ablach Bob Dylan auf – nicht der leibhaftige, aber der ist sowieso schwer zu fassen. Auf dem Weiterflug – sprich -ritt – sind es dann diverse Fabelwesen, die da auf- und untertauchen. Sie sind der keltischen Mythenwelt entsprungen, aber auch der ägyptischen – und mittendrin finden wir uns selber wieder. In diesem Fall tatsächlich leibhaftig. Wie? Das sollte der Leser oder die Leserin wohl am besten selbst in Erfahrung bringen. Auf einem fantastischen Leseritt durch Benaglios literarisches Universum.●

Eduard Gugenberger

Michael Benaglio: Der Ritt auf der Katze. Edition Sonne & Mond, Wien 2011
Für 15 EUR bestellen bei: info@sonneundmond.at

Natürlich Obst

In ihrem neuen Buch »Natürlich Obst« haben der aus Funk und Fernsehen bekannte Bio-Obstbauer Eckhart Brandt und seine Frau Judith Bernhard Wissenswertes über die Sorten, den Anbau und die Lagerung von norddeutschem Obst zusammengetragen und stellen traditionelle sowie moderne Rezepte zu dessen Verarbeitung vor.

Wie in ihren vorherigen Büchern wollen sie damit einen Beitrag leisten, die alten Sorten als Teil unseres kulturellen Erbes wieder ins Bewusstsein zu rücken. Diese wurden über Jahrhunderte herangezogen und sind dem Klima und Boden ihrer Region besonders gut angepasst und stellen damit ein erhaltenswertes genetisches Potential dar. Neben dem Lieblingsthema der beiden Obstaktivisten, den alten Apfelsorten, bekommen in ihrem neuen Buch auch die anderen Obstsorten wie Kirschen, Quitten, Birnen oder Wildbeeren einen gebührenden Platz. Illustriert ist das Ganze mit tollen Bildern, die zum Selbstanbau und noch viel mehr zum reinbeißen anregen und belegen, dass der Garten Eden wohl ein norddeutscher Obstgarten gewesen sein muss.●

Uwe Ciesla

Eckhart Brandt, Judith Bernhard: »Natürlich Obst«. Verlag Wachholtz, 144 Seiten, 16,80 EUR

Anzeige

PROJEKTE

Südeifel – Landleben im Dorf
Frauengemeinschaft in Gründung hat Platz, Gast oder ganz? Einfach subsistent leben, Garten, Handwerk, Vernetzung, Jahreskreis.
☎(0 65 22) 10 46

Alter Knacker sucht fähige Landbande
Biete: Gemeinschaftserfahrung, soziale Kompetenz, politisch engagiert. fit in Elektrotechnik, fähig im Bauhandwerk, eigene Werkstatt, guter Hilfsarbeiter im Garten, finanzielle Grundsicherung.
mail: nurich@faxentor.de

Umsonstladenprojekt »Nangijala« (nangijala.blogsport.eu) sucht einen Laden in Düsseldorf, am besten kostenfrei ;) Wer kann helfen?
Bitte melden unter:
nangijala@riseup.net

GESCHICHTE (N) BEWAHREN – ein Generationen verbindendes Projekt:
Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für

CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org
☎(02 21) 31 57 83

JOBSUCHE

Dipl-Soz, 43 J., sucht 50 Prozent Stelle. Bin außer Haus Rollifahrer. Habe das Buch: Soziale Exklusion und Ressentiment gegen Behinderte in der modernen Stadt geschrieben.
Kontakt: WOLF.WAGNER@ROCK.com

GWR Nr. 363, November 2011: Der Libyenkrieg – ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit; Gegen die Okkupation der Occupy-Bewegung durch Parteien; Gegen die Arbeit; Anti-Atomkraft; Anarchie & Kunst, u.v.m.
Abo: 30 Euro (10 Ex.). Probeheft kostenlos. Probeabo: 5 Euro (3 Ex.; verlängert sich ohne Kündigung zum Abo, Kündigung jederzeit möglich) bei: **GWR-Vertrieb, Birkenbecker Str. 11, 53947 Nettersheim, abo@graswurzel.net, Tel.: 02440/959-250; Fax: -351**

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/
redaktionsselbstverstaendnis.htm

CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (01 76) 51 45 62 53, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa/ **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, Internet: www.ricardabuch.de, E-Mail: mail@ricardabuch.de, und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bhuettner@nlatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@rrf-online.de / **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / **Österreich: AT-8010 Graz**, Brigitte Kratzwald, ☎ (0043-699) 11 28 65 57, E-Mail: brigitte.kratzwald@commons.at / **AT-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8/11
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 11.-13.5.2012
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1,
34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
tagungshaus@kommune-niederkaufungen.de
kommune-niederkaufungen.de

Gemeinsame Gemeinsame Ökonomie

Wir laden Dich ein, mit uns ein Modell zu entwickeln, wie sich Finanzkoops, Kommunen und ähnliche solidarische Wirtschaftsformen finanziell zu einer großen Gemeinsamen Ökonomie vernetzen können (Gemök²).
Diese Idee ist auf einem Vernetzungstreffen der Finanzkoops im Oktober in Kassel entstanden. Wir versprechen uns von einer GemÖk mehr Sicherheit, Stabilität und Durchlässigkeit unter den ökonomischen Gruppen, möchten aber eine zu hohe Komplexität an Regeln und sozialen Beziehungen vermeiden. Wenn Du Lust hast, diese aufregende Idee weiter voranzutreiben, freuen wir uns auf Dein Kommen. Wichtig ist uns, dass Du als TeilnehmerIn entweder selbst in einer Form der Gemeinsamen Ökonomie lebst oder damit bereits länger Erfahrungen gesammelt hast. Bei unserem Treffen Mitte Februar werden wir die Projektentwicklungsgruppe Gemök² bilden. Ein späterer Quereinstieg wird dann vorerst nur noch durch Patenschaft einer TeilnehmerIn möglich sein, damit die Kontinuität der Weiterentwicklung gewährleistet werden kann.
Termin: 10.-12.2.2011,
in Kirchvers bei Gießen
Weitere Infos und Anmeldung:
info@gemeinsame-oekonomie.de

EIN HERZENSWUNSCH! ♥ ♥ ♥ ♥ ♥

Ihr möchtet umziehen?

Im Umzugsstress bleibt wenig Zeit, alle Freundinnen, Freunde und andere PostpartnerInnen über Eure neue Anschrift zu informieren. Deshalb füllt Ihr einen Postnachsendeauftrag aus, damit sichergestellt ist, dass Euch auch weiterhin alle Post erreicht. Leider wissen die wenigsten, dass ein Nachsendeauftrag schon lange nicht mehr für Zeitungssendungen gilt.

Bis vor ca. zehn Jahren war das noch anders. Die Verlage bekamen nicht zustellbare Zeitungen unter Angabe der neuen Anschrift zurück. Das war ein selbstverständlicher, im Porto enthaltener Service.

Dann entdeckte der für den Zeitschriftenversand zuständige Postzeitungsdienst diesen Service als zusätzliche Einnahmequelle. Gegen eine pauschale Jahresgebühr ist dies nun ein zusätzlich buchbarer Service. Für große Verlage sind solche Ausgaben Peanuts – aber für ein Zeitungsprojekt, wie das unsere doch zuviel.

In fast jeder Ausgabe weisen wir auf diesen Umstand auf Seite 2 hin und bitten um Benachrichtigung bei einer Anschriftenänderung.

Leider wird unsere Bitte nicht von allen gelesen und unser Team ist Monat für Monat damit beschäftigt, aufgeregte LeserInnen, die ihre CONTRASTE im Briefkasten vermissen, zu besänftigen.

Wir erleben folgendes: Unsere LeserIn meldet sich einige Monate nach dem Umzug, um uns mitzuteilen, dass die Zeitung in ihrer Post fehlt. Das ist kein Problem, wir ändern die Anschrift und schicken fehlende Exemplare nach.

Manche LeserInnen melden sich, meistens empört, erst nach dem Erhalt der Verlängerungsrechnung, die korrekterweise (wegen Nachsendeauftrag) von der Post zugestellt wird. Oder sind darüber empört, dass wir den Verlängerungsbetrag von ihrem Konto abbuchen, obwohl sie schon länger keine CONTRASTE mehr im Briefkasten vorfinden. Im Extremfall geben sie unter Protest die Lastschrift zurück, worüber sich die beiden beteiligten Banken natürlich freuen, weil sie per Knopfdruck das Konto des CONTRASTE e.V. mit leicht verdienten Gebühren belasten können.

Das und die Zusatzarbeit unseres Vertriebsteams ließe sich ganz einfach vermeiden, indem Ihr uns mit einer kurzen E-Mail oder einer Postkarte Eure neue Anschrift mitteilt. Wir freuen uns garantiert über jede Mitteilung von Euch!

Sonst ist es eben weiterhin so, dass wir den/die PostzustellerIn Monat für Monat dazu verleiten, die unzustellbare CONTRASTE im Müll zu entsorgen.●

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

ÖSTERREICH

Neuer Kongress 2012

Im Februar 2009 fand in Wien der Kongress »Solidarische Ökonomie« statt – etwa 1.000 aktive TeilnehmerInnen kamen zu den über 130 Workshops, Vorträgen, Foren, Lesungen, Theaterstücken u.v.m. (s. CONTRASTE Nr. 296, Mai 2009).
Newsletter oder Mailingliste über:
sol-oek-2008@web.de
Mehr: solidarische-oekonomie.at

2. Winter School
»Solidarische Ökonomie«

Immer mehr Menschen interessieren sich für ein Wirtschaften, das auf Gleichheit, Partizipation und Solidarität beruht, das die Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt und dem Profitstreben eine Absage erteilt. Vielfältige Beispiele – von Gemeinschaftsgärten und Kostnixläden über Transition Towns bis hin zu Kooperativen und besetzten Betrieben – zeigen: »Ökonomien von unten« bieten eine Alternative zu Staatsplanung und Kapitalverwertung. Es ist jedoch noch viel zu tun, um Solidarische Ökonomie zu einer tragfähigen Perspektive zum Kapitalismus und seiner Krise zu entwickeln.
Die »Winter School Solidarische Ökonomie« lädt Euch und Sie in diesem Sinn zum 2. Mal zu Beiträgen in entspannter und doch intensiver Atmosphäre ein. Workshops und Diskussionsrunden sollen der Vernetzung von AktivistInnen, dem Erfahrungsaustausch und der Planung von Projekten dienen. Daneben wird es viel Gelegenheit zu lockerem Beisammensein und Entspannung geben.
Um Interessensbekundungen und Ideen zu Workshops, Diskussionsrunden oder Filmscreenings für die Winter School 2012 wird gebeten, ebenso um Voranmeldungen für die Teilnahme.
Anmeldefrist für Workshops & Inputs:
Mo., 16. Januar 2012
Kontakt: krisu@riseup.net
Termin: 17.2.-19.2.2012
Ort: Volxhaus Villach
Veranstalter:
Kritische & Solidarische Universität
krisu.noblogs.org
und
ÖIE Kärnten
kaernoel.at/oeie

BRD

Forum Solidarische Ökonomie
Kultur der Kooperation

Auf dem Forum können Akteure der Solidarischen Ökonomie, Sozialen Ökonomie, Alternativen Ökonomie, Gemeinwesenökonomie / Community Economy, Peoples Economy etc. zusammenkommen, um Erfahrungsaustausch zu organisieren und einen möglichen dauerhaften Vernetzungszusammenschluss über das Forum hinaus zu etablieren. So könnten z.B. Organisationen und Aktivitäten im Bereich der Solidarischen Ökonomie bekannter werden, durch Kooperation Ressourcen geteilt werden und bessere politische Rahmenbedingungen für die gemeinsamen Aktivitäten erstritten werden.
Das Forum dient als öffentlicher Auftakt zur Bildung eines Netzwerks Solidarische Ökonomie. In vielen Ländern existieren bereits solche Netzwerke. Auch hierzulande benötigen wir einen breiten Zusammenschluss von solidarischen Betrieben und Projekten, KonsumentInnen und bereits bestehenden Vernetzungs- und Unterstützungsorganisationen. Dann können wir die vorhandenen Strukturen besser nutzen und ergänzen, uns mehr Gehör verschaffen und die Rahmenbedingungen für eine Solidarische Ökonomie verbessern. Es gilt eine Ökonomie bekannt zu machen und voranzutreiben, die sich an Partizipation und Transparenz, Kooperation statt Konkurrenz sowie Bedürfnissen statt Gewinnen orientiert.
Termin: 2.-4.3.2012, Kassel
solidarische-oekonomie.de

2012: Internationales Jahr der Genossenschaften

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2012 zum »Internationalen Jahr der Genossenschaften« erklärt. Sie wollen damit den Beitrag der Genossenschaften zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung würdigen, insbesondere ihren Einfluss auf die Reduzierung von Armut, die Schaffung von Beschäftigung und soziale Integration.
social.un.org/coopsyear
21.-23. März 2012, Berlin:
Internationale Konferenz »Cooperative Responses To Global Challenges«
https://www.coopsyear.hu-berlin.de

LANDWIRTSCHAFT

Wir haben es satt!
Bauernhöfe statt Agrarindustrie
Demonstration – Kundgebung – Protesttafel

Die Agrarindustrie verursacht Dioxinskandale, Gentechnik im Essen und Tierleid in Megaställen. Sie verschärft Hungerkrisen, den Klimawandel und das Höfesterben. Zurück bleiben ausgeräumte Landstriche und Monokulturen.
Das haben wir satt!
EU und Bundesregierung fördern diese Agrarindustrie jedes Jahr mit Milliarden Euro an Subventionen. Doch die Chance, diese Politik zu ändern, war noch nie so groß. Jetzt werden die entscheidenden Weichen für die Agrarpolitik bis 2020 gestellt. Bisher blockiert die Bundesregierung eine echte Reform.
Wir fordern:

- Subventionen an soziale, ökologische und Tierschutz-Kriterien binden;
- Faire Regeln durchsetzen statt Agrarmärkte liberalisieren;
- Heimisches Futter statt Gentechnik-Soja fördern;
- Spekulationen mit Lebensmitteln beenden;
- Exportsubventionen stoppen;
- Der Fleischindustrie den Geldhahn abdrehen.

Wir schätzen die tägliche Arbeit der Menschen auf den Bauernhöfen. Sie müssen im Zentrum einer Reform stehen!
Daher gehen am 21. Januar 2012 VerbraucherInnen, TierschützerInnen, UmweltschützerInnen, ImkerInnen, BäuerInnen und Bauern gemeinsam auf die Straße.
Ja zur bäuerlich-nachhaltigen Landwirtschaft.
Ja zum Menschenrecht auf Nahrung.
Respekt vor den Tieren in der Landwirtschaft. Termin: Sa, 21.1.2012 ab 11.30 Uhr, Berlin
Info: wir-haben-es-satt.de

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SOZIALE LANDWIRTSCHAFT

Auftakttreffen Regionales Netzwerk Schleswig-Holstein

Das erste Regionale Netzwerktreffen Soziale Landwirtschaft Schleswig-Holstein findet am **24. Januar 2012** auf dem Hof Sophienlust bei Kiel statt.
Kontakt:
Evelyn Mayer
☎ (0 45 06) 88 90 10
Evelyn.Mayer@hnee.de

Auftakttreffen Region »zwischen Harz und Heide« in Niedersachsen

»Soziale Landwirtschaft – Element inklusiver Beschäftigung für behinderte Menschen?« lautet das Motto der Vortrags- und Diskussionsveranstaltung, die am **25. Januar 2012** von 14.30-18.30 Uhr in Braunschweig (Akademie im Klosterforum, Theologisches Zentrum, Alter Zeughof 1) stattfindet.
Kontakt:
Falko Feldmann,
Am Rautheimer Holze 2,
38126 Braunschweig
Feldmann@soziales.inbraunschweig.org
www.gemeinsam.inbraunschweig.org

JUNGE LINKE

agitare bene:
Bildung im Kapitalismus

Bildung im Kapitalismus ist zuallererst Selektion, das heißt, dass die grundlegende Regel ist: es kann nur »SiegerInnen« geben, weil es immer »VerliererInnen« gibt. Anders formuliert: Es gibt nur eine »Bildungselite«, weil massenhaft Menschen von Bildung ausgeschlossen werden. Ganz bewusst, mit System. Insofern greifen auch bekannte Sprüche wie, »Man muss sich nur anstrengen«, zu kurz. Wir wollen im Zuge des Abends Thesen zur Bildung im Kapitalismus präsentieren und diese mit euch debattieren.
Termin: 14.12.2011, 20 Uhr, Salzburg

Vom Sinn und Unsinn der Ökologie
Zum Verhältnis von Ökoaktivismus und staatlichem Umweltschutz

Staaten wie Deutschland oder die USA leisten sich einerseits eine Milliarden teure Umweltpolitik und verfolgen auf der anderen Seite ÖkoaktivistInnen als quasi TerroristInnen. Dabei machen Staat wie AktivistInnen ihre eigenen Rechnungen auf, was der Natur zugemutet werden darf. Doch diese Rechnungen sind beide falsch. Dieses Wochenend-Seminar will der Frage nachgehen, was eigentlich dran ist am Begriff der Ökologie und welche ökonomischen Gedanken sich immer wieder in die Naturschutz- und Umweltpolitik mischen.
Termin: 13.-15.1.2012, Hannover

Volksbegehren/Volksentscheid

Linke und rechte Politiker finden diese Form der direkten Demokratie gut, weil sie dem Volk vertrauen. Andere linke und rechte Politiker finden das gefährlich, weil sie dem Volk nicht vertrauen. Worum geht es, wenn das Volk über Sachfragen entscheidet? Wie schafft das parlamentarische System »Parteienverdrossenheit« oder gar »Politikverdrossenheit« und welche Hoffnungen hängen diesbezüglich am Volksentscheid? Wie wird diese Frage weitergewälzt, wenn es um den Streit geht, ob dem Volk nicht zu wenig entscheidender Stoff zur Wahl steht? Wie sieht es in Ländern, wie etwa der Schweiz aus, in dem weitreichende Fragen der Nation in Volksentscheiden zur Wahl stehen?
Termin: 28.-29.1.2012, Hannover
Anmeldung unter:
info@junge-linke.de
Info: junge-linke.de

TAGUNG

Rechtspopulismus in der EU

Die Tagung Rechtspopulismus in der Europäischen Union diskutiert Ursachen von Rechtspopulismus und mögliche Gegenstrategien. Ziel ist es, die Forschung zu Rechtspopulismus mit den Debatten der kritischen Integrationsforschung, wie sie unter anderem im Kontext der Marburger Forschungsgruppe Europäische Integration entwickelt wurden, zu verknüpfen. Gegenüber Ansätzen, die Rechtspopulismus vor allem als Problem »extremistischer« Einstellungen oder rechtspopulistischer Parteien in den Blick nehmen, verweist die kritische Integrationsforschung auf die gesellschaftliche Dimension des Phänomens.
Auf der Tagung wird Rechtspopulismus im Kontext von Transformationen von Staatlichkeit, neoliberalen Umstrukturierungen der Gesellschaft und Krisen von Geschlechterverhältnissen in den Blick genommen. Länderstudien zeigen Gemeinsamkeiten und Differenzen von Rechtspopulismus innerhalb der Europäischen Union auf. Die Diskussion über mögliche Gegenstrategien bildet einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt der Tagung.
Termin: 9.12.2011
Ort: Marburg, Alte Mensa, Reitgasse 11
Veranstaltet von der Forschungsgruppe Europäische Integration.
Weitere Infos:
rechtspopulismus.blogsport.de

ANARCHISMUS

Mehr Anarchie in die Energie!
Globale, dezentrale, libertäre, öko-soziale Energie-Versorgung statt atomare, fossile Verwendung von Rohstoffen

Alternativen gib es schon genug: Sonne, Wind, Wasser, Biogas, Geothermie, Wasserstoff. Wie könnte eine libertäre Energie-Versorgung aussehen? Wie lassen sich solche öko-sozialen Anlagen in Selbstverwaltung organisieren? Wie könnten Rohstoffe gerecht und global verteilt werden? Eine Welt ohne Kapital, Profit, Kriege um Wasser, Öl, Gas und Uran wäre möglich und überlebensnotwendig. Im Rahmen des Vortrags soll versucht werden, diese Fragen im libertären, öko-sozialen Rahmen zu erläutern und einen öko-libertären »Klima-Rettungsschirm« für Mensch, Tier und Umwelt zu entwerfen. Eine rege Diskussion ist erwünscht.
Termin: 9.12.2011, 19 Uhr
Bibliothek der Freien, Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 2. Hof, Raum 1102, 10405 Berlin
BibliothekderFreien.de

FORTBILDUNG

Headlines, Teaser, Nachrichten
Informativ texten, aktuelle Webseiten konzipieren und erstellen

Das Internet ist ein vorzügliches Medium für Ihre aktuellen Informationen. Aber auf einen Bildschirm passt nicht viel Text. Lernen Sie Methoden kennen, wie Sie Ihre Inhalte auf den Punkt bringen. Information webgerecht aufbereitet, nutzt das Prinzip der zunehmenden Informationstiefe. Weitere Schwerpunkte in Absprache mit den Teilnehmenden: Blogs, Twitter, Urheberrecht online.
Methoden: Präsentation, moderiertes Gespräch, praktische Übungen am PC.
Referentin: Claudia Frickel
Preis: 299 Euro
Termin: 4.-5.2.2012
Information & Anmeldung:
journalistenakademie.de

WEITERE TERMINE

Auf unserer Webseite:
contraste.org/terminka.htm

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.